

582A-1

DER JUSTIZMINISTER
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

5121 - I C. 142

4000 DÜSSELDORF, DEN 17. September 1986
MARTIN-LUTHER-PLATZ 40

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf

Betr.:

Entwurf des Landeshaushaltsplans 1987;

hier:

Personalhaushalt des Einzelplans 04 (Justizminister)

Anlg.:

150 Erläuterungsbände,
1 Vorlage (150-fach)

Die anliegenden Exemplare einer Landtagsvorlage (Erläuterungsband Personalhaushalt des Einzelplans 04 - Justiz -) übersende ich mit der Bitte, diese den Mitgliedern des Rechtsausschusses sowie den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses zuzuleiten.



(Dr. Krumsiek)

5827-2

Gesamtüberblick
über
den Personalhaushalt
im Einzelplan 04 (Justizminister)

Haushaltswurf 1987

Rechtsausschuß
und
Haushalts- und Finanzausschuß

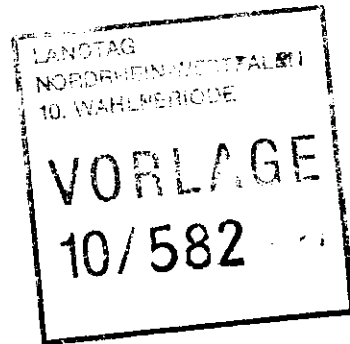
582A-3

<u>I n h a l t</u>	I.	Seite
A.		
1. Vorbemerkung		1
2. Allgemeines mit		
2.1 Stellenzugang/-abgang		1
2.2 Stellenabbau		1 - 2
2.3 Arbeitsplatzbeschreibung für Angestellte		3
2.4 Übernahme der Anwärter "über Bedarf"		4
B. Erläuterungen zu den Veränderungen in den Stellenplänen		
I.	Justizministerium (Kapitel 04 010) ...	6 - 21
II.	Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 04 040) ...	22 - 70
III.	Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 04 060) ...	71 - 107
IV.	Aus- und Fortbildungseinrichtungen (Kapitel 04 060) ...	108 - 124
V.	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 070) ...	125 - 145
VI.	Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster (Kapitel 04 080) ...	146 - 160
C. Personalbedarfsberechnungen		
I.	Justizministerium (Kapitel 04 010) ...	161 - 162
II.	Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 04 040) ...	162 - 214
III.	Justizvollzugseinrichtungen (Kapitel 04 050) ...	215 - 222

5827-4

~~IV.~~

IV.	Fachhochschule für Rechtspflege (Kapitel 04 060) ...	223 - 234
V.	Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 04 070) ...	235 - 245
VI.	Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster (Kapitel 04 080) ...	245 - 247
VII.	Reinigungsdienst ...	248 - 260
D.	Schlüsselung der Planstellen	261 - 270



Gesamtüberblick
über
den Personalhaushalt
im Einzelplan 04 (Justizminister)

Haushaltsentwurf 1987

Rechtsausschuß
und
Haushalts- und Finanzausschuß

581 B - 1 -

A. Vorbemerkung

1.

Bei der Gestaltung dieses Erläuterungsbandes wurden berücksichtigt

- die Forderung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags vom 4.2.1976 nach detaillierter Darstellung der Personalbedarfsberechnungen (Drucksache 9/1260)
- der Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags vom 7.4.1978 zur Vorlage 8/1241 sowie der Beschluß des Landtags vom 2.2.1980 zur Drucksache 8/5495 (Berechnungen zur Zahl der notwendigen Planstellen, Stellen für Beamte auf Probe und Anwärter; Darstellung der Planstellenschlüsselung; Soll-/Ist-Übersichten).

2. Allgemeines

2.1

Der Haushaltsentwurf 1987 des Einzelplans 04 sieht keinen Stellenzugang vor. Abgebaut werden im Vergleich zum Haushalt 1986 saldiert insgesamt 99 Stellen, und zwar 87 kw-Vermerke aus der Einsparung 1986, 1 Stelle Einsparung 1987 (Schreibdienstrelation), 4 Umsetzungen in den Epl. 03 (IM), 2 in den Epl. 07 (MAGS), 6 aufgabenkritische Stellenabgänge und 1 Stellenumsetzung aus dem Epl. 07 (MAGS).

2.2

Ein linearer Stellenabbau findet 1987 im nachgeordneten Bereich im Hinblick auf die besondere Belastungssituation nicht statt.

Wegen der grundsätzlichen Ausführungen zum Stellenabbau in der Vergangenheit wird auf die Darstellung im Erläuterungsband zum Personalhaushalt 1984 - Vorlage 9/1469 (Seite 4 - 6) - verwiesen.

Demnach war der Justizbereich im Haushaltsjahr 1982 mit 478 Stellen, im Haushaltsjahr 1983 mit 310 Stellen und im Jahre 1984 mit 465 Stellen vom Stellenabbau betroffen. Im Haushaltsjahr 1985 waren im Justizministerium 4 Stellen abzubauen, davon 2 im Schreibdienst zur Erreichung der Schreibdienstrelation von 1 : 5. Am Stellenabbau 1986 war die Justiz mit einem halben Prozent beteiligt, dies waren 156 Stellen (87 kw-Vermerke, 1 sofortiger Wegfall, 68 Stellen im anwärtergespeisten Bereich).

Alle für die Haushaltsjahre 1982 bis 1986 ausgebrachten kw-Vermerke sind realisiert worden.

Abgebaut wurden im Berichtszeitraum von 1982 - 1986 somit insgesamt 1413 Stellen, die in den Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln dargestellt sind.

2.3

Feststellungen des Landesrechnungshofs NRW zu Arbeitsplatzbeschreibungen für Angestellte und Arbeiter im Landesdienst

Aufgrund der Feststellungen des Landesrechnungshofs zu Arbeitsplatzbeschreibungen für Angestellte und Arbeiter im Landesdienst vom 7.2.1985, die als Nr. 3.2 in den Jahresbericht des Landesrechnungshofs über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1984/85 eingegangen sind, haben der Finanzminister und der Innenminister im November 1985 die Durchführungsbestimmungen zum BAT dahin ergänzt, daß empfohlen wird, zum Nachweis der tarifgerechten Eingruppierung in der Regel die dem Angestellten übertragenen Tätigkeiten und deren Zuordnung zu den Tätigkeitsmerkmalen der Vergütungsordnung in einer Arbeitsplatzbeschreibung (Tätigkeitsdarstellung und -bewertung) vollständig und nachprüfbar darzustellen. Den ergänzten Durchführungsbestimmungen ist ein Muster "Tätigkeitsdarstellung und -bewertung" mit Hinweisen zur Anwendung des Vordrucks beigegeben.

Das Justizministerium, dessen Einzelplan nur in geringerem Umfang betroffen war, hat bereits im Haushaltsjahr 1986 Konsequenzen dergestalt gezogen, daß höherwertige Angestelltenstellen nur noch entsprechend ihrer tatsächlichen Ausnutzung in der Wertigkeit ausgebracht wurden.

Inzwischen hat der LRH mit Schreiben vom 23.04.1986 (I. Senat - I C. - 281 - 22) gegen den ihm zugeleiteten Katalog mit den Gruppen von Angestellten, für die eine Ausnahme vom grundsätzlichen Erfordernis der Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen beabsichtigt ist, keine Einwendungen erhoben. Der danach mögliche Entwurf einer Rundverfügung zur Arbeitsplatzbeschreibung im Landesdienst (Justiz) wurde dem Hauptpersonalrat bei dem Justizminister zur Stellungnahme zugeleitet. Diese steht zum Zeitpunkt der Fertigung dieses Erläuterungsbandes noch aus.

2.4

Übernahme der 1985 "über Bedarf" ausgebildeten Anwärter

Im Epl. 04 sind im Rahmen der parlamentarischen Beratungen über den Haushaltsentwurf 1985

- 55 Anwärterstellen des gehobenen Justizdienstes
- 80 Anwärterstellen des mittleren Justizdienstes
- 5 Anwärterstellen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und
- 60 Anwärterstellen des mittleren Dienstes im Strafvollzug

"über Bedarf" ausgebracht worden.

Der Haushaltsentwurf 1987 der Justiz sieht die Übernahme der Anwärter des mittleren Dienstes im Jahre 1987 vor. In gleicher Weise sollen 1988 auch die Anwärter des gehobenen Dienstes übernommen werden.

Zunächst wurden 90 Stellen des mittleren Dienstes, die aus der Absenkung der Anwärterquoten in den vergangenen Jahren in Erfüllung der Zielvorgabe zur Verfügung stehen, zur Einstellung dieser geprüften Anwärter verwendet. Zur Übernahme der Anwärter des gehobenen Dienstes soll im Jahre 1988 in gleicher Weise verfahren werden. Darüber hinaus sieht der Haushaltsentwurf 1987 im Kapitel 04 050 (Justizvollzug) für diese Zwecke die Umwandlung von 50 Angestellten-Stellen des allgemeinen Vollzugsdienstes in Stellen für beamtete Hilfskräfte vor.

Einzelplan 04 000

Stellenübersicht (Personalsoli)

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt		+/-
					1987	1986	
Planmäßige Beamte	5.530	4.676	11.194	1.352	22.752	22.730	+ 22
Beamte Hilfskräfte	68	335	460	45	908	833	+ 75
Angestellte	33	173	7.833	319	8.358	8.522	- 164
Arbeiter	--	--	--	787	787	825	- 38
Teilgruppen:							
Angestellte	--	--	180	--	180	174	+ 6
Arbeiter	--	--	--	9	9	9	--
Insgesamt	5.631	5.184	19.667	2.512	22.994	33.093	- 99
Beamte im Vorbereitungsdienst	6.600	590	1.306	10	8.506	8.165	+ 341
Auszubildende und Berufspraktikanten					2.532	2.512	+ 20

I.

Justizministerium - Kapitel 04 010 -

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt		+/-
					1987	1986	
Planmäßige Beamte	73	34	20	14	141	140	+ 1
Beamte Hilfskräfte	--	--	--	--	--	--	--
Angestellte	1	5	52	--	58	59	- 1
Arbeiter	--	--	--	6	6	6	--
Titelgruppen:							
Angestellte	--	--	--	--	--	--	--
Arbeiter	--	--	--	--	--	--	--
Insgesamt	74	39	72	20	205	205	--
Beamte im Vorbereitungsdienst	--	--	--	--	--	--	--
Auszubildende	--	--	--	--	--	--	--

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 1. 7. 1986	d a v o n			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B 10	Staatssekretär	1	1	1				
B	Ministerial- dirigent	4	4	4				
B 7	Präsident d. LJPA	1	1	1				
B 4	Leitender Ministerialrat	11	11	11				
B 2	Ministerialrat	17	17	16		2		
A 16	Ministerialrat	18	18	17		12	1	
A 15	Regierungs- direktor/-medizinal	13	13	12	1	3		
A 14	Oberregierungsrat	5	5	5		5		
A 13	Regierungsrat	3	3	3		1		
höherer Dienst insgesamt		73	73	70	1	23	1	

Anmerkungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Ann.: 1 Stelle B 2 umgesetzt im Haushaltsvollzug 1986 in den Epl. 06

Der Justizminister

des Landes Nordrhein-Westfalen

Dienststelle

- 8 -

Kaditer 04 01 0

Stichtag: 01.07.1986

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 1.7.1986	Untarw. bes.mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Übertrag h. D.	73	73	70	1	23	1	
A 8	Oberamtsrat	17	17	17	2			
A 12	Amtsrat/Bibl.-amtsrat	10	9	9				
A 11	Regierungsamtmann	7	7	7	1	1		
	gehobener Dienst	34	33	33	3	1		
A 9 m.D.	Regierungsamts- inspektor	20 ¹⁾	20 ¹⁾	20	7			
	mittlerer Dienst	20	20	20	7			
A 5	Erster Justiz- hauptwachtmeister	14 ²⁾	14 ²⁾	14				
	einfacher Dienst	14	14	14				
	Insgesamt	141	140	137	11	24	1	

Vermerkungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

1) davon 6 Stellen mit Amtszulage nach Fußnote 4

2) davon 1 Stelle mit Amtszulage nach Fußnote 5

Übersicht

über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1987 Stichtag:
01.07.1986

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 1.7.1986		
				Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
Zusammen a)					
b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
R 2	13	13	13		
R 1	2	2	2		
A 16	1	-	-		
A 15	-	1	1		
A 13 h.D.	2	2	2		
Zusammen b)	18	18	18		
Insgesamt:	18	18	18		
Die beamteten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.					

Übersicht

Stichtag: 01.07.1986

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung am 1.7.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
1	2	3	4	5	6
BAT (Dienststart)					
I (01)	1	1	1		
IV b (02)	3	3	3		
IV b/Vb (02)	1	1	1		
(03) Vorz.	1	1	1		
V b/V c (02)	1	1	1		
(03) Vorz.	1	1	1		
Vollbesch. außertarifl. Angestellte	8	8	8		
Zusammen					
Auszubildende					

Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.
Zu Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich-
gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Übersicht

Stichtag:

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung am 1.7.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
1	2	3	4	5	6
Übertrag	8	8	8		
BAT (Dienstart)					
V c/VI b					
(02)	1	1	1		
(03) Vorz.	5	5	5		
VI b					
(02)	6	6	6		
VI/VII					
(02)	1	1	1		
(03) Vorz.	10	9	9		
VII/VIII					
(02)	3	3	3		
(03)	22	23	23		
(04)	2	3	2		
allbesch. Angestellte					
zusammen	58	59	58		
auszubildende					

Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.
Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich-
gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Übersicht

Stichtag:

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Einigungsgruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 1.7. 1986	davon unter- wertig besetzt
1	2	3	4	5
MTL II (01)	6	6	6	
Zusammen	6	6	6	
Auszubildende				

Anmerkung:

Zu Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Der Justizminister

des Landes Nordrhein-Westfalen

Dienststelle

- 13 -

Anlage 5

Kapitel 04 010

Übersicht

über die Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)
für das Haushaltsjahr 198 7

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamte zur Ausbildung annehmen)

Übersicht über die Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)

	Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 2)					Beamte zur Anstellung (Titel 422 1)														
	Stellenzahl 1986	Vorgesehene Neueinstellungen im Haushaltsjahr		Zahl der am 1. 1. 1986 vorhandenen Beamten im Vorbereitungsdienst, die eingestellt sind im Haushaltsjahr			Stellenzahl 1986	Zahl der am 1. 1. 1986 vorhandenen Beamten zur Anstellung, deren Probefrist (6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr												
		1987	1986	1985	1984	1983		1982	1986	1985	1984	1983	1982							
Kapitel... 04 10																				
Überrichter Dienst Gr. A 13 bis A 10																				
(einschl. C-Be- soldung)																				
Gehobener Dienst Gr. A 9 bis A 11																				
Mittlerer Dienst Gr. A 5 bis A 9																				
Einfacher Dienst Gr. A 1 bis A 5																				
Kapitel...																				
Überrichter Dienst Gr. A 13 bis A 16																				
Gehobener Dienst Gr. A 9 bis A 11																				
Mittlerer Dienst Gr. A 5 bis A 9																				
Einfacher Dienst Gr. A 1 bis A 5																				

Alterstand der planmäßig angestellten Beamten (Titel 422 1)

Zahl der Planstellen 1986	Zahl der angestellten Beamten am 1. 1. 1986	Von der am 1. 1. 1986 angestellten Beamtenzahl erreichten die Altersgrenze voraussichtlich im Haushaltsjahr					Zahl der angestellten Beamten am 1. 1. 1986	Zahl der Planstellen 1986
		1986	1987	1988	1989	1990		
73	46	2	-	-	4	4	1	
33	32	-	-	-	-	-		
20	20	-	-	1	-	-		
14	14	-	-	1	-	-		

Die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamten zur Anstellung sind nach den gleichzeitigen und des vom höchsten richterlichen Ausschuss getrennt aufzuführen und hinsichtlich der Besoldung zu berücksichtigen. Bei der Angabe der Stellen sind die Klassen zu berücksichtigen.

1 Stelle umgesetzt im Haushaltsvollzug 1986 in den Epl. 06 (82)

1.

Umsetzungen

+ 1 Stelle Bibliotheksamtsrat (BesGr. A 12) durch Umsetzung einer Stelle der BesGr. A 9 (Justizinspektor) unter gleichzeitiger Einschließung und Hebung.

2.

Wirksamwerden von kw-Vermerken

VerGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)

- 1 Stelle weggefallen - Einsparung - aus 1986.

3.

Höhergruppierungen

VerGr. VI b BAT (Bürodienst)

1 Stelle aus VerGr. VII/VIII BAT höhergruppiert wegen tarifrechtlichen Anspruchs (Fallgruppe 1 a zu VerGr. VI b BAT)

4.

Stellenabbau 1982

Dem Stellenabbau unterlagen

1 Planstelle Regierungsrat - BesGr. A 13 -

1 Stelle Angestellte - Schreibdienst (VerGr. VII/VIII BAT) -.

Die Schreibdienststelle ist mit Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1982 zum 1.1.1982, die Regierungsrat-Stelle ist am 31.12.1982 weggefallen.

5.

Stellenabbau 1983

An dem 1 %igen Stellenabbau war das Justizministerium mit

- 1 Planstelle Regierungsrat - BesGr. A 13 - und
- 1 Stelle Angestellte - Schreibdienst - (VerGr. VII/VIII
BAT) -

beteiligt.

Beide Stellen sind zum 1.1.1983 in Abgang gestellt worden.

6.

Stellenabbau 1984

Im Zuge des 1,5 %igen Stellenabbaus 1984 sind folgende kw-Vermerke ausgebracht worden:

- 1 Planstelle Regierungsrat (BesGr. A 13)
- 2 Planstellen Justizhauptwachtmeister
- 1 Hilfsstelle Angestellte - Schreibdienst (VerGr. VII/VIII
BAT) -.

Die Einsparungen wurden erwirtschaftet.

7.

Stellenabbau 1985

Es waren folgende kw-Vermerke ausgebracht:

- 1 Planstelle Regierungsrat (BesGr. A 13)
- 1 Planstelle Regierungsamtmann (BesGr. A 11)
- 2 Hilfsstellen des Schreibdienstes (VerGr. VII/VIII BAT) -
Schreibdienstrelation -.

Die Stellen wurden im Laufe des Jahres 1985 eingespart.

8.

Stellenabbau 1986

Das Justizministerium war mit 1 % am Stellenabbau beteiligt.

Eine Stelle des Reinigungsdienstes wurde sofort abgesetzt, eine Stelle des Fernsprechdienstes erhielt einen kw-Vermerk. Die Erwirtschaftung erfolgte zum 1.7.1986.

9.

Stellenabbau 1987

Die Schreibdienstrelation ist für 1987 auf 1 : 5,5 festgelegt worden. Demzufolge war unter Berücksichtigung von 21 Stellen für Schreibkräfte und von 116 Diktatberechtigten bei einer Stelle der VerGr. VII/VIII BAT ein kw-Vermerk auszubringen.

10.

Feststellungen des LRH zur Ministerialorganisation

Der LRH hat in der Vergangenheit mehrere Querschnittsuntersuchungen und Organisationsprüfungen bei den Landesministerien durchgeführt. Als Ergebnis dieser Prüfungen hält er "eine politische Grundsatzentscheidung für erforderlich, die in der Ministerialinstanz zunächst ausnahmslos Stellenvermehrungen ausschließen und mit Hilfe der Aufgabenkritik längerfristig einen strukturellen Stellenabbau vorsehen müßte" (Leitsatz S. 12 des Jahresberichts des LRH über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1985/1986).

Im einzelnen:

Umsetzung der Feststellungen des LRH zum Inneren Dienst

Im Jahre 1982 hat der LRH im Rahmen einer Querschnittsprüfung die Inneren Dienste der Ministerien untersucht. Anhand vergleichender Berechnungen des Stellenbestandes der Ressorts ermittelte er Durchschnittswerte; im Einzelfall stellte er Minimumwerte für die Personalausstattung fest.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat die Vorschläge des Rechnungshofs durch Beschlüsse zu den Haushalten 1984 und 1985 umgesetzt:

Er hat beschlossen (1984), daß

- die Stellen über Durchschnitt sofort abzusetzen seien
- bei den Stellen über dem Minimum (allgemeine und personalbezogene Innere Dienste, Schreib- und Registraturdienst) solange jede zweite Stelle unbesetzt bleiben sollte, bis in diesen Aufgabenbereichen nur noch 50 % der Stellen über Minimum besetzt sind.

Er hat ferner (Haushalt 1985) im Schreibdienst die Relation einer Schreibkraftstelle zu sechs Diktatberechtigten eingeführt, die schrittweise bis 1989 zu verwirklichen ist, und die Landesregierung beauftragt, ein neues Konzept für den Registraturdienst zu erarbeiten.

Nach dem Ergebnis der Querschnittsprüfung von 1982 lagen von den 90 Stellen des Inneren Dienstes im JM 39,5 Stellen über dem Minimum und 14,2 Stellen über dem Durchschnitt. Diese Zahlen sind zu bereinigen um die Zahl der Vorzimmerkräfte sowie die des Sicherungs- und Registraturdienstes, da diese Bereiche allgemein (Vorzimmerdienst) oder wegen der besonderen Verhältnisse im JM außer Betracht bleiben können (Im Reinigungsdienst ist im Zusammenhang mit dem Übergang auf die 2-Tage-Intervallreinigung im übrigen im Haushalt 1986 eine Stelle weggefallen).

Nach dieser Bereinigung verblieben 21,2 Stellen über dem Minimum und 5,3 über dem Durchschnitt. In den Jahren 1982 bis 1984 sind 5 Stellen abgebaut worden. Damit ist der von LRH und HFA geforderte Abbau der Stellen über dem Durchschnitt erfolgt.

Es verblieben danach noch rd. 16 Stellen über Minimum. Von den darin enthaltenen 7 Schreibkraftstellen wurden infolge der schrittweisen Einführung der Relation 1 : 6 (Schreibkraft/Diktatberechtigte) 1985 2 Stellen abgebaut; bis 1989 werden weitere 4 Stellen abzubauen sein. Die derzeitige Schreibkraftrelation beträgt laut Haushalt 1986 1 : 5,04, nach Erwirtschaftung des kw-Vermerks 1987 1 : 5,52.

Über die danach verbleibenden Stellen "über Minimum" können derzeit noch keine Aussagen gemacht werden. Eine einheitliche Personalbedarfsberechnung für die einzelnen Zweige der Inneren Dienste wird es auch in Zukunft voraussichtlich nicht geben; hier hat eine ganzjährige Erhebung, deren Ergebnisse der federführende Innenminister zusammengestellt hat, gezeigt, daß die erforderlichen einheitlichen Grundlagen nicht vorhanden sind. Die von der Landesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe will die Erhebungsergebnisse dem Landesrechnungshof zugänglich machen. Die weitere Entwicklung bleibt danach abzuwarten.

Unabhängig davon ist das Justizministerium bemüht, durch vermehrten Einsatz technischer Geräte den Forderungen des Landesrechnungshofes nach einer Reduzierung der Stellen im Bereich des Inneren Dienstes nachzukommen.

b) Umsetzung der Feststellungen des LRH zu den allgemeinen Verwaltungsdiensten

Der Rechnungshof hat im Anschluß an die Untersuchung der Inneren Dienste die Allgemeinen Verwaltungsdienste einiger Ressorts, darunter auch des JM, im Rahmen einer vergleichenden Untersuchung überprüft. Er hatte dabei im JM ein Straffungspotential von rd. 3 Referentenstellen ermittelt. Im Herbst 1985 hat der LRH eine Anschlußuntersuchung durchgeführt mit dem Ziel, das Ergebnis durch eine gezielte Organisationsprüfung zu konkretisieren. Er hat seine Untersuchung dabei auf die Gruppen I A (Personal) und II C (Fortbildung und Information) konzentriert.

Gruppe I A bestand im Zeitpunkt der Anschlußuntersuchung aus dem Gruppenleiterreferat und 6 weiteren Referaten sowie der Bürodirektion. Ausgehend von der Überlegung, daß der Arbeitsanfall in einem Personalreferat wesentlich von der Stärke des zu verwaltenden Personalbestandes bestimmt ist, hat der Rechnungshof hier angesichts der rückläufigen Zahlen vor allem der neu eingestellten Richter und Staatsanwälte freie Kapazitäten festgestellt. Den Feststellungen wurde durch eine Änderung des Geschäftsverteilungsplans Rechnung getragen. Dabei wurde ein Referat aufgelöst und dessen Aufgaben auf andere Referate der Gruppe verteilt.

Bei der Gruppe II C stellte der LRH fest, daß durch eine entsprechende Umorganisation eine Gruppenleiterstelle sowie 2 Referenten- und 2 Sachbearbeiterstellen freigesetzt werden könnten. Dieser Feststellung wurde durch die Neubildung der Gruppe II C Rechnung getragen. Daß auf diese Weise neue und justizpolitisch bedeutsame Aufgaben wahrgenommen werden können, für die sonst neue Stellen hätten beantragt werden müssen, hat der LRH in seinem Bericht als "Beispiel einer auf effektive Ausnutzung vorhandener Möglichkeiten gerichteten Aufgabenkritik" hervorgehoben.

II.
Gerichte und Staatsanwaltschaften
 - Kapitel 04 040 -

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1987	1986	
Planmäßige Beamte	4.562	3.989	5.295	1.313	15.159	15.167	- 8
Beamte Hilfskräfte	45	294	235	45	619	586	+ 33
Angestellte	5	89	6.379	258	6.731	6.838	- 107
Arbeiter	--	--	--	641	641	695	- 54
Teilgruppen:							
Angestellte	--	--	180	--	180	174	+ 6
Arbeiter	--	--	--	9	9	9	--
insgesamt	4.612	4.372	12.089	2.266	23.339	23.469	- 130
Beamte im Vorbereitungsdienst	6.600	561	549	10	7.820	7.404	+ 416
Auszubildende und Berufspraktikanten					2.431	2.431	--

Dienststelle

Übersicht

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Ges. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		Unterw. bes. mit planm. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
R 8	Präsident des OLG	3	3	3				
R 6	Präsident des LG	10	10	9				
	Generalstaatsanwalt	3	3	3				
R 5	Präsident des LG	4	3	4				
	Präsident des AG	3	3	3				
R 4	Vizepräsident des Oberlandesgerichts	3	3	3				
	Präsident des LG	5	6	6				
	Präsident des AG	1	1	1				
	Leitender Oberstaats- anwalt	12	12	12				
R 3	Vors. Richter am OLG	106	106	105		1		
	Vizepräsident des LG	14	13	12				
	Vizepräsident des AG	3	3	3				
	Leitender Oberstaats- anwalt	19	19	19				
R 2	Vizepräsident des LG	5	6	6				
	Vors. Richter am LG	433	433	433		13		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(2)	(2)	(2)				
	Richter am OLG	350	350	342		13,5	5,5	
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(17)	(17)	(9)				
	12 Richter am OLG zugleich Professoren	(12)	(12)	(12)				
	Insgesamt							

Erkündungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	Unterr. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
R 2	Vizepräsident des AG	1	1	1				
	Richter am AG	125	126	126	27,5	1,5		
	Direktor des AG	57	57	45				
	Die Stelleninhaber erhalten eine Amts- zulage							
	Direktor des AG	54	54	60				
	Oberstaatsanwalt	23	23	22				
	Die Stelleninhaber erhalten eine Amts- zulage							
	Oberstaatsanwalt	231	231	228	9	6		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(7)	(7)	(6)				
	kw LPVG	(2)	(2)	(-)				
R 1	Richter am AG oder LG	2317	2318	2316		198,25		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(16)	(17)	(15)				
	2 R.a. LG zugleich Professoren an einer Hochschule	(2)	(2)	(2)				
	Staatsanwalt	699	700	670,5		28		
	davon Stellen kw (\$ 42 LPVG)	(1)	(1)	(2)				
	Stellen ohne Besol- dungsaufwand	(5)	(9)	(6)				

Erkündungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. (Dasselbe gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.)

Dienststelle

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
R 1	Stellen für Erste Staatsanwälte (ku in StA bei Ausscheiden)	(17)	(17)	(17)				
	davon ohne Besol- dungsaufwand	(-)	(-)	(1)				
	Die Stelleninhaber erhalten eine Amts- zulage							
	Direktor des AG	17	17	19				
Zu- sammen	Richter und Staatsanwälte	4498	4501	4451,5	64	239,25		
A 15	Regierungsdirektor	11	12	12				
A 14	Oberregierungsrat	37	35	33				
A 13	Regierungsrat	16	16	17				
Zu- sammen	"sonst. höherer Dienst"	64	63	62	-	1	-	
	Insgesamt							

erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. (Daher gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.)

Dienststelle

Übersicht

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		Unterw. bes. mit planm. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 13	Sozialoberamtsrat	21	19	19				
	Oberamtsanwalt	204	206	203				
	davon kw (§ 42 LPVG)	(1)	(1)	(-)				
	Justizoberamtsrat	145	147	135	4			
	davon kw (§ 42 LPVG)	(4)	(4)	(3)				
	Stellen	370	372	357	4			
A 12	Sozialamtsrat	65	59	57	1			
	Regierungsamtsrat	2	2	2	1			
	Justizamtsrat	503	495	474,7	12	1		
	davon kw (§ 42 LPVG)	(2)	(2)	(-)				
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(3)	(3)	(1)				
	Amtsanwalt	135	137	131	4	1		
	Stellen	705	693	664,7	18	2		
A 11	Sozialamtman	161	146	146				
	Regierungsamtman	1	1	1				
	Justizamtman	1115	1098	1089	4	16,075		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(-)	(1)	(-)				
	davon kw (§ 42 LPVG)	(8)	(8)	(-)				
	Bibliotheksamtman	1	1	1			0,5	
	Stellen	1278	1246	1237	4	16,075	0,5	
	Insgesamt							

erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.85	davon			
		1987	1986		unterw. bes.mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 10	Sozialoberinspektor	192	174	174				
	17 Sozialoberinspek- toren sind in Bes.Gr. A 10 als Eingangs- amt							
	Justizoberinspektoren	793	775	765,35	2,5	7,575		
	davon kw (§ 42 LPVG)	(5)	(5)	(1)				
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(4)	(4)	(-)				
	Bibliotheksoberin- spektoren	1	1	1				
Stellen		988	950	940,35	2,5	7,575		
A 9	Sozialinspektor	113	154	150			7	
	Justizinspektor	537	585	581	1	80,5	-	
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(3)	(3)	(-)				
	davon kw (§ 42 LPVG)	(1)	(1)	(-)				
Stellen		650	739	731	1	80,5	7	
gehobener Dienst insgesamt		3989	4000	3930,05	29,5	106,15	7,5	
						+12,5		
						+ 6,5		
						+ 2		
	Insgesamt							

erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Spalte	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	Unterw. bes. mit planm. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 9	Obergerichtsvoll- ziener	624	610	610	20	1		
	Justizamtsinspektor	1056	1051	1049,925	94,75	9,625		
	davon kw (§ 42 LPVG)	(5)	(4)	(3)				
Stellen		1680	1661	1659,925	111,75	10,625	--	--
A 8	Justizhauptsekretär	1194	1179	1175	104,75	2,5		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(1)	(1)	(1)				
	davon kw (§ 42 LPVG)	(1)	(1)	(-)				
	Gerichtsvollzieher	275	281	263		16		
Stellen		1469	1460	1438	104,75	18,5	--	--
A 7	Justizvollstreckungs- obersekretär	5	55	54				
	() kw in Justizvoll- streckungsassistent	(-)	(3)					
	Justizobersekretär	1331	1309	1308	63,5	10,5	--	--
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(1)	(1)	(1)				
Stellen		1386	1364	1362	63,5	10,5		
	Insgesamt							

Erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Spalte	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 6	Justizvollstreckungs- sekretär	14	14*	12	3	--	--	--
	Justizsekretär	480	528*	526	73,75	0,25		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(1)	(1)	(-)	--	--	--	--
Stellen		494	542	538	76,75	0,25		
A 5	Justizvollstreckungs- assistent	6	4*	6	--	--	--	--
	Justizassistent	260	258	184,5	--	55	--	--
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand	(1)	(1)	(1)				
	davon kw (§ 42 LPVG)	(1)	(1)	(-)				
Stellen		266	262	190,5	--	55	--	--
mittlerer Dienst	insgesamt	5295	5289	5188,425	359,75	94,875		
	*: einschl. Hebungen nach § 7 a Abs. 5 HG 1986							
	insgesamt							

erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die plannr. Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. (Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.)

Dienststelle

Übersicht

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Nr.	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	Unterw. bes.mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 5	1. Justizhauptwach- meister	786	717*	703	59	--	1	7
	davon kw (§ 42 LPVG)	(1)	(1)	(1)				
A 4	Justizhauptwach- meister	460	524*	516	31	3	--	16
A 3	Justizoberwachmeister	67	73*	71	--	2	--	5
einfacher Dienst insgesamt		1313	1314	1290	90	5	1	28
Gliederung nach Laufbahn- gruppen								
	Höherer Dienst	4562	4564	4513,5	64	239,25	--	--
	Gehobener Dienst	3989	4000	3930,05	29,5	106,15	7,5	--
	Mittlerer Dienst	5295	5289	5188,425	359,75	94,875	--	--
	Einfacher Dienst	1313	1314	1290	90	5	1	28
*: einschl. Hebungen nach § 7 a Abs. 5 HG 1986								
Insgesamt		15159	15167	14921,975	543,25	445,275	8,5	28

Erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Über die besetzten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für besetzte Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
a) Beamte auf Probe					
Richter (davon 2 Stellen ohne Besoldungsauf- wand)*)	38	15 (Richter) (2) 3 (StA)	15 (2) 3		
Regierungsräte z.A. (Wirtschafts- referenten)	7	3	--		
Justizinsp. z.A.	191	191	129,5		
Sozialinsp. z.A.	103	73	68	50	--
Zusammen a)					
b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
<p>*) HHPlan 1986: 31 Stellen Richter auf Probe (dav. 2 o. Bes.) - 21 kw Einsparung 1986 + 8 aus Ku RiVG (Kap. 04 070) 10</p>					
Zusammen b)					
Insgesamt:					
Die besetzten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.					

Dienststelle

Übersicht

über die besetzten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 1987

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für besetzte Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
Justizassis- tanten z. A.	235	243	243	10	
Justizober- wachtmeister z. A.	45	45	45	--	35
Zusammen a)	619	586			
b) sonstige Beamte [Beamte im einseitigen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
c) Abgeordnete Beamte					
Justizober- amtsrat	2	1	2		
Justizamtsrat	--	1	--		
Zusammen b)	2	2	2		
Insgesamt:	Die besetzten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.				

Dienststelle

Kapital 04 040

Übersicht

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungsgruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	19 87	19 86	Istbesetzung am 01.07.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
	2	3	4	5	6
Ib/IIa	5	5	5	--	
IVa	1	1	1	--	
IVa/IVb	15	28	12	--	
IVb/Vb	73	72	53	4,45	
Vb/Vc	89	90	80	12	
Vc	379	380	377	67	
Vc/VIb	10	10	6	--	
VIb	399	400	370,5	32,5	
VIb/VII	1545	1560	1539,5	65	1
VII/VIII	3957	4033	4026,25	4	80,5
IXa/IXb	247	248	236	3	
IX	11	11	11	--	4
unbeschäftigte Angestellte	--	--	--	--	--
Zusammen	6731	6838	6717,25	187,95	85,5
auszubildende	2339	2339	2104		

1) außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.
 2) Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich-
 gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Der Justizminister des Landes NRW

Dienststelle

Kapital 04 040

Übersicht

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 01.07.1986	davon unter- wertig besetzt
1	2	3	4	5
IX	3	3	3	1
VIII a	2	1	1	
VIII	1	1	2	
VII	1	1	3	
VI	4	4	2	
VI/V	89	86	76	01.
V	2	5	7,25	
IV	38	42	17	
IV	3	4	4,7	
III	1	2	2,75	
II	472	521	497,185	
Fahrdienst (dav. 1 LPVG)	25 (1)	25 (1)	35 (1)	
sammen	641	695	649,885	2
zubildende	-	-	-	-

Merkung:

Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Dienststelle

Kapital 04 040

Titelgruppe 60

Übersicht

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungsgruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	19 87	19 86	Istbesetzung am 01.07.1986	unterwärtig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
	2	3	4	5	6
VI b/VII	23	23	23	2,5	
VII/VIII	157	151	151		
Allesch überzahl. angestellte	-	-	-	-	
Zusammen	180	174	174	2,5	
Lehrazubildende	-	-	-	-	

1. außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.

2. Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Dienststelle

Kapital 04 040
Titelgruppe 60

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 01.07.1986	davon unter- wertig besetzt
1	2	3	4	5
II	9	9	9	
samen	9	9	9	
Uzubildende	--	--	--	

Merkung:

Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Übersicht

über die Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)
für das Haushaltsjahr 1987

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamte zur Ausbildung annehmen)

- ohne Stellen o. Bes.-aufw. -

Übersicht über die Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)

	Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 2)								Beamte zur Anstellung (Titel 422 1)							
	Stellen- zahl 1986	Vorgesehene Neu- einstellungen im Haushaltsjahr		Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten im Vorbereitungsdienst, die eingestellt sind im Haushaltsjahr					Stellen- zahl 1986	Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten zur Anstellung, deren Probepzeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr						
		1987	1986 86	1985	1984	1983	1982 und früher	ins- ge- samt		1985	1984	1983	1982 und früher	ins- ge- samt		
Kapitel 040 0																
Höherer Dienst									25	34	96	20	11,25	57	218,25	
- Richter -									4	21	10	-	2	4	37	
- Staatsanw.																
-Wirtschaftsreferent.									3		1				1	
h. Justizdienst		130	126	129	177	125	148	16	595	191	143	49	35,65	8	235,65	
dav. Aufstiegsbeamte				(3)	(6)	(8)	(6)	(2)	(25)	-	(2)				(2)	
Artsanwälte				(2)	(3)				(5)	-	(5)				(5)	
geh. Sozialdienst										73	3	7	6	2	-	18
Gerichtsvollzieher				(30)	(18)				(48)	-	(10)	(12)	(4)	(2)	-	(28)
mittl. Justizdienst		160	171	176	196	61	4	-	437	243	80	160	74,075	3,8	10	327,875
dav. Aufstiegsbeamte				(5)	(3)	(4)	(1)	-	(13)	-	(6)	(1)	-	-	-	(7)
Justizvollstr.-di.											(1)					(1)
Einfacher Dienst		4	4	4	1				5	45	2	8	5			15
Gr. A 1 bis A 5																

1. Die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamten zur Anstellung sind nach dem Dienstverhältnis und dem verschiedenen
 tatsächlichen Laufbahnen getrennt aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.
 2. Soweit Anwärter über den eigenen Bedarf des Landes hinaus eingeschrieben werden, ist der eigene Bedarf in Klammern anzugeben.

* nach Abzug der kw-Stellen Einsparung
zuzgl. ku aus Kap. 04 070
Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

- 2 Stellen für Beamte z.A. (siehe fallen o. Bes.,
zu LWG)
- 2.1 Soll 1986*)
- 2.2 Ist per 1.7.1986
- davon sind unabweisbar in Anspruch
genommen durch:
- 2.21 Angestellte
- 2.22 Arbeiter
- 2.3 Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)
- davon:
- 2.31 wegen Beendigung der Probezeit
(Anstellung)
- 2.32 aus sonstigen Gründen
- 2.4 Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)
- davon:
- 2.41 geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31);
höherer Dienst: Einstellung
- 2.42 aus anderen Verwaltungen
- 2.5 Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)
- 2.6 Abgang bis 31.12.1987 *)
- davon:
- 2.61 wegen Beendigung der Probezeit
(Anstellung)
- 2.62 aus sonstigen Gründen
- 2.7 Zugang bis 31.12.1987 *)
- davon:
- 2.71 geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61);
höherer Dienst: Einstellung
- 2.72 aus anderen Verwaltungen
- 2.8 Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)
- 2.81 Gegenüber Soll 1986
- 2.811 freie Stellen
- 2.812 Stellenmehrbedarf
- 2.9 Von den Stellen (2.1 - 2.8) neu 87:
werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:
- 2.91 Angestellte
- 2.92 Arbeiter

Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung					
Richter		StA			
	13		3		
218,	25		37		
{ --- }		{ --- }		{ }	{ }
{ 68, 25 }		{ 6 }		{ }	{ }
{ --- }					
{ 12 }		{ 20 }		{ }	{ }
1	62		51		
{ 20 }		{ -- }		{ }	{ }
{ -- }					
{ 43 }		{ 25, 5 }		{ }	{ }
		{ 3 }			
18		79,	5		
	13		3		
1	72	75,	5		
		16		4 + 3	durch Wegfall der
		156		69,5	Vermerke "o.Bes."

) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 3

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung					
		Richter		StA			
3	<u>Planstellen</u> (ohne Stellen o. bes., Prof., bzw. LWG)	34	63	9	69		
3.1	Soll 1986	34	57,1	9	39,5		
3.2	Ist per 1.7.1986						
	- davon sind unabweisbar in (- RiProbe Anspruch genommen durch: (= "netto")		205,25		34		
			3251,85		905,5		
3.21	Angestellte	{		{		{	
3.22	Arbeiter	{		{		{	
3.23	Beamte z.A. /Richter auf. Probe	{	205,25	{	34	{	
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)						
	- davon:						
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	{	6	{	4	{	
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{		{		{	
3.33	aus sonstigen Gründen	{		{		{	
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)						
	- davon:						
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{	68,25	{	6	{	
3.42	aus anderen Verwaltungen	{		{		{	
3.43	durch Aufstieg aus einfachem/mittlerem/gehobenem Dienst	{		{		{	
3.5	Stand am 31.12.1986 (3.2 - 3.3 + 3.4)		334,1		907,3		
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)						
3.6	Abgang bis 31.12.1987 *)						
	- davon:						
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{	27	{	8	{	
3.62	aus sonstigen Gründen	{	0,1	{		{	
3.7	Zugang bis 31.12.1987 *)						
	- davon:						
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{	20	{	--	{	
3.72	aus anderen Verwaltungen	{		{		{	
3.73	durch Aufstieg aus einfachem/mittlerem/gehobenem Dienst	{		{		{	
3.8	Stand am 31.12.1987		3307		899,5		
3.81	Gegenüber Soll 1986		3463		969		
3.811	freie Stellen		15F		69,5		
3.812	Stellenmehrbedarf						
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:						
3.91	Angestellte						
3.92	Arbeiter						
3.93	Beamte z.A.		130		69,0		

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 2

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		Mirtschf.- Referenten			
2	<u>Stellen für Beamte z.A.</u> <i>(ohne Referent o. d. d., 121 (V2))</i>				
2.1	Soll 1986	3			
2.2	Ist per 1.7.1986	1			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.21	Angestellte	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.22	Arbeiter				
2.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)				
	- davon:				
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.32	aus sonstigen Gründen				
2.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)				
	- davon:				
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung	{ 3 }	{ }	{ }	{ }
2.42	aus anderen Verwaltungen				
2.5	Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)	4			
2.51	Freie Stellen (2.1 - 2.5)				
2.6	Abgang bis 31.12.1987 *)				
	- davon:				
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.62	aus sonstigen Gründen				
2.7	Zugang bis 31.12.1987 *)				
	- davon:				
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung	{ 4 }	{ }	{ }	{ }
2.72	aus anderen Verwaltungen				
2.8	Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)	8			
2.81	Gegüber Soll 1986	3			
2.811	freie Stellen				
2.812	Stellenmehrbedarf	5			
2.9	Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unab- weisbar in Anspruch genommen durch:				
2.91	Angestellte				
2.92	Arbeiter				

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 3

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		Wirtsch.- Referenten			
3	<u>Planstellen</u> (ohne Stellen o.h., Prof., bzw. LVA)				
3.1	Soll 1986	26			
3.2	Ist per 1.7.1986	26			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:	25			
3.21	Angestellte	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.22	Arbeiter	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.23	Beamte z.A.	{ 1 }	{ }	{ }	{ }
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)				
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{ }	{ }	{ }	{ }
3.33	aus sonstigen Gründen	{ }	{ }	{ }	{ }
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)				
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.42	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ }	{ }	{ }
3.43	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	{ }	{ }	{ }	{ }
3.5	Stand am 31.12.1986 (3.2 - 3.3 + 3.4)	25			
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)				
3.6	Abgang bis 31.12.1987 *)				
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.62	aus sonstigen Gründen	{ }	{ }	{ }	{ }
3.7	Zugang bis 31.12.1987 *)				
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.72	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ }	{ }	{ }
3.73	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	{ }	{ }	{ }	{ }
3.8	Stand am 31.12.1987	25			
3.81	Gegenüber Soll 1986	26			
3.811	freie Stellen	1			
3.812	Stellenmehroedarf				
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.91	Angestellte				
3.92	Arbeiter				
3.93	Beamte z.A.	1			

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

1 Stellen für Beamte im
Vorbereitungsdienst

<u>Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung</u>			
gehobener Justizdienst	mittl Justiz- dienst	einf. Justiz- dienst	
304	590	10	
570	424		
156	60		
(141)	(55)	()	()
(15)	(5)	()	()
414	364		
125	193		
(115)	(180)	()	()
(10)	(13)	()	()
130	160		
419*	331*	10**	

1.1 Soll 1986

1.2 Ist per 1. 7. 1986

1.3 Abgang 1. 7. bis 31.12.1986 *)
- davon:

1.31 wegen Bestehens der Laufbahnprüfung

1.32 aus sonstigen Gründen

1.4 Einstellung 1. 7. bis 31.12.1986 *)

1.5 Stand am 31.12.1986 (1.2 - 1.3 + 1.4)

1.51 Freie Stellen (1.1 - 1.5)

1.6 Abgang bis 31.12.1987 *)
- davon:

1.61 wegen Bestehens der Laufbahnprüfung

1.62 aus sonstigen Gründen

1.7 Zugang bis 31.12.1987 durch Einstellung *)

1.8 Stand am 31.12.1987 (1.5 - 1.6 + 1.7)

1.81 Gegenüber Soll 1986

1.811 freie Stellen

1.812 Stellenmehrbedarf

Aufgliederung der Zu- und Abgänge 198
(1.6 und 1.7) nach Einstellungs- bzw.
Prüfungsterminen

Zugang Einstellungstermine

Abgang Prüfungstermine

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 2

- 2 Stellen für Beamte z.A. (ohne Stellen o. Bes. KL (LVE))
- 2.1 Soll 1986
- 2.2 Ist per 1.7.1986
- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:
- 2.21 Angestellte
- 2.22 Arbeiter
- 2.3 Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)
- davon:
- 2.31 wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)
- 2.32 aus sonstigen Gründen
- 2.4 Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)
- davon:
- 2.41 geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung
- 2.42 aus anderen Verwaltungen
- 2.5 Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)
- 2.6 Abgang bis 31.12.1987 *)
- davon:
- 2.61 wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)
- 2.62 aus sonstigen Gründen
- 2.7 Zugang bis 31.12.1987 *)
- davon:
- 2.71 geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung
- 2.72 aus anderen Verwaltungen
- 2.8 Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)
- 2.81 Gegenüber Soll 1986
- 2.811 freie Stellen
- 2.812 Stellenmehrbedarf
- 2.9 Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:
- 2.91 Angestellte
- 2.92 Arbeiter

gehobener JustizDi		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
1	91				
235	65				
{	-	}	{	}	{
55	65				
{	43	65	}	{	}
{	12		}	{	}
14	1				
{	14	1	}	{	}
32	1				
6	3				
{	4	9	}	{	}
{	1	4	}	{	}
11	5				
{	11	5	}	{	}
37	3				
19	1				
18	2				

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 3

		Laufbahngruppe g/f. Fachrichtung			
		gehobener		AA	
		Justizdi.			
3	<u>Planstellen (ohne Stellen o. bes., Prof., bzw. LWG)</u>	30	69	3	42
3.1	Soll 1986	2979	55	3	33
3.2	Ist per 1.7.1986	44,65			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch: (= "netto")	2934,9			
3.21	Angestellte	{ - }	{ }	{ - }	{ }
3.22	Arbeiter	{ }	{ }	{ }	{ }
3.23	Beamte z.A.	{ 44,65 }	{ }	{ - }	{ }
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)	88		1	
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ 8 }	{ }	{ 1 }	{ }
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{ }	{ }	{ - }	{ }
3.33	aus sonstigen Gründen	{ 80 }	{ }	{ - }	{ }
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)	45,65		5	
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{ 43,65 }	{ }	{ 5 }	{ }
3.42	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ }	{ - }	{ }
3.43	durch Aufstieg aus einfachen/mittleren/gehobenem Dienst	{ 2 }	{ }	{ - }	{ }
3.5	Stand am 31.12.1986 (3.2 + 3.3 + 3.4)	28	92,55	3	37
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)				
3.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	105		2	
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ 20 }	{ }	{ 1 }	{ }
3.62	aus sonstigen Gründen	{ 85 }	{ }	{ 1 }	{ }
3.7	Zugang bis 31.12.1987 *)	57		3	
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{ 49 }	{ }	{ 3 }	{ }
3.72	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ }	{ - }	{ }
3.73	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	{ 8 }	{ }	{ - }	{ }
3.8	Stand am 31.12.1987	2844	55	3	38
3.81	Gegenüber Soll 1986	306	9	3	42
3.811	freie Stellen	22	4,45	4	
3.812	Stellenmehrbedarf				
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.91	Angestellte				
3.92	Arbeiter				
3.93	Beamte z.A.	1	82		

rd. 36,5 Stellen
vorhalten f. Übern.
Anwärter "über Bedarf"

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		mittlerer Justizdi.			
2	Stellen für Beamte z.A. <i>(aus Stellen o. Be., zu LVG)</i>	243			
2.1	Soll 1986	327,375			
2.2	Ist per 1.7.1986				
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.21	Angestellte	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.22	Arbeiter	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)	97,375			
	- davon:				
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 87,375 }	{ }	{ }	{ }
2.32	aus sonstigen Gründen	{ 10 }	{ }	{ }	{ }
2.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)	55			
	- davon:				
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung	{ 55 }	{ }	{ }	{ }
2.42	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.5	Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)				
2.51	Freie Stellen (2.1 - 2.5)				
2.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	170			
	- davon:				
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 160 }	{ }	{ }	{ }
2.62	aus sonstigen Gründen	{ 10 }	{ }	{ }	{ }
2.7	Zugang bis 31.12.1987 *)	180			
	- davon:				
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung	{ 180 }	{ }	{ }	{ }
2.72	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.8	Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)	295			
2.81	Gegenüber Soll 1986	243			
2.811	freie Stellen				
2.812	Stellenmehrbedarf	52			
2.9	Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.91	Angestellte				
2.92	Arbeiter				

) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		mittlerer Justizdi.		Gv	
3	<u>Planstellen</u> (siehe Stellen o.ä., Prof., zw (W6))	43	15	8	91
3.1	Soll 1986	42	44,425	8	56
3.2	Ist per 1.7.1986				
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:	(abztl. Probebe- amte = netto	84,875)		
		4150,55			
3.21	Angestellte	{	}	{	- }
3.22	Arbeiter	{	}	{	- }
3.23	Beamte z.A.	{	84,875 }	{	- }
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)	43,	425		
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	(2)	(1)
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	(2)	(-)
3.33	aus sonstigen Gründen	(89,425)	(-)
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)	87,	875		28
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	(87,875)	(28)
3.42	aus anderen Verwaltungen	()	()
3.43	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	()	()
3.5	Stand am 31.12.1986 (3.2 - 3.3 + 3.4)	42	04	88	3
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)				
3.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	1	13		9
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	(7)	(9)
3.62	aus sonstigen Gründen	(1 06)	(-)
3.7	Zugang bis 31.12.1987 *)	16	0		25
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	(1 60)	(25)
3.72	aus anderen Verwaltungen	(-)	(-)
3.73	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	(-)	(-)
3.8	Stand am 31.12.1987	42	51	8	99
3.81	Gegenüber Soll 1986	43	15	8	91
3.811	freie Stellen		64		
3.812	Stellenmehrbedarf				8
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.91	Angestellte				
3.92	Arbeiter				
3.93	Beamte z.A.				
		52			

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 2

- 2 Stellen für Beamte z.A. (ohne Stellen o. Be., bis 1986)
- 2.1 Soll 1986
- 2.2 Ist per 1.7.1986
 - davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:
 - 2.21 Angestellte
 - 2.22 Arbeiter
- 2.3 Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)
 - davon:
 - 2.31 wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)
 - 2.32 aus sonstigen Gründen
- 2.4 Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)
 - davon:
 - 2.41 geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung
 - 2.42 aus anderen Verwaltungen
- 2.5 Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)
- 2.6 Abgang bis 31.12.1987 *)
 - davon:
 - 2.61 wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)
 - 2.62 aus sonstigen Gründen
- 2.7 Zugang bis 31.12.1987 *)
 - davon:
 - 2.71 geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung
 - 2.72 aus anderen Verwaltungen
- 2.8 Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)
- 2.81 Gegenüber Soll 1986
 - 2.811 freie Stellen
 - 2.812 Stellenmehrbedarf
- 2.9 Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:
 - 2.91 Angestellte
 - 2.92 Arbeiter

Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung					
einfacher Justizdienst					
45					
50					
{ 35	}	{	}	{	}
{ -	}	{	}	{	}
{ 13	}	{	}	{	}
{ 5	}	{	}	{	}
7					
{ 5	}	{	}	{	}
{ 20	}	{	}	{	}
22					
45					
23					
23					

) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		einfacher Justizd.			
3	<u>Planstellen</u> (ohne Stellen o.ä., Prof., zw. LWG)				
3.1	Soll 1986	13	13		
3.2	Ist per 1.7.1986	12	89		
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.21	Angestellte	{	1}	{	{
3.22	Arbeiter	{	28}	{	{
3.23	Beamte z.A.	{	5}	{	{
			-		
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)				
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	(-)	((
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{	-}	{	{
3.33	aus sonstigen Gründen	{	-}	{	{
			17		
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)				
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{	13}	{	{
3.42	aus anderen Verwaltungen	{		{	{
3.43	durch Aufstieg aus einfachem/mittlerem/gehobenem Dienst (Arbeiter)	(4)	((
3.5	Stand am 31.12.1986 (3.2 - 3.3 + 3.4)	12	72		
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)				
3.6	Abgang bis 31.12.1987 *)		11		
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{	3}	{	{
3.62	aus sonstigen Gründen	{	8}	{	{
			18		
3.7	Zugang bis 31.12.1987 *)				
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{	5}	{	{
3.72	aus anderen Verwaltungen	{		{	{
3.73	durch Aufstieg aus einfachem/mittlerem/gehobenem Dienst (Arbeiter)	(13}	((
3.8	Stand am 31.12.1987 *)	12	79		
3.81	Gegenüber Soll 1986	13	13		
3.811	freie Stellen		34		
3.812	Stellennährbedarf				
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
			-		
3.91	Angestellte		28		
3.92	Arbeiter		5		
3.93	Beamte z.A.				

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 2

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		geh. So-			
		zialdienst			
2	Stellen für Beamte z.A. <i>(ohne Stellen o. Be., bz. LWG)</i>				
2.1	Soll 1986	73			
2.2	Ist per 1.7.1986	68			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.21	Angestellte	{ 50 }	{ }	{ }	{ }
2.22	Arbeiter	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)	8			
	- davon:				
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 8 }	{ }	{ }	{ }
2.32	aus sonstigen Gründen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)	1			
	- davon:				
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung	{ 1 }	{ }	{ }	{ }
2.42	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.5	Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)	11			
2.51	Freie Stellen (2.1 - 2.5)				
2.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	7			
	- davon:				
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 7 }	{ }	{ }	{ }
2.62	aus sonstigen Gründen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.7	Zugang bis 31.12.1987 *)				
	- davon:				
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung 19 neu, 11 aus Ang	{ 30 }	{ }	{ }	{ }
2.72	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ }	{ }	{ }
2.8	Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)	34			
2.81	Gegenüber Soll 1986	73			
2.811	freie Stellen	39			
2.812	Stellenmehrbedarf				
2.9	Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unab- weisbar in Anspruch genommen durch:				
2.91	Angestellte	39			
2.92	Arbeiter				

*) geschätzt

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 3

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		geh. Soz.-dienst			
3	<u>Planstellen</u> (ohne Stellen o. bes., Prof., bzw. LWG)				
3.1	Soll 1986	5	52		
3.2	Ist per 1.7.1986	5	46		
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.21	Angestellte	{	7	}	{ } { } { }
3.22	Arbeiter	{		}	{ } { } { }
3.23	Beamte z.A.	{		}	{ } { } { }
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)		4		
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	(1)	() () ()
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{	3	}	{ } { } { }
3.33	aus sonstigen Gründen				
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)		8		
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{	8	}	{ } { } { }
3.42	aus anderen Verwaltungen				
3.43	durch Aufstieg aus einfachem/mittlerem/gehobenem Dienst	()	() () ()
3.5	Stand am 31.12.1986 (3.2 + 3.3 + 3.4)		543		
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)				
3.6	Abgang bis 31.12.1987 *)		5		
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{	3	}	{ } { } { }
3.62	aus sonstigen Gründen	{	2	}	{ } { } { }
3.7	Zugang bis 31.12.1987 *)		7		
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{	7	}	{ } { } { }
3.72	aus anderen Verwaltungen				
3.73	durch Aufstieg aus einfachem/mittlerem/gehobenem Dienst	()	() () ()
3.8	Stand am 31.12.1987		545		
3.81	Gegenüber Soll 1986		552		
3.811	freie Stellen		7		
3.812	Stellenmehrbedarf				
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.91	Angestellte		7		
3.92	Arbeiter				
3.93	Beamte z.A.				

*) geschätzt

1.

Umsetzungen (nach § 50 LHO) und Umwandlungen

1.1

1 Stelle BesGr. A 7 (Justizvollstreckungsobersekretär) im Haushaltsvollzug 1986 umgesetzt aus dem Einzelplan 07 (MAGS).

1.2

1 Stelle BesGr. A 11 (Justizamtmann) umgesetzt im Haushaltsvollzug 1986 in den Epl. 07 (MAGS) wegen Aufgabenübergangs.

1.3

1 Stelle BesGr. A 9 (Justizinspektor) umgesetzt nach Kapitel 04 010 (JM)

1.4

1 Stelle BesGr. R 1 (Richter am Amts-/Landgericht) umgesetzt nach Kapitel 04 010 (JM)

1.5

12 Stellen umgesetzt in Kapitel 04 060 (Aus- und Fortbildungseinrichtungen), und zwar

1 Stelle BesGr. R 2 (Justizfortbildungsstätte Recklinghausen)

1 Stelle BesGr. R 1 (Justizfortbildungsstätte Recklinghausen)

1 Stelle BesGr. A 15 (Regierungsdirektor)

4 Stellen des gehobenen Dienstes (BesGr. A 9), dav. 2 für die Justizfortbildungsstätte Recklinghausen

4 Stellen des mittleren Dienstes (BesGr. A 5), dav. 1 für die Justizfortbildungsstätte Recklinghausen

1 Stelle BesGr. A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister)

zu 1.1 und 1.2

Die Zuständigkeit für die Maßregeln der Sicherung und Besserung in Anstalten anderer Verwaltungen (Landeskrankenhäuser) ist auf den MAGS übergegangen. Neben der Umsetzung der Mittel bei Kap.

04 050 Titel 643 00 waren 2 Stellen des gehobenen Dienstes in seinen Einzelplan umzusetzen (1 aus Kap. 04 040, 1 aus Kap. 04 050). Zum rechnerischen Ausgleich wurde die zu 1.1 genannte Stelle nach Kap. 04 040 aus dem Epl. 07 umgesetzt.

zu 1.3

Die Bücherei des Justizministeriums bedarf der Führung durch einen Bibliothekar. Bei vergleichender Betrachtung mit den Ausstattungen in den anderen Ressorts war eine Stelle des gehobenen Dienstes zu schaffen, die durch Umsetzung aus Kap. 04 040 gewonnen wurde.

zu 1.4

Zum Ausgleich der Umsetzung einer Stelle der BesGr. B 2 (Ministerialrat) im Haushaltsvollzug 1986 in den Epl. 06 (MWF) war eine Stelle des höheren Dienstes nach Kap. 04 010 umzusetzen.

zu 1.5

Die Aus- und Fortbildungseinrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers sind im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Justizfortbildungsstätte in Recklinghausen im Herbst 1987 im Kap. 04 060 zusammengefaßt worden.

Aus Kap. 04 040 waren umzusetzen

- je 1 Stelle der BesGr. R 2 und R 1 (für Recklinghausen)

- 1 Stelle der BesGr. A 15 (Schulleiter Justizausb.-Stätte
Brakel)

4 Stellen der BesGr. A 9 (Justizinspektor) - dav. 2 für
Recklinghausen -

4 Stellen der BesGr. A 5 (Justizassistent) - dav. 1 für
Recklinghausen -)

1 Stelle der BesGr. A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister
- Braxel -)

Wegen der Einzelheiten wird auf die Ausführungen bei Kap. 04 060
Bezug genommen.

2.

Wirksamwerden von kw- und ku-Vermerken

2.1

BesGr. A 5 (Justizvollstreckungsassistent)

1 Stelle kw - Einsparung - aus 1986 wegen Wirksamwerdens des
Wegfallvermerks.

2.2

BesGr. A 7/A 5 (Justizvollstreckungsobersekretär/-assistent)

3 ku-Vermerke wurden wirksam.

3.

Neue Stellen, Stellenwegfall

3.1

BesGr. A 13 (Regierungsrat)

1 Stelle

3.2

BesGr. A 8 (Gerichtsvollzieher)

8 Stellen

3.3

BesGr. A 5 (Justizvollstreckungsassistent)

2 Stellen

3.4

BesGr. A 13 (Regierungsrat z.A.)

4 Stellen

3.5

BesGr. A 9 (Sozialinspektor z.A.)

19 Stellen

3.6

BesGr. R 1 (Richter auf Probe)

20 Stellen

3.7

BesGr. A 13/A 12 (Oberamtsanwalt/Amtsanwalt)

- 4 Stellen

3.8

BesGr. A 12 (Justizamtsrat)

- 1 Stelle

3.9

BesGr. R 1 (Richter auf Probe)

- 21 Stellen

3.10

BesGr. A 5 (Justizassistent z.A.)

- 8 Stellen

zu 3.1

1 Stelle Regierungsrat (BesGr. A 13) für den Geschäftsleiter des LG Kleve. Der Präsident des LG Kleve ist in 1987 aus besoldungsrechtlichen Gründen in BesGr. R 5 einzustufen. Demzufolge ist - entsprechend der Einstufung der übrigen Geschäftsleiter bei großen Land- und Amtsgerichten, deren Präsident in BesGr. R 5 bzw. R 6 eingestuft ist - die Stelle als Eingangsplanstelle des höheren Dienstes auszubringen.

zu 3.2

Wie in Abschnitt C. (Personalbedarfsberechnung) im einzelnen dargetan, sind die Gerichtsvollzieher erheblich überlastet. Um

hier Abhilfe zu schaffen, wurden 8 Hilfsstellen Justizassistent z.A. umgewandelt in Planstellen des Gerichtsvollzieherdienstes.

zu 3.3

Wie die Gerichtsvollzieher sind auch die Beamten des Justizvollstreckungsdienstes bei den Gerichtskassen erheblich unterbesetzt. Eine personelle Verstärkung war daher zwingend geboten.

zu 3.4

Die Wirtschaftsreferenten bei den Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ohne personelle Verstärkung zur Bearbeitung der ständig zunehmenden umfangreichen Wirtschafts- und Steuerstrafsachen nicht mehr in der Lage.

Für die 4 Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf und Köln war daher je 1 Stelle zu schaffen.

zu 3.5

Die 588 Bewährungshelfer hatten am 1. Juli 1986 40.738 Probanden zu betreuen. Damit wurde eine durchschnittliche Fallzahl von 1 : 69,28 erreicht, obgleich nach der Personalbedarfsberechnung eine Betreuungszahl von 45 Probanden für einen Bewährungshelfer angestrebt wird.

Um die Belastung zumindest nicht weiter steigen zu lassen, sind 16 neue Bewährungshelferstellen und - zur Beseitigung der letzten 1-Mann-Dienststellen in der Gerichtshilfe - 3 Gerichtshelferstellen neu geschaffen worden.

zu 3.6

Die in Abschnitt C. dargelegte hohe Belastung im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst erforderte erneut die Schaffung neuer Stellen.

Es sind

16 neue Stellen für Richter auf Probe bei den ordentlichen
Gerichten und

4 neue Stellen für Richter auf Probe bei den Staatsanwalt-
schaften

geschaffen worden.

Wegen des nach wie vor bestehenden ganz erheblichen Fehlbedarfs -
26,7 % im richterlichen und rd. 20 % im staatsanwaltlichen Dienst
- wird zunächst auf die Darstellung der Personalbedarfsberechnung
(Abschnitt C.) verwiesen. Im einzelnen ist die Situation wie folgt
gekennzeichnet, wobei die Folgen z. T. in besonderem Maße in die
Öffentlichkeit hineinwirken:

* Beim Landgericht Düsseldorf mußten zwei Hilfsstrafkammern
eingerrichtet werden, damit ein NS-Verfahren kurzfristig verhandelt
werden konnte. Nach dessen Abschluß wurde im Komplex Rheinmetall
seit Januar 1986 verhandelt. Ein anderes Strafverfahren - den beiden
seit fast zwei Jahren in Haft befindlichen Angeklagten werden strafbare
Handlungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Waretermingeschäften
vorgeworfen, bei denen ein Schaden von etwa 6 Mio. DM entstanden ist -
soll nunmehr in der zweiten Jahreshälfte 1986 verhandelt werden.
Nach der Anklageschrift ist die Vernehmung von 380 Zeugen vorgesehen.

* Beim Landgericht Bochum sind die Strafkammern durch eine Vielzahl von Anklagen in Apotheker- und Ärztebetrugssachen überlastet. Dem Landgericht konnte inzwischen im Hinblick auf diese Verfahren, die auch das besondere Augenmerk der Öffentlichkeit gefunden haben, zwei Richterstellen zugewiesen werden, so daß die Einrichtung einer weiteren Strafkammer möglich wurde. Insgesamt wird jedoch eine solche zusätzliche Verstärkung angesichts des Umfangs der Apotheker- und Ärzteverfahren noch nicht zu einer nennenswerten Entlastung des Gerichts führen.

*Beim Landgericht Bonn wird seit mehreren Monaten im Parteispenden-Komplex sowie einem anderen umfangreichen Strafverfahren verhandelt. Beide Verfahren werden in der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt. Ein weiteres Umfangverfahren ("Bauherrenmodell") wird seit etwa einem Jahr verhandelt. Die derzeitige Belastung des Landgerichts wird die Einrichtung einer weiteren (Hilfs-)Strafkammer bei unverändertem Geschäftsanfall unerläßlich machen.

* Die Gerichtspräsidien der Landgerichte lehnen es zunehmend ab, dem Antrag von Strafkammervorsitzenden auf Zuweisung von Ergänzungsrichtern in Umfangverfahren zu entsprechen. So geben Präsidien von Landgerichten derartigen Anträgen grundsätzlich nicht mehr statt. Wird den Anforderungen der Kammervorsitzenden auf Zuteilung von Ergänzungsrichtern durch die Präsidien der Gerichte nicht entsprochen, dann wird das Risiko in Kauf genommen, daß bei Ausfall eines Berufsrichters wegen Erkankung, erfolgreicher Ablehnung u.ä. eine Wiederholung auch umfangreicher Verfahren notwendig wird. In einem Strafverfahren mußte die Hauptverhandlung ausgesetzt werden, nachdem der damalige Kammervorsitzende wegen Besorgnis der Befangenheit erfolgreich abgelehnt worden war. Die Strafkammer hat dies damit begründet, daß nach dem Ausfall des Kammervorsitzenden die Strafkammer lediglich noch mit drei Berufsrichtern besetzt war. Angesichts der voraussichtlichen Dauer des Verfahrens und des damit verbundenen

Risikos des Ausfalls eines weiteren Richters hielt die Kammer es nicht für vertretbar, die Hauptverhandlung fortzusetzen.

* Die Strafsenate der Oberlandesgerichte haben in einigen Fällen den Vollzug von Haftbefehlen ausgesetzt bzw. Haftbefehle aufgehoben, da es zu Verfahrensverzögerungen gekommen ist, die allein auf die Überlastung der Strafkammern zurückzuführen waren. Hiervon waren mehrere Schwurgerichtssachen betroffen (Landgerichte Wuppertal, Düsseldorf und Aachen). So ist in einem Fall, der in der Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt hat, der Angeklagte im Februar 1984 wegen Verdachts des Totschlags festgenommen worden. Nachdem die Staatsanwaltschaft im Januar 1985 Anklage erhoben hatte, das Hauptverfahren Anfang März 1985 eröffnet und Termin zur Hauptverhandlung auf Anfang Mai 1985 anberaumt worden war, wurde der Angeklagte nach einem Haftprüfungstermin vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Mitte März 1986 auf freien Fuß gesetzt, weil zwischen Festnahme des Angeklagten und Beginn der Hauptverhandlung ein unverhältnismäßig langer Zeitraum verstrichen war. Der von der Untersuchungshaft verschonte Angeklagte hat dann im Juli 1985 nach dem Anklagevorwurf ein weiteres Tötungsdelikt begangen.

* Bei zahlreichen Strafkammern beträgt die Dauer zwischen Anklageerhebung und Hauptverhandlung bis zu drei Jahren, so bei den Landgerichten Düsseldorf, Wuppertal, Bochum und Dortmund. Die damit verbundenen Beeinträchtigungen in der Aufklärung von Sachverhalten nach derart langen Zeiträumen liegen auf der Hand.

* Die Personalknappheit wird auch durch zunehmende öffentliche Erklärungen von Richterräten und den Landesvertretungen der Richter und Staatsanwälte auf Landesebene dokumentiert, die von der Presse aufgegriffen worden sind.

* Auch im staatsanwaltschaftlichen Bereich machen sich die Folgen der hohen Arbeitsbelastung besonders bei umfänglichen Strafverfahren zunehmend bemerkbar. So beruhte die Gefahr, daß das Verfahren gegen einen Bankier vor dem LG Köln und das Rheinmetall-Verfahren vor dem LG Düsseldorf in die Nähe der Verjährungsgrenze gerieten, u.a. auf der Länge der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die auf die hohe Geschäftsbelastung der Staatsanwaltschaften zurückzuführen sind. Entsprechendes gilt auch für die Überlastung der StA Bochum - Wirtschaftsabteilung - im Zusammenhang mit dem Apotheker- und Ärztebetrugs-Komplex.

Auch bei den Zivilgerichten zeigen sich zunehmend Überlastungserscheinungen. Eine Terminierungsdauer von mehr als einem Jahr ist bei den Landgerichten nicht ungewöhnlich. Für eine Verstärkung der Gerichte fehlt jede Personalreserve.

zu 3.7 + 3.8

Der aufgabenkritische Abbau von 4 Stellen des Amtsanwaltdienstes erscheint angesichts der Belastung bei den Wirtschaftsstrafsachen angezeigt (vgl. 3.4). Neben diesen 4 Stellen war auch eine Stelle des gehobenen Justizdienstes zum Ausgleich für eine neue Stelle des höheren Dienstes (vgl. 3.1) in Wegfall zu bringen.

zu 3.9

Im Zuge des Stellenabbaus 1986 sind 16 Richter- und 5 Staatsanwaltstellen weggefallen.

zu 3.10

8 Stellen Justizassistent z.A. sind gegen Ausbringung von 8 Stellen für Gerichtsvollzieher (3.3) weggefallen.

3.11

7 Stellen Schreibkräfte (VerGr. VII/VIII BAT) - Bewährungshilfe
Die Erhöhung der Stellen im Schreibdienst folgt der Vermehrung der Stellen für Bewährungshelfer.

3.12

Zugang von Angestelltenstellen, und zwar

- 1 VerGr. I b/II a BAT
- 1 VerGr. IV a/IV b BAT
- 1 VerGr. IV b/V b BAT
- 1 VerGr. VI b/VII BAT
- 1 VerGr. IX a/IX b BAT

Beim Amtsgericht Hagen sowie der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Bielefeld werden Automationsvorhaben (Mahnverfahren, Wirtschaftsstrafsachen) entwickelt. Die o.a. Stellen sind für Systemanalytiker und Programmierer sowie den Unterbau bestimmt. Ohne diesen Personaleinsatz in der o.a. Wertigkeit kann eine Förderung der dringend gebotenen Automationsvorhaben nicht erfolgen.

2 VerGr. IV b/V b BAT

Die beiden Stellen der VerGr. IV b/V b BAT sind für Buchhalter bei Schwerpunktstaatsanwaltschaften bestimmt. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz von Wirtschaftsreferenten (vgl. 3.4).

3.13

Abbau von 110 Angestelltenstellen, und zwar

- 37 in Auswirkung der kw-Vermerke 1986,
- 4 durch Umsetzung von Stellen in den Epl. 04 (Innenminister) im Haushaltsvollzug 1986,
- 6 durch Umsetzung in Kap. 04 000 (Aus- und Fortbildungseinrichtungen)
- 1 durch Verlagerung in eine andere Dienstart (sonstiger Dienst, vgl. 3.12)
- 1 durch Umwandlung in eine Planstelle Oberregierungsrat (Wirtschaftsreferent)
- 11 durch Umwandlung in Stellen für beamtete Hilfskräfte - Sozialinspektor z.A. -,
- 50 aufgabenkritische Stellenumwandlungen.

3.14

Zugang von 4 neuen Arbeiterstellen (aufgabenkritisch)

Der Justizaushelferdienst bei den Gerichten ist wegen der hohen Belastung zu verstärken. Insoweit wird auf Abschn. C. verwiesen

Umwandlung von 3 Stellen

Aus Stellen für Arbeiter sind 2 Stellen des technischen Dienstes und eine Aushelferstelle (Pförtner) wegen der Indienststellung des Neubaus für die Staatsanwaltschaft Köln (Ju II) geschaffen worden.

3.15

Abbau von 58 Arbeiterstellen, und zwar

12 in Auswirkung der kw-Vermerke 1986,

27 aufgabenkritisch,

19 durch Umsetzung nach Kap. 04 060,

in dem ab 1987 alle Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz zusammengefaßt sind.

4.

Hebungen/Höhergruppierungen

4.1

BesGr. R 5 (Präsident des Landgerichts)

1 Stelle gehoben aus BesGr. R 4 (Präsident des Landgerichts). Der Präsident des Landgerichts Kleve wird im Jahre 1987 die Voraussetzungen zur Hebung seiner Stelle (81 Planstellen für Richter im Bezirk) erfüllen. Die Stelle ist nicht Fußnote 1 zur BesGr. R 5 BBesO R nach BesGr. R 5 zu heben.

4.2

BesGr. R 3 (Vizepräsident des Landgerichts)

Auf Nr. 4.1 wird Bezug genommen. Nach FN 2 zur BesGr. R 3 ist Stelle des Vizepräsidenten nach BesGr. R 3 zu heben.

4.3

Stellenhebungen aufgrund der Planstellenzugänge 1984

Die Planstellenzahl 1987 wurde um die Vermerke "ohne Besoldungsaufwand" und "kw LPVG" gekürzt. Daneben wurden gleichfalls die Planstellenzugänge 1985 bis 1987 nicht berücksichtigt, soweit nicht der einfache Dienst und im mittleren Dienst das erste Beförderungsjahr betroffen waren.

Danach ergeben sich folgende Hebungen:

4.2.1 (höherer Dienst)

Oberregierungsrat (BesGr. A 14)

1 Stelle gegen Wegfall von 1 Stelle Regierungsrat (BesGr. A 13)

4.2.2 (gehobener Dienst)

BesGr. A 13

2 Stellen Sozialoberamtsrat gehoben aus BesGr. A 12 (Sozialamtsrat)

BesGr. A 12

7 Stellen Justizamtsrat gehoben aus BesGr. A 11 (Justizamtmann)

8 Stellen Sozialamtsrat gehoben aus BesGr. A 11 (Sozialamtmann)

BesGr. A 11

25 Stellen Justizamtmann gehoben aus BesGr. A 10 (Justizoberinspektor)

23 Stellen Sozialamtmann gehoben aus BesGr. A 10 (Sozialoberinspektor)

BesGr. A 10

41 Stellen Sozialoberinspektor gehoben aus BesGr. A 9 (Sozialinspektor)

43 Stellen Justizoberinspektor gehoben aus BesGr. A 9 (Justizinspektor)

4.2.3 (mittlerer Dienst)

BesGr. A 9

14 Stellen (davon 4 mit Amtszulage) Obergerichtsvollzieher gehoben aus BesGr. A 8 (Gerichtsvollzieher)

5 Stellen (davon 2 mit Amtszulage, dav. wiederum 1 kw LPVG) Justizamtsinspektor gehoben aus BesGr. A 8 (Justizhauptsekretär)

BesGr. A 8

20 Stellen Justizhauptsekretär gehoben aus BesGr. A 7 (Justizobersekretär)

BesGr. A 7

2 Stellen Justizvollstreckungsobersekretär gehoben aus BesGr. A 6 (Justizvollstreckungssekretär)

42 Stellen Justizobersekretär gehoben aus BesGr. A 6 (Justizsekretär)

BesGr. A 6

53 Stellen Justizsekretär gehoben aus BesGr. A 5 (Justizassistent)

6 Stellen Justizvollstreckungssekretär gehoben aus BesGr. A 5 (Justizvollstreckungsassistent)

4.2.4 (einfacher Dienst)

BesGr. A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister)

75 Stellen Erster Justizhauptwachtmeister gehoben aus BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister).

BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister)

16 Stellen Justizhauptwachtmeister (BesGr. A 4) gehoben aus BesGr. A 3 (Justizoberwachtmeister)

Die Hebungen beinhalten die im Haushaltsvollzug 1986 gemäß § 7a Abs. 5 HG 1986 gehobenen Stellen der

BesGr. A 6:

- + 59 Stellen Justizsekretär
- + 4 Stellen Justizvollstreckungssekretär

BesGr. A 5:

- + 5 Stellen Erster Justizhauptwachtmeister (dav. 1 mit Amtszulage)

BesGr. A 4:

- + 5 Stellen Justizhauptwachtmeister

4.3

Höhergruppierungen

4.3.1 LGr. VIII a MTL II

- 1 Stelle aus LGr VIII (5-jähr. Bewährungszeit erfüllt; Fallgr. 1 zu LGr VIII a MTL II)

4.3.2 LGr VI/V MTL II

- 4 Stellen aus LGr V (3-jähr. Bewährungszeit erfüllt; Fallgr. 4 zu LGr VI MTL II)

4.3.3 LGr. V MTL II

- 1 Stelle aus LGr V/IV (3-jähr. Bewährungszeit erfüllt; Fallgr. 4.11 zu LGr V MTL II)

4.3.4 LGr. IV MTL II

- 1 Stelle aus LGr II (Fallgr. 2; besond. Verantwortung als Vorarbeiter einer großen Reinigungskolonie)

5.

Umwandlungen

5.1

BesGr. A 4 (Oberregierungsrat)

umgewandelt aus 1 Stelle VerGr. I b/II a BAT (Wirtschaftsreferent)

Der Angestellte soll in das Beamtinnenverhältnis übernommen werden.

Entsprechend seiner Eingruppierung in VerGr. I b BAT war die Stelle nach A 14 umzuwandeln.

BesGr. A 13/A 12 (Justizoberamtsrat/-amtsrat)

2 Stellen Justizamtsrat umgewandelt aus Stellen Justizoberamtsrat durch Rückschlüsselung aufgrund abgesenkter Planstellenzahl.

6.

Zusammenfassende Darstellung über den Stellenabbau:

a)

Stellenabbau 1982

Der Stellenabbau umfaßte 450 Stellen, und zwar

- 67 Planstellen Richter (BesGr. R 1)
- 18 Planstellen Staatsanwälte (BesGr. R 1)
- 1 Planstelle Regierungsrat (BesGr. A 13)
- 7 Planstellen Amtsanwälte (BesGr. A 12)
- 9 Planstellen Sozialinspektor (BesGr. A 9)
- 57 Planstellen Justizinspektor (BesGr. A 9)
- 17 Planstellen Gerichtsvollzieher (BesGr. A 8)
- 1 Planstelle Justizvollstreckungsassistent (BesGr. A 5)
- 81 Planstellen Justizassistent (BesGr. A 5)
- 25 Planstellen Justizoberwachtmeister (BesGr. A 3)
- 58 Stellen Angestellte - Bürodienst - (VerGr. VI b/VII BAT)
- 87 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VerGr. VII/VIII BAT)
- 17 Stellen Arbeiter - Reinigungsdienst - (LohnGr. II MTL)
- 4 Stellen Angestellte - Schreibdienst in der Bewährungshilfe - (VerGr. VII/VIII BAT)
- 1 Stelle Arbeiter - Reinigungsdienst in der Bewährungshilfe - (LohnGr. II MTL)

Die Stellen sind erwirtschaftet. Dabei sind für die Stellen des Amtsanwaltdienstes, der Justizinspektoren, Gerichtsvollzieher, Justizassistenten und Justizoberwachtmeister die Anwärterzahlen entsprechend abgesenkt worden.

b)

Stellenabbau 1983

Der Stellenabbau umfaßte 224 Stellen, und zwar

- 34 Planstellen für Richter (BesGr. R 1)
- 10 Planstellen für Staatsanwälte (BesGr. A 12)
- 3 Planstellen für Amtsanwälte (BesGr. A 12)
- 31 Planstellen für Justizinspektoren (BesGr. A 9)
- 6 Planstellen für Sozialoberamtsräte und -amtsräte (BesGr. A 13/12)
- 8 Planstellen für Gerichtsvollzieher (BesGr. A 8)
- 42 Planstellen für Justizassistenten (BesGr. A 5)
- 1 Planstelle Justizvollstreckungsassistent (BesGr. A 5)
- 12 Planstellen für Justizoberwachtmeister (BesGr. A 3)
- 64 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VerGr. VII/VIII BAT)
- 2 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VerGr. VII/VIII BAT) in der Bewährungshilfe
- 3 Stellen Angestellte - Justizaushelfer - (VerGr. IXa/IXb BAT)
- 8 Stellen Arbeiter - Reinigungsdienst - (VerGr. II MTL II)

Die 2 Stellen Angestellte - Schreibdienst - in der Bewährungshilfe, 3 Stellen Angestellte - Justizaushelfer - und 8 Stellen Arbeiter - Reinigungsdienst - waren bereits im Haushalt 1983 zum 1.1.1983 in Abgang gebracht worden. Die 44 Stellen im richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst, 2 Stellen Sozialoberamtsrat, 3 Stellen Sozialamtsrat sowie die 64 Stellen für Angestellte des Schreibdienstes sind im Haushalt 1984 als erwirtschaftet abgesetzt.

Für die abzusetzenden Stellen für Amtsanwälte, Justizinspektoren, Gerichtsvollzieher, Justizassistenten und Justizoberwachtmeister sind die Anwärterzahlen entsprechend abgesenkt worden.

Die Erwirtschaftung der letzten Stelle Sozialoberamtsrat ist zum 31.5.1986 erfolgt.

c)

Stellenabbau 1984

Der Stellenabbau 1984 umfaßte 332 Plan- und Hilfsstellen. Im einzelnen:

- 51 Stellen für Richter (BesGr. R 1)
- 15 Stellen für Staatsanwälte (BesGr. R 1)
- 5 Stellen für Amtsanwälte (BesGr. A 12)
- 43 Stellen für Justizinspektoren (BesGr. A 9)
- 9 Stellen für Sozialinspektoren (BesGr. A 9)
- 12 Stellen für Gerichtsvollzieher (BesGr. A 8)
- 61 Stellen für Justizassistenten (BesGr. A 5)
- 2 Stellen für Justizvollstreckungsassistenten (BesGr. A 5)
- 96 Stellen für Angestellte - Schreibdienst - (VerGr. VII/VIII BAT)
- 3 Stellen für Angestellte - Schreibdienst in der Bewährungshilfe - (VerGr. VII/VIII BAT)
- 4 Stellen für Angestellte - Justizaushelfer - (VerGr. IXa/IXb BAT)
- 12 Stellen für Angestellte - Boten - (VerGr. IXb/X BAT)
- 12 Stellen für Arbeiterinnen im Reinigungsdienst (LohnGr. II MTL II)
- 1 Stelle Arbeiterin im Reinigungsdienst in der Bewährungshilfe (LohnGr. II MTL)
- 6 Stellen für Arbeiter - Boten - (LohnGr. V/IV MTL II)

Bis auf eine Stelle Justizvollstreckungsassistent wurden die Vorgaben erwirtschaftet. Der kw-Vermerk wurde durch Saldierung mit einer neuen Stelle 1986 erwirtschaftet. 48 Stellen des gehobenen Dienstes (5 Amtsanwälte/43 Justizinspektoren) sowie 73 Stellen des mittleren Dienstes (61 Justizassistenten/12 Gerichtsvollzieher) wurden durch den Abbau von Anwärterstellen in Abgang gestellt.

d)

Stellenabbau 1986

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften haben 114 Stellen abzubauen, und zwar:

- 16 Stellen für Richter (BesGr. R 1)
- 5 Stellen für Staatsanwälte (BesGr. R 1)
- 2 Stellen für Amtsanwälte (BesGr. A 12)
- 15 Stellen für Justizinspektoren (BesGr. A 9)
- 3 Stellen für Sozialinspektoren (BesGr. A 9 bzw. VerGr. IVa/IVb BAT)
- 4 Stellen für Gerichtsvollzieher (BesGr. A 8)
- 1 Stelle Justizvollstreckungsassistent (BesGr. A 5)
- 21 Stellen für Justizassistenten (BesGr. A 5)
- 6 Stellen für Justizoberwachtmeister (BesGr. A 3)
- 14 Stellen für Angestellte des Bürodienstes (VerGr. VIb/VII BAT)
- 20 Stellen für Angestellte im Schreibdienst (VerGr. VII/VIII BAT)
- 1 Stelle für Angestellte des Schreibdienstes in der Bewährungshilfe (VerGr. VII/VIII BAT)
- 3 Stellen für Arbeiter (Aushelfer/Boten) - LohnGr. V/IV MLT II 3
- 3 Stellen des Reinigungsdienstes - LohnGr. II MTL II -.

Die 72 kw-Stellen wurden erwirtschaftet. Die restlichen 42 Einsparungsaufgaben entfielen auf den sog. "anwärtergespeisten Bereich", d.i. der gehobene Justizdienst und die Amtsanwälte, der Gerichtsvollzieherdienst und der mittlere Justizdienst. Hier wurden die Einsparungen durch entsprechende Absenkung der Zahl der Anwärter realisiert.

III. Justizvollzugsanstalten - Kapitel 04 050 -

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	G. zugehöriger Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt		+/-
					1987	1986	
Planmäßige Beamte	283	556	5771	7	6617	6630	- 12
Beamte Hilfskräfte	20	33	208	--	261	223	+ 38
Angestellte	25	65	903	13	1007	1073	- 66
Arbeiter	--	--	--	57	57	80	- 23
<hr/>							
Titelgruppen:	--	--	--	--	--	--	--
Angestellte	--	--	--	--	--	--	--
Arbeiter	--	--	--	--	--	--	--
<hr/>							
Insgesamt	329	654	6882	77	7942	8006	- 64
<hr/>							
Beamte im Vorbereitungsdienst	--	29	657	--	686	761	- 75
<hr/>							
Auszubildende					50	30	+ 20

Übersicht

Bl. 1

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Stichtag: 1.7.1986

Gr. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	davon			Arbeiter
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	
	2	3	4	5	6	7	8	9
B 3	Präsident des Justizvollzugsamts	2	2	2				
B	Abteilungsleiter	2	2	2				
A 16	Leitender Regierungs- direktor	19	18	17				
	davon: () ohne Besol- dungsaufwand	(1)	(-)					
A 16	Leitender Regierungs- direktor (Psychologe/ Soziologe)	1	1	1				
A 16	Leitender Regierungs- medizinischer Direktor	10	10	9			3	
A 15	Regierungsdirektor davon: () ohne Be- soldungsaufwand	41	40	40	1			
		(-)	(1)	(1)				
A 15	Regierungsdirektor (Psychologe/Soziologe)	9	7	7				
A	Regierungsmedizinischer Direktor	23	24	20	6		11	
A 15	Studiendirektor	1	1	1				
A 15	Dekan	8	8	8				
A 14	Oberregierungsrat	24	27	25	3			
	Insgesamt							

Anmerkungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

- Bl. 2 -

Sp. 1 Code	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 14	Oberregierungsrat (Psychologe/Soziologe)	41	44	44	4	4	8	
A 14	Rektor	1	1	1				
A 14	Schulrat	2	2	2				
A 14	Oberstudienrat	2	2	2				
A 14	Oberregierungsmedizi- nalrat	5	4	4		1	3	
A 14	Pfarrer	23	23	20	3		6	
A 13	Regierungsrat	23	25	25		7	2	
A 13	Regierungsrat (Psychologe/Soziologe)	33	34	33		7	14	
A 13	Studienrat	-	-	-				
A 13	Regierungsmedizinalrat	1	2	2		1	1	
A 13	Pfarrer	12	12	10			7	
	höherer Dienst	283	289	275	17	20	55	
A 13	Sozialoberamtsrat	5	4	4	1			
A 13	Sonderschullehrer	10	10	10		2		
A 13	Oberlehrer an Justiz- vollzugsanstalt	105	108	106		3	1	
	insgesamt							

Anmerkungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

- Bl. 3 -

es. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	Unterw. bes.mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 13	Regierungsoberamtsrat	8	8	7				
A 12	Sozialamtsrat	21	22	22	2			
A	Regierungsamtsrat	28	25	25				
A 11	Sozialamtsmann	51	52	52	4			
A 11	Regierungsamtsmann	72	71	69				
	davon: () ohne Besol- dungsaufwand	(2)	(3)	(1)				
A 10	Sozialoberinspektor	60	60	60	11		1	
A 10	Regierungsoberinspektor	83	79	78				
	davon: () ohne Besoldungsaufwand	(1)	(1)	(-)				
A 9	Sozialinspektor	42	40	40			4	
A 9	Regierungsinspektor	71	85	84		1		
gehobener Dienst		556	564	557	18	6	6	
A 9	Regierungsamtsinspektor (davon 15 m. AZ)	52	52	51	2			
	davon: 2 kw § 42 LPVG							
A 9	Justizvollzugsamtsin- spektor	382	337	386	3			
	(davon 116 m. AZ)							
A 9	Betriebsinspektor (davon 15 m. AZ)	52	52	52	1			
insgesamt								

merkmale: Zu So. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu So. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

- Bl. 4 -

Code	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	Unterw. bes.mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 8	Regierungshauptsekretär	83	83	83	1			
A 8	Justizvollzugshaupt- sekretär davon: 3 kw § 42 LPVG	1459	1459	1457	10			
A 8	Hauptwerkmeister	138	138	138	3			
A 7	Regierungsobersekretär	100	101	100				
A 7	Justizvollzugsobers- ekretär davon: 10 kw § 42 LPVG	1954	1954	1952	68			
A 7	Oberwerkmeister	104	104	104	5			
A 6	Regierungssekretär	49	49*	47		1		
A 6	Justizvollzugssekretär	923	919*	919	10			
A 6	Werkmeister	50	40*	40	1			
A 5	Regierungsassistent	18	20	14		1		
A 5	Justizvollzugsassistent	388	394	377			71	
A 5	Werkführer	19	18	13		4	1	
mittlerer Dienst		5.771	5770	5.733	104	6	72	-
				* einschließlich der im Haushaltsvollzug 1986 bereits gem. § 7 a Abs. 5 HG gehobenen Stellen				
insgesamt								

Erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

- Bl. 5 -

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Sp. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	un- bes. mit planm. Beamten.	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
2		3	4	5	6	7	8	9
A 5	Erster Justizhaupt- wachmeister	5	5	5				
	Justizhauptwachmei- ster	2	2	2			1	
	einfacher Dienst	7	7	7			1	
insgesamt		6.617	6.630	6.572	139	32	134	

merkmale: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Übersicht

Über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
A 13 RegRat z.A.	3	3	3		
A 13 RegRat: z.A. (Psych./Soz.)	13	9	9	1	
A 13 RegRat z.A.	-	-	-		
A 13 Pfarrer z.A.	4	4	4	2	
A 13 Oberlehrer z.A.	-	-	-		
A 9 RegInsp. z.A.	8	8	8		
A 9 SozInsp. z.A.	25	30	30	1	
A 5 RegAss. z.A.	6	6	6		
Zusammen a)					
b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
Zusammen b)					
Insgesamt:					
Die beamteten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.					

Dienststelle

Übersicht

Blatt 2

Stichtag: 1.7.1986

Über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
A 5 VollzAss z.A.	201	158	158	5	
A 5 Werkführer z.A.	1	5	5		
Zusammen a)	201	223	223	9	
b) sonstige Beamte [Beamte im einseitigen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
Zusammen b)	-	-	-	-	-
Insgesamt:	201	223	223	9	-
Die beamteten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.					

Dienststelle

Kapital 04 050

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungsgruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	19 87	19 86	Istbesetzung am 01.07.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
	2	3	4	5	6
BAT					
I	6	6	1		
Ia	5	5	5	5	
Ib/IIa	15	16	16	1	
III	2	2	2		
IV a/IV b	14	14	14		
IV b/V b	9	2	2		
V b	40	47	33	2	
V b/V c	9	9	7		
V c	24	22	18		
V c/VI b	3	4	1		
VI b	45	39	27	3	
VI b/VII	355	356	356		
VII	1	1	1		
VII/VIII	373	447*	297,5	7	8
IX a/IX b	11	9	9		
Kr. VIII	2	-	-		
Kr. VII	1	1	1	1	
Kr. VI	3	3	3	1	
Kr. V	67	67	67	2	
Kr. IV	18	19	19		7,5
Kr. III	3	3	3		
Vollbesch. außertarifl. Angestellte					
Zusammen	1007	1073*	883,5	22	15,5
Praktikanten	50	30	*davon 148 Stellen im Haushaltsvollzug 1986 (bewilligt am 10.7.1986)		

Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Zu Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Dienststelle

Kapital 04 050

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 01.07.1986	davon unter- wertig besetzt
1	2	3	4	5
<u>MTL</u>				
IX	2	2	2	
VIII a	2	3	3	
VIII/VII	22	20	20	
VII/VI	12	7	7	
VI	2	2	2	
VI/V	1	8	2	
V/IV	2	8	4	
II	8	23	20,5	
Führer	6	7	6	
<u>Zusammen</u>	<u>57</u>	<u>80</u>	<u>66,5</u>	-
<u>Aufzubildende</u>	-	-	-	-

Anmerkung:

Zu Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Rechnungsschema für Stellen und Planstellen

		Laufbahngruppe ref. Fachrichtung			
		h. Voll- zugs- u. Verw.D	geh. Vollzugs- u. Verw.D	mittl. Verw.D	Werkdienst
1	<u>Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst</u>				
1.1	Soll 1986	—	24	27	27
1.2	Ist per 1. 7. 1986	—	23	18	13
1.3	Abgang 1.7. bis 31.12. 1986 ^e) - davon:	—	—	1	—
1.31	wegen Bestehens der Laufbahnprüfung	(—)	(—)	(1)	(—)
1.32	aus sonstigen Gründen	(—)	(—)	(—)	(—)
1.4	Einstellung 1.7. bis 31.12. 1986 ^e)		1	—	10
1.5	Stand am 31.12.1986 (1.2 - 1.3 + 1.4)		24	17	23
1.51	Freie Stellen (1.1 - 1.5)		1	10	4
1.6	Abgang bis 31.12. (98-7*) - davon:		7	17	8
1.61	wegen Bestehens der Laufbahnprüfung	(—)	(7)	(17)	(8)
1.62	aus sonstigen Gründen	(—)	(—)	(—)	(—)
1.7	Zugang bis 31.12.1987 durch Einstellung *)		5	4	6
1.8	Stand am 31.12.1987 (1.5 - 1.6 + 1.7)		22+7 ¹⁾ =29	4+19 ¹⁾ =23	21+4 ¹⁾ =25
1.81	Gegenüber Soll 1986		24	27	27
1.811	Freie Stellen		—	4	2
1.812	Stellenmehrbedarf		5 ¹⁾	—	—

Aufgliederung der Zu- und Abgänge 1986
(1.6 und 1.7) nach Einstellungs- bzw.
Prüfungsterminen

Zugang Einstellungstermine

- 1.8.1987 (Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst)
1.7.1987 (Mittlerer Verwaltungsdienst, Werkdienst und allgemeiner Vollzugsdienst)

Abgang Prüfungstermine

August 1987 Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst
Werkdienst: Dezember 1987

Juli 1987 mittl. Verwaltungsdienst, Werkdienst und allgemeiner Vollzugsdienst
1) Haushaltswurf: zusätzliche Stellen wegen Überschneidung von Neueinstellungen und laufenden Prüfungsverfahren

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

		Laufbahngruppe auf. Fachrichtung			
		allgen. Vollzugsdienst			
1	<u>Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst</u>				
1.1	Soll 1986	683			
1.2	Ist per 1.7.1986	244			
1.3	Abgang 1.7. bis 31.12. 1986*)	-			
	- davon:				
1.31	wegen Bestehens der Laufbahnprüfung	(-)	()	()	()
1.32	aus sonstigen Gründen	(-)	()	()	()
1.4	Einstellung 1.7. bis 31.12. 1986*)	181			
1.5	Stand am 31.12.1986 (1.2 - 1.3 + 1.4)	425			
1.51	Freie Stellen (1.1 - 1.5)	258			
1.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	245			
	- davon:				
1.61	wegen Bestehens der Laufbahnprüfung	(245)	()	()	()
1.62	aus sonstigen Gründen	()	()	()	()
1.7	Zugang bis 31.12.1987 durch Einstellung *)	180			
1.8	Stand am 31.12.1987 (1.5 - 1.6 + 1.7)	360 + 2.49*			
		= 609			
1.81	Gegenüber Soll 1986	683			
1.811	Freie Stellen	74			
1.812	Stellenmehrbedarf	-			

Aufgliederung der Zu- und Abgänge 1987 (1.6 und 1.7) nach Einstellungs- bzw. Prüfungsberminen

Zugang Einstellungstermine
1.7.1987

Abgang Prüfungsstermine
Juli 1987

*Haushaltsbedarf: 609 wegen Überschneidungen von Neueinstellungen und laufenden Prüfungsverfahren.

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

		Leistungsguppe ggf. Fachrichtung			
		höherer WD	geh. WD	mittl. WD	Werkdienst
2	<u>Stellen für Beamte z.L.</u>				
2.1	Soll 1986	3	8	6	5
2.2	Ist per 1.7.1986	10	9	8	9
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.21	Angestellte	{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
2.22	Arbeiter	{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
2.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986*)	1	-	1	2
	- davon:				
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 1 }	{ 3 }	{ 1 }	{ 1 }
2.32	aus sonstigen Gründen	{ - }	{ - }	{ - }	{ 1 }
2.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)	1	-	-	-
	- davon:				
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung	{ 1 }	{ - }	{ 1 }	{ - }
2.42	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
2.5	Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)	10	6	8	7
2.51	Freie Stellen (2.1 - 2.5)	-	2	-	-
2.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	7	5	2	14
	- davon:				
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 7 }	{ 5 }	{ 2 }	{ 13 ^{*2)} }
2.62	aus sonstigen Gründen	{ - }	{ - }	{ - }	{ 1 }
2.7	Zugang bis 31.12.1987 *)	-	7	17	-
	- davon:				
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung	{ - }	{ 7 }	{ 17 }	{ 8 }
2.72	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
2.8	Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)	3	8	6	1
2.81	Gegenüber Soll 1986	3	8	6	12 **
2.811	(+ / -) aus Justizvollzugsassistent z.A. HJ 1987)	-	-	-	11
2.812	Stellenmehrbedarf	-	-	-	-
2.9	Vor den Stellen (2.1 - 2.6) werden unab- weisbar in Anspruch genommen durch:	-	-	-	-
2.91	Angestellte	-	-	-	-
2.92	Arbeiter	-	-	-	-

*2) Die relativ hohe - den errechneten Stand zum Jahresende 1986 noch übersteigende - Zahl der Beamten, die die Probezeit im Jahr 1987 beenden, resultiert aus der deutlich verkürzten Probezeit der in den Jahren 1984 und 1985 eingestellten Anwärter

*1) Stellenführung in Planstellen möglich

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt A2 b

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		allgen. VD			
2	Stellen für Beamte z.A.				
2.1	Soll 1986	158			
2.2	Ist per 1. 7. 1986	158			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.21	Angestellte	{ 5 }	{ }	{ }	{ }
2.22	Arbeiter	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.3	Abgang 1. 7. bis 31. 12. 1986*)	77			
	- davon:				
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 77 }	{ }	{ }	{ }
2.32	aus sonstigen Gründen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.4	Zugang 1. 7. bis 31. 12. 1986*)				
	- davon:				
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.42	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
2.5	Stand 31. 12. 1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)	81			
2.51	Freie Stellen (2.1 - 2.5)	77			
2.6	Abgang bis 31. 12. 1987*)	125			
	- davon:				
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{ 121 * }	{ }	{ }	{ }
2.62	aus sonstigen Gründen (Laufbahnwechsler zum Werkdienst)	{ 4 }	{ }	{ }	{ }
2.7	Zugang bis 31. 12. 1987*)	245			
	- davon:				
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung	{ 245 }	{ }	{ }	{ }
2.72	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ }	{ }	{ }
2.8	Stand am 31. 12. 1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)	201			
2.81	Gegenüber Soll 1986 (158-7 in Werkführer z.A., HH 87=)	151			
2.811	freie Stellen				
2.812	Stellenmehrbedarf	50 **			
2.9	Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.91	Angestellte				
2.92	Arbeiter				

* Die relativ hohe - den errechneten Stand zum Jahresende 1986 noch übersteigende - Zahl der Beamten, die die Probezeit im Jahr 1987 beenden, resultiert aus der deutlich verkürzten Probezeit der im Jahr

*) geschätzt 1986 eingestellten Anwärter.

** 50 Stellen Justizvollzugsassistent z.A. - neu - aus HH 1987 durch Umwandlung aus 50 Stellen

b.v.

für Angestellte des allg. Vollzugsdienstes

Berechnungsschemata für Stellen und Planstellen

ohne Berücksichtigung von Stellen ohne Besoldungsaufwand und Kw-§ 42 LPVG

Laufbahngruppe ref. Fachrichtung			
höherer WD	geh. WD	mittl. WD	Werkdienst
113	264	303	352
110	262	295	347
{ 2 }	{ - }	{ - }	{ 1 }
{ 7 }	{ 1 }	{ 2 }	{ 4 }
2	2	3	1
(-)	(2)	(-)	(-)
{ - }	{ - }	{ 3 }	{ - }
{ 2 }	{ - }	{ - }	{ 1 }
1	3	1	1
{ 1 }	{ 3 }	{ 1 }	{ 1 }
{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
109	263	293	347
4	1	10	5
8	5	12	1
{ 8* }	{ 5* }	{ 12* }	{ -1 }
9	6	2	17
{ 7 }	{ 5 }	{ 2 }	{ 13 }
{ - }	{ - }	{ - }	{ - }
(2)	(1)	(-)	(4)
110	259	263+1/ (Ziff. 2.8) = 300	363
113	259	303	352
3	5	3	-
-	-	-	11

- 3 Planstellen
- 3.1 Soll 1986
- 3.2 Ist per 1. 7.1986
 - davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:
 - 3.21 Angestellte
 - 3.22 Arbeiter
 - 3.23 Beamte z.A.
- 3.3 Abgang 1. 7. bis 31.12. 1986*)
 - davon:
 - 3.31 wegen Erreichens der Altersgrenze
 - 3.32 Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst
 - 3.33 aus sonstigen Gründen
- 3.4 Zugang 1. 7. bis 31.12. 1986*)
 - davon:
 - 3.41 durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)
 - 3.42 aus anderen Verwaltungen
 - 3.43 durch Aufstieg aus einfachen/mittleren/gehobenen Dienst
- 3.5 Stand am 31.12. 1986 (3.2 + 3.3 + 3.4)
- 3.51 Freie Stellen (3.1 - 3.5)
- 3.6 Abgang bis 31.12. 1987*)
 - davon:
 - 3.61 wegen Erreichens der Altersgrenze
 - 3.62 aus sonstigen Gründen
- 3.7 Zugang bis 31.12. 1987*)
 - davon:
 - 3.71 durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)
 - 3.72 aus anderen Verwaltungen
 - 3.73 durch Aufstieg aus einfachen/mittleren/gehobenen Dienst/Laufbahnwechsler
- 3.8 Stand am 31.12. 1987
- 3.81 Gegenüber Soll 1986
- 3.811 freie Stellen (angesetzt nach Kapitel 04 060)
- 3.812 Stellenmehrbedarf
- 3.9 Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:
 - 3.91 Angestellte
 - 3.92 Arbeiter
 - 3.93 Beamte z.A.

aus Stellen für Beamte z.A.

* zu 3.62: - höh. WD. -- davon 5 durch Umsetzung nach Kap. 04 060
 - geh. WD. -- davon 3 durch Umsetzung nach Kap. 04 060 und 2 durch Aufstieg in den höh. WD
 *) geschätzt - mittl. WD. -- davon 3 durch Umsetzung nach Kap. 04 060

Berechnungsschemata für Stellen und Planstellen

ohne Berücksichtigung von Stellen Kw - § 42 LPVG

Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
allgen. VD			

3	Planstellen				
3.1	Soll 198 6	5.100			
3.2	Ist per 1.7.1986	5.078			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.21	Angestellte	{ 71 }	{ }	{ }	{ }
3.22	Arbeiter	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.23	Beamte z.A.	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.3	Abgang 1.7. bis 31.12. 1986*)	93			
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ 17 }	{ }	{ }	{ }
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.33	aus sonstigen Gründen (a.o. Abgänge, Aufgabe der Stellenfremdführung von Angestellten)	{ 76 }	{ }	{ }	{ }
3.4	Zugang 1.7. bis 31.12. 1986*)	77			
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{ 77 }	{ }	{ }	{ }
3.42	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.43	durch Aufstieg aus einfachen/mittleren/gehobenen Dienst	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.5	Stand am 31.12. 1986 (3.2 - 3.3 + 3.4)	5.062			
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)	38			
3.6	Abgang bis 31.12. 1987*)	90			
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ 43 }	{ }	{ }	{ }
3.62 *	aus sonstigen Gründen (o.a. Abgänge, Laufbahnwechsler zum mittl. VD und Werkdienst)	{ 47 }	{ }	{ }	{ }
3.7	Zugang bis 31.12. 1987 *)	121			
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{ 121 }	{ }	{ }	{ }
3.72	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.73	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenen Dienst	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.8	Stand am 31.12.1987	5.093			
3.81	Gegenüber Soll 198 6	5.100			
3.811	freie Stellen	7			
3.812	Stellenmehrbedarf				
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.91	Angestellte				
3.92	Arbeiter				
3.93	Beamte z.A.				

umgesetzt nach Kap. 04 060

* zu 3.62: davon 7 durch Ursetzung nach Kap. 04 060

*) geschätzt

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anlage 5

Dienstsache

Kapitel 04050

Stichtag: 1.7.1986

Übersicht

über die Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)
für das Haushaltsjahr 1987

(Nur anzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamte zur Ausbildung annehmen)

- ohne Stellen ohne Besoldungsaufwand, Kw LPVG -

Übersicht über die Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)

	Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 2)								Beamte zur Anstellung (Titel 422 1)							
	Stellen- zahl 1986	Vorgesehene Neu- einstellungen im Haushaltsjahr		Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten im Vorbereitungsdienst, die eingestellt sind im Haushaltsjahr					Stellen- zahl 1986	Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten zur Anstellung, deren Prozess (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr						
		1987	1986	1985	1984	1983	1982 und früher	ins- ge- samt		1986	1985	1984	1983	1982 und früher	ins- ge- samt	
Kapitel 040	50															
Höherer Dienst																
Gr. A 13 bis A 16 a) höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst									3	1	4	4	1	-	10	h. VD
1) Ärztl. Dienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	1	-	2	Ärzte
2) Psychol./Soz.	-	-	-	-	-	-	-	-	9	2	8	5	4	-	19	Psych.
3) Pädagogischer Dienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Päd.
4) Lehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	2	-	-	-	2	Pfarrer
Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst									8	-	4	4	1	-	9	geh. VD
Gr. A 9 bis A 13	24	5	-	16	7	-	-	23	-	-	5	-	-	-	5	Päd.
Geh. päd. Dienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	5	Päd.
Geh. Soz. Dienst	-	-	-	-	-	-	-	-	30	3	8	16	2	-	29	Soz. D.
Mittlerer Dienst																
Gr. A 1 bis A 5																
a) Mittlerer Verwaltungsdienst	27	4	2*	17	1	-	-	18	6	5	2	1	-	-	8	M. VD
b) Werkdienst	27	6	10*	5	8	-	-	13	5	9	-	-	-	-	9	WerkD.
c) Allgemeiner Vollzugsdienst	683	180	179*	242	2	1	-	244	158	125	24	2	2	-	153	allg. VD
Einfacher Dienst																
Gr. A 1 bis A 5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ed

1. Die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamten zur Anstellung sind nach den überfachlichen und den verschiedenen fachlichen Landesklassen gegliedert aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.
 2. Soweit Abwärtler über den normalen Bestand des Landes hinaus angenommen werden, ist der eigene Bedarf in Klammern anzugeben.

* Einstellungen sind zum 1.7.1986 erfolgt.

1. Umsetzungen gemäß § 50 LHO

1.1

Die Zusammenfassung der Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz in dem Kapitel 04 060 erforderte die Umsetzung der Stellen, die bisher für die Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal im Kapitel 04 050 (Justizvollzug) veranschlagt worden sind. Zu der Umsetzung wird auch auf die Ausführungen zu Abschnitt IV verwiesen. Im einzelnen wurden umgesetzt:

a) 25 Planstellen:

- 1 Stelle Ltd. Regierungsdirektor - BesGr. A 16 - (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst)
- 2 Stellen Oberregierungsrat - BesGr. A 14 - (je 1 des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des psychologischen Dienstes)
- 4 Stellen Regierungsrat - BesGr. A 13 - (3 des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes, 1 des psychologischen Dienstes)
- 2 Stellen Oberlehrer - BesGr. A 13 -
- 1 Stelle Sozialamtman - BesGr. A 11 -
- 3 Stellen Regierungsinspektor - BesGr. A 9 -
- 2 Stellen Sozialinspektor - BesGr. A 9 -
- 6 Stellen Justizvollzugsamtsinspektor - BesGr. A 9 -
- 1 Stelle Regierungsamtsinspektor - BesGr. A 9 -
- 1 Stelle Regierungshauptsekretär - BesGr. A 8 -
- 1 Stelle Justizvollzugshauptsekretär - BesGr. A 8 -
- 1 Stelle Regierungssekretär - BesGr. A 6 -

b) Hilfsstellen für Angestellte und Arbeiter:

8 Stellen für Angestellte, davon

- 1 Hilfsstelle der VergGr. I b/II a BAT (Psychologe)
- 1 Hilfsstelle der VergGr. V c/VI b BAT (sonstiger Dienst)
- 3 Hilfsstellen der VergGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)
- 1 Hilfsstelle der VergGr. VII/VIII BAT (Fernsprech- und Fernschreibdienst)
- 1 Hilfsstelle der VergGr. VII/VIII BAT (sonstiger Dienst)
- 1 Hilfsstelle der VergGr. IX a/IX b BAT (sonstiger Dienst)

19 Stellen für Arbeiter, davon

- 1 Hilfsstelle der LohnGr. MTL VIII a (Hausmeister)
- 1 Hilfsstelle der LohnGr. MTL VI/V (technischer Dienst)
- 1 Hilfsstelle der LohnGr. MTL V/IV (technischer Dienst)
- 8 Hilfsstellen der LohnGr. MTL II (Küchendienst)
- 7 Hilfsstellen der LohnGr. MTL II (Reinigungsdienst)
- 1 Hilfsstelle der Pauschallohngruppe Fahrer

1.2

Im Haushaltsvollzug 1986 wurde bereits umgesetzt:

- 1 Stelle: Regierungsamtmann, BesGr. A 11, umgesetzt in den Epl. 07 (Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales) als Folge des Übergangs der Zuständigkeit für die Vollziehung des Maßregelvollzugs auf den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Maßregelvollzugsgesetz vom 18.12.1984, GV NW 1985, 14).

2. Wirksamwerden von kw-Vermerken

- 1 Stelle Regierungsmedizinalrat (BesGr. A 13)
 - 1 Stelle Oberlehrer (BesGr. A 13 geb. D.)
 - 1 Stelle Sozialinspektor z. A. (BesGr. A 9)
 - 1 Stelle für Angestellte des Bürodienstes der VergGr. VI b/VII BAT
 - 1 Stelle für Angestellte des Schreibdienstes der VergGr. VII/VIII BAT
 - 4 Stellen für Angestellte des allgemeinen Vollzugsdienstes der VergGr. VI b/VII BAT
- jeweils aus Einsparungen des Haushalts 1986 -

3. Neue Stellen/Stellenwegfall

3.1.1

BesGr. A 13 (Regierungsrat - höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst -)

2 Stellen gegen Wegfall von 2 Stellen Regierungsoberamtsrat (BesGr. A 13). Die beiden Geschäftsleiter der Justizvollzugsämter Hamm und Köln sind in BesGr. A 13 (ROAR) eingestuft. Diese Einstufung ist nicht mehr funktionsgerecht. Nachdem die Stellen für die Geschäftsleiter der Generalstaatsanwaltschaften und der größeren Land- und Amtsgerichte, in den Haushaltsjahren 1984 und 1985 auch die Stellen der Geschäftsleiter der Landesarbeitsgerichte und der Finanzgerichte aus Stellen des gehobenen Dienstes in solche des höheren Dienstes umgewandelt worden sind, ist aus Gründen der Gleichbehandlung eine entsprechende Stellenumwandlung für die Geschäftsleiter der Justizvollzugsämter mit gleichartigem Aufgabengebiet unter Berücksichtigung des Schwierigkeitsgrads und der Bedeutung der Ämter geboten.

3.1.2

BesGr. A 13 (Regierungsrat z. A. - psychologischer Dienst -)

4 Stellen

gegen Wegfall von 6 Angestelltenstellen der VergGr. VI b/VII des allgemeinen Vollzugsdienstes zur verbesserten Betreuung der Gefangenen.

Insbesondere im psychologischen Dienst besteht erhöhter Bedarf. Insoweit wird auch auf die Petitionssache Landtagsvorlage 9/2125 hingewiesen. Zum Ausgleich des Besoldungsmehraufwands sind zwei Stellen in Abgang gestellt worden.

3.2.

Stellen zur Übernahme von beamteten Hilfskräften in Planstellen, die nach Ablauf der Erprobungszeit im Jahre 1987 die Voraussetzungen für die erstmalige Einweisung in eine Planstelle erfüllen:

BesGr. A 9 (Sozialinspektor)

4 Stellen gegen den Wegfall von 4 beamteten Hilfsstellen

BesGr. A 5 (Werkführer)

11 Stellen gegen den Wegfall von 11 beamteten Hilfsstellen (4 Werkführer z. A., 7 Justizvollzugsassistenten z. A.)

3.3

Stellen zur Übernahme von geprüften Anwärtern:

BesGr. A 5 (Justizvollzugsassistent z. A.)

50 Stellen durch Umwandlung und gegen Wegfall von

50 Stellen für Angestellte des allgemeinen Vollzugsdienstes der VergGr. VII/VIII BAT

Auf diese Weise wurde es ermöglicht, alle im Haushalt 1985 für Kapitel 04 050 bewilligten zusätzlichen Einstellungen "über Bedarf hinaus" in den Justizvollzugsdienst übernehmen zu können.

4. Hebungen/Höhergruppierungen

A. Stellenhebungen

aufgrund der Planstellenzugänge 1984 (unter Berücksichtigung der dreijährigen Phasenverschiebung)

4.1

Höherer Dienst

BesGr. A 16 (Leitender Regierungsdirektor) - höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst -

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 15 (Regierungsdirektor) für den Anstaltsleiter einer vom Umfang und der Größe her bedeutenden Justizvollzugsanstalt,

1 Stelle - ohne Besoldungsaufwand - durch Hebung aus BesGr. A 15 (Regierungsdirektor) - ohne Besoldungsaufwand - für einen an das Justizministerium NRW abgeordneten Beamten

BesGr. A 15 (Regierungsdirektor) - höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst,

4 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 14 (Oberregierungsrat),

BesGr. A 14 (Oberregierungsrat) - höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst -

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 13 (Regierungsrat)

4.2

Gehobener Dienst (gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst, Sozialdienst)

Es ergeben sich folgende Stellenhebungen:

BesGr. A 13

1 Stelle Sozialoberamtsrat durch Hebung aus A 12 (Sozialamtsrat)

2 Stellen Regierungsoberamtsrat durch Hebung aus A 12 (Regierungsamtsrat)

BesGr. A 12

5 Stellen Regierungsamtsrat durch Hebung aus A 11 (Regierungsamtmann)

BesGr. A 11

7 Stellen Regierungsamtmann durch Hebung aus A 10 (Regierungsoberinspektor)

BesGr. A 10

11 Stellen Regierungsoberinspektor durch Hebung aus A 9.
(Regierungsinspektor)

4.3

Mittlerer Dienst (mittlerer Verwaltungsdienst, Werkdienst,
allgemeiner Vollzugsdienst)

Es ergeben sich folgende Stellenhebungen:

BesGr. A 9

- 1 Stelle Regierungsamtsinspektor durch Hebung aus BesGr. A 8
(Regierungshauptsekretär)
- 1 Stelle Justizvollzugsamtsinspektor - mit Amtszulage - durch
Hebung aus BesGr. A 8 (Justizvollzugshauptsekretär)

BesGr. A 8

- 2 Stellen Regierungshauptsekretär (BesGr. A 8) durch Hebung aus
BesGr. A 7 (Regierungsobersekretär)
- 2 Stellen Justizvollzugshauptsekretär (BesGr. A 8) durch Hebung
aus BesGr. A 7 (Justizvollzugsobersekretär)

BesGr. A 7

- 2 Stellen Justizvollzugsobersekretär (BesGr. A 7) durch Hebung
aus BesGr. A 6 (Justizvollzugssekretär)
- 1 Stelle Regierungsobersekretär (BesGr. A 7) durch Hebung aus
BesGr. A 6 (Regierungssekretär)

BesGr. A 6

- 2 Stellen Regierungssekretär (BesGr. A 6) durch Hebung aus BesGr. A 5 (Regierungsassistent)
- 10 Stellen Werkmeister (BesGr. A 6) durch Hebung aus BesGr. A 5 (Werkführer)
- 6 Stellen Justizvollzugssekretär (BesGr. A 6) durch Hebung aus BesGr. A 5 (Justizvollzugsassistent)

B. Höhergruppierungen

4.1

- Angestellte -

VergGr. IV b/V BAT

- 7 Stellen (Berufsausbilder) höhergruppiert aus VergGr. V b BAT in Erfüllung rechtlicher Ansprüche

VergGr. V c BAT

- 2 Stellen (Bürodienst) höhergruppiert aus VergGr. VI b BAT (Fallgr. 1 a zu V c BAT)

VergGr. VI b BAT

- 8 Stellen (Bürodienst) höhergruppiert aus VergGr. VI b/VII BAT nach Erfüllung sechsjähriger Bewährungszeit (Fallgr. 1 b zu VI b BAT)

VergGr. VI b/VII BAT

- 18 Stellen (allgemeiner Vollzugsdienst) höhergruppiert aus VergGr. VII/VIII BAT nach Erfüllung sechsjähriger Bewährungszeit in VergGr. VII BAT, Fallgr. 13 (Fallgr. 2 zu VI b BAT)

4.2

- Arbeiter -

LohnGr. VIII/VII MTL II

2 Stellen (technischer Dienst) höhergruppiert aus LohnGr. VII/VI MTL II nach Erfüllung fünfjähriger Bewährungszeit (Fallgr. 3.4 zu Lohngr. VIII MTL II)

LohnGr. VII/VI MTL II

6 Stellen (technischer Dienst) höhergruppiert aus LohnGr. VI/V MTL II nach Erfüllung dreijähriger Bewährungszeit (Fallgr. 3.11 zu LohnGr. VII MTL II)

zu Abschnitt B.:

Sämtliche Höhergruppierungen erfolgen in Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche.

5. Umwandlungen

5.1

BesGr. A 15 (Psychologe/Soziologe)

2 Stellen umgewandelt aus BesGr. A 15 (Regierungsdirektor - höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst -)

- Bereinigung der Stellenführung; bisher wurden zwei Psychologen auf Stellen des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes geführt -.

5.2

BesGr. A 14 (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst)

2 Stellen umgewandelt aus BesGr. A 14 (Psychologe/Soziologe) zum Ausgleich der unter Ziffer 5.1 erfolgten Stellenumwandlung

5.3

BesGr. A 15 (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst)

1 Stelle umgewandelt aus BesGr. A 15 (Regierungsmedizinaldirektor)

- Bereinigung der Stellenführung; bisher wurde ein Regierungsdirektor auf einer Stelle des ärztlichen Dienstes geführt -.

BesGr. A 14 (ärztlicher Dienst)

1 Stelle umgewandelt aus BesGr. A 14 (höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst) zum Ausgleich der unter Ziff. 5.3 erfolgten Stellenumwandlung

5.5

BAT IX a/IX b (Sonstiger Dienst)

3 Stellen umgewandelt aus LohnGr. V/IV MTL III (Boten).

Nach Erfüllung dreijähriger Bewährungszeit in LohnGr. V/IV MTL haben die Boten einen tariflichen Anspruch auf Übernahme in das Angestelltenverhältnis unter Eingruppierung nach VergGr. X BAT (Fallgr. 15) erworben. Nach weiterer zweijähriger Bewährungszeit ist eine Eingruppierung nach VergGr. IX b BAT (Fallgr. 2) vorzunehmen.

Die Umwandlung erfolgte in Bereinigung der tatsächlichen Stellenführung und in Erfüllung des bereits erworbenen tarifrechtlichen Anspruchs von 3 Boten.

5.6

BAT X (Sonstiger Dienst)

2 Stellen umgewandelt aus LohnGr. V/IV MTL III (Boten).

2 Boten haben nach Erfüllung dreijähriger Bewährungszeit einen Anspruch auf Übernahme in das Angestelltenverhältnis (Fallgr. 15 zu X BAT) erworben.

Auf die Ausführungen zu Ziff. 5.5 wird Bezug genommen.

5.7

LohnGr. VII/VI MTL II (technischer Dienst)

1 Stelle wurde umgewandelt aus einer Stelle der VergGr. Kr. IV
BAT (Krankenpflegedienst).

Die Stellenumwandlung erfolgte in Bereinigung der tatsächlichen
Stellenführung eines Heizers (Fallgr. 3.9 zu LohnGr. VII MTL:
Heizer mit erfolgreich absolvierter Kesselwärterprüfung)

6. Zusammenfassende Darstellung über den Stellenabbau:

a)

Stellenabbau 1982

Der Justizvollzug war vom Stellenabbau 1982 unter aufgabenkriti-
schen Gesichtspunkten ausgenommen.

b)

Stellenabbau 1983

Im Haushaltsplan 1983 nahm der Vollzug am allgemeinen Stellenab-
bau mit 71 Stellen teil, und zwar

- 1 Stelle Regierungsrat (h. VVD - BesGr. A 13)
- 1 Stelle Regierungsmedizinalrat (BesGr. A 13)
- 1 Stelle Regierungsrat (Psychologe - BesGr. A 13)
- 1 Stelle Pfarrer (BesGr. A 13)
- 1 Stelle Studienrat (BesGr. A 13)
- 2 Stellen Regierungsinspektor (BesGr. A 9)
- 2 Stellen Sozialinspektor (BesGr. A 9)

- 3 Stellen Regierungsassistent (BesGr. A 5)
- 44 Stellen Justizvollzugsassistent (BesGr. A 5)
- 3 Stellen Werkführer (BesGr. A 5)
- 3 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)
- 8 Stellen Angestellte - allgemeiner Vollzugsdienst -
(VergGr. VI b/VII BAT)
- 1 Stelle Arbeiter - Reinigungsdienst -.

Die Angestellten- und Arbeiterstellen sind, soweit sie nicht bereits zum 1.1.1983 in Abgang gestellt worden waren, im Verlauf des Haushalts 1983 erwirtschaftet worden.

Die 4 kw-Vermerke im höheren Dienst (BesGr. A 13) Studienrat, Regierungsrat, Regierungsmedizinalrat, Pfarrer und die 2 kw-Vermerke im Sozialdienst sind durch Inabgangstellung von Stellen für beamtete Hilfskräfte realisiert worden (Regierungsrat z.A., Regierungsmedizinalrat z.A., Pfarrer z.A., Sozialinspektor z.A.). Dies war erforderlich, um vorhandene Nachwuchskräfte auch im Jahre 1984 auf Planstellen übernehmen zu können.

Die übrigen kw-Vermerke sind durch entsprechende Absenkung der Anwärterzahlen berücksichtigt worden.

c)

Stellenabbau 1984

Der Justizvollzug nahm am Stellenabbau 1984 mit insgesamt 111 Plan- und Hilfsstellen teil. Im einzelnen handelt es sich um

- 2 Stellen Regierungsrat (h. VVD - BesGr. A 13)
- 2 Stellen Regierungsmedizinalrat (BesGr. A 13)
- 2 Stellen Regierungsrat (Psychologen/Soziologen - BesGr. A 13)
- 1 Stelle Studienrat (BesGr. A 13)
- 1 Stelle Pfarrer (BesGr. A 13)
- 2 Stellen Oberlehrer (geh. D. - BesGr. A 13)
- 3 Stellen Regierungsinspektor (BesGr. A 9)
- 3 Stellen Sozialinspektor (BesGr. A 9)
- 4 Stellen Regierungsassistent (BesGr. A 5)
- 64 Stellen Justizvollzugsassistent (BesGr. A 5)
- 4 Stellen Werkführer (BesGr. A 5)
- 5 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)
- 17 Stellen Angestellte - allgemeiner Vollzugsdienst -
(VergGr. VI b/VII BAT)
- 1 Stelle Arbeiter - Reinigungsdienst - (LohnGr. II MTL II)

111.

75 Stellen aus dem "anwärtergespeisten Bereich" (Regierungsinspektor, Regierungs-, Justizvollzugs-, Werkdienst) wurden durch den Abbau von Anwärterstellen erwirtschaftet.

Von den verbleibenden 36 kw-Vermerken sind 31 im Haushalt 1984 realisiert worden; die verbleibenden 5 kw-Vermerke (2 Stellen Oberlehrer - A 13 g. D. -, 3 Stellen Sozialinspektor - A 9 -) sind nach Fortschreibung im Haushalt 1985 realisiert worden;

die Erwirtschaftung der drei Stellen Sozialinspektor ist hierbei durch Inabgangstellung von Stellen für beamtete Hilfskräfte (Sozialinspektor z. A.) realisiert worden. Dies war erforderlich, um vorhandene Nachwuchskräfte, die die Voraussetzungen für ihre planmäßige Anstellung erfüllen, auch im Haushaltsjahr 1985 auf Planstellen übernehmen zu können.

d)

Stellenabbau 1985

Der Justizvollzug war unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten vom Stellenabbau ausgenommen.

e)

Stellenabbau 1986

Im Justizvollzug waren 35 Stellen abzubauen, und zwar:

- 1 Stelle Regierungsmedizinalrat (BesGr. A 13)
- 1 Stelle Oberlehrer (geh. D. - BesGr. A 13)
- 1 Stelle Regierungsinspektor (BesGr. A 9)
- 1 Stelle Sozialinspektor (BesGr. A 9)
- 1 Stelle Regierungsassistent (BesGr. A 5)
- 2 Stellen Werkführer (BesGr. A 5)
- 22 Stellen Justizvollzugsassistent (BesGr. A 5)
- 1 Stelle Angestellte - Bürodienst - (VergGr. VI b/VII BAT)

- 1 Stelle Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)
- 4 Stellen Angestellte - allgemeiner Vollzugsdienst -
(VergGr. VI b/VII BAT)

35

26 Stellen entfallen auf den "anwärtergespeisten Bereich" (gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst, mittlerer Verwaltungsdienst, Werkdienst und allgemeiner Vollzugsdienst). Hier wurden die Einsparungen durch entsprechende Absenkung der Stellen für neueinzustellende Beamte auf Widerruf realisiert. Die verbleibenden 9 - mit kw-Vermerk versehenen - Stellen sind im laufenden Haushaltsjahr 1986 bereits realisiert worden (vgl. Ziff. 2), davon 1 Stelle Sozialinspektor durch Wegfall einer Stelle für eine beamtete Hilfskraft (Sozialinspektor z. A); dies war erforderlich, um auch im laufenden Haushaltsjahr einen vorhandenen Nachwuchsbeamten, der die Voraussetzungen für seine planmäßige Anstellung erfüllte, auf eine Planstelle übernehmen zu können.

7. Einrichtung und Nutzung von Stellen zur personellen Versorgung des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg

Zur Übernahme des Städtischen Krankenhauses in Fröndenberg hat der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags (Vorlage 9/1839) im Jahre 1984 80 neue Stellen bewilligt.

Darüber hinaus wurden weitere 87 Stellen gegen Wegfall einer entsprechenden Anzahl von Angestelltenstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes eingerichtet.

Durch Umsetzung von weiteren 87 bedarfsgerechten Stellen aus dem vorhandenen Bestand konnte das für die personelle Versorgung und den Betrieb des Zentralkrankenhauses - das nach seiner 1986 abgeschlossenen baulichen Herrichtung als Vollzugskrankenhaus die interdisziplinäre Behandlung von Gefangenen (Fachbereiche Chirurgie einschließlich Urologie und Orthopädie, HNO, Augenoperationen, Innere Medizin einschließlich Gynäkologie und Dermatologie; Gesamtkapazität 220 Betten) aufnehmen kann - erforderliche Personalbedarfskonzept von insgesamt 254 Kräften realisiert werden.

Wegen der Darstellung der ausgebrachten Stellen im einzelnen wird auf die Ausführungen zum Haushalt 1986 (Vorlage 10/177, Seiten 87 - 90) verwiesen.

Der Beginn der stationären Behandlung und damit des bestimmungsgemäßen Betriebs des Zentralkrankenhauses für den Justizvollzug in Fröndenberg ist nach baulicher Herrichtung zum 1.10.1986 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt wird auch die Besetzung der für den Betrieb des Krankenhauses) erforderlichen Stellen abgeschlossen sein.

8. Schaffung von Stellen für Angestellte des allgemeinen Vollzugsdienstes zum Abbau bezahlter Überstunden

Im Haushaltsvollzug 1986 hat der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags (Sitzung am 10.7.1986) 148 neue Stellen der VergGr. VII/VIII BAT des allgemeinen Vollzugsdienstes eingerichtet (Vorlagen 10/484 und 10/499).

Die ausschließlich zum Abbau der bezahlten Überstunden (von derzeit 210.000/Jahr) bewilligten Stellen sollen die sukzessive Rückführung der Überstunden bis auf einen - zur Abdeckung von Spitzenbelastungen auch weiterhin unerläßlichen - Bodensatz von jährlich 50.000 ermöglichen.

Nach dem aufgestellten Stufenplan zum schrittweisen Abbau der Überstunden kann davon ausgegangen werden, daß die Rückführung auf die genannte Zahl von 50.000 bezahlten Überstunden/Jahr bis zum Ablauf des Jahres 1989 erreicht sein wird. Mit der Besetzung der neuen Stellen haben die Präsidenten der Justizvollzugsämter Hamm und Köln begonnen.

Ein erster Zwischenbericht über die Entwicklung der Überstunden wird entsprechend der vom Haushalts- und Finanzausschuß bei der erteilten Einwilligung in die Einrichtung der Stellen ausgesprochenen Erwartung nach Ablauf eines Jahres erstattet.

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen und übrige Aus- und Fortbildungseinrichtungen - Kapitel 04 060 -

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt		+/-
					1987	1986	
Planmäßige Beamte	19	23	19	5	66	25	+ 41
Beamte Hilfskräfte							
Angestellte	1		23		24	4	+ 20
Arbeiter				53	53	13	+ 40
Teilgruppen:							
Angestellte							
Arbeiter							
Insgesamt	20	23	42	58	143	42	+101
Beamte im Vorbereitungsdienst							
Auszubildende							

Dienststelle

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes.- Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
B 3	Direktor der Fachhoch- schule für Rechtspflege	1	1	1				
C 1	Professor	3	3	3				
C 2	Professor	3	3	3				
A 16	Leitender RegDir.	3	1	1				
A 15	Reg.Dir.	2	1	1		1		
A 14	OberReg.Rat	3	—	—				
A 13	Reg.Rat	4	—	—				
Summe	höherer Dienst	19	9	9	—	1	—	—
A 13	Reg.OAR	2	1	1				
	JustizOAR	13	7	7	1			
	SozialOAR	1	—	—				
	Oberlehrer	2	—	—				
A 12	JustizAR	—	3	2				
A 11	Sozialamtmann	1	—	—				
	Reg.amtmann	1	—	—				
A 10	Justizoberinsp.	1	—	—				
A 9	Sozialinsp.	1	—	—				
	Reginsp.	1	—	—				
Gehobener Dienst	Insgesamt	23	11	10	1	—	—	—

erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes.- Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbe- setzung 01.07.86	unterw. bes. mit planm. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 9	Justizvollzugsamtsinsp.	6	—	—				
	Regierungsamtsinsp.	1	—	—				
	1 (-) erh. eine Amtszulage							
	Justizamtsinsp.	5	2	2	1			
2 (2)	2 (2) erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. A 9 der BBes0							
A 8	Regierungshauptsekr.	1	—	—				
	Justizvollzugshauptsekr.	1	—	—				
	Justizhauptsekretär	4	3	2,95	—	—	—	0,45
A 6	Reg. Sekr.	1	—	—				
Summe	mittlerer Dienst	19	5	4,95	1	—	—	0,45
A 5	Erster Justizhauptwach- meister	2	—	—				
A 4	Justizhauptwachmeister	3	—	—				
Summe	einfacher Dienst	5	—	—	—	—	—	—
	Insgesamt	66	25	23,95	2	1	—	0,45

Erklärungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. (Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.)

Übersicht

Über die besetzten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jeder Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für besetzte Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. V.) usw.]					
Zusammen a)					
b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
c) abgeordnete Beamte					
R 02 - aus Kap. 04 040	6	4	4		
R 01 - aus Kap. 04 040	7	8	5		
A 15 - aus Kap. 04 050	2	1	1		
A 14 - aus Kap. 04 050	2	—	—		
Zusammen b)					
Insgesamt:					

Die besetzten Hilfskräfte sind auf den Stellen
nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Dienststelle

Übersicht

Über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986		
				Angestellte	Arbeiter
<u>a) Beamte zur Anstellung (z. A.)</u> (Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.)					
c) abgeordnete Beamte					
AM 13 - aus Kap. 04 050	3	—			
AG 13 - aus Kap. 04 040 /50	2	—			
A 12 - aus Kap. 04 040	2	2	1		
A 11 - aus Kap. 04 050	2	1	1		
A 10 - aus Kap. 04 040 /50	8	—			
AG 9 - aus Kap. 04 040	5	—			
AM 9 - aus Kap. 04 050	1	—			
AM 8 - aus Kap. 04 050	1	—			
Zusammen c	41	16	12		
Zusammen b)					
Insgesamt:					

Die beamteten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Übersicht

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungsgruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	19 87	19 86	Istbesetzung am 01.07.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
	2	3	4	5	6
15/IIa	1	-	-		
Vc/VIb	3	-	-		
VIb	3	1	1		
VIb/VII	3	1	1		
VII/VIII	12	2	2		
IXa/IXb	2	-	-		
außertarifl. angestellte	-	-	-		
Gesamt	24	4	4		
auszubildende	-	-	-		

1) außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.
2) Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; dies gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Stellen- gruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 01.07.1986	davon unter- wertig besetzt
1	2	3	4	5
VIIIa	1	-		
VII/VI	1	-		
VI/V	1	-		
V/IV	11	4	4	1
IV	2	-		2
III	1	-		
II	35	9	9	1
Fahrer	1	-		
Sammen	53	13	13	-
Ufzubildande	-	-		

Merkung:

U Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Übersicht

über die Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)
für das Haushaltsjahr 1987

(Nur anzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamte zur Ausbildung annehmen)

Übersicht über die Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)

	Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 2)							Beamte zur Anstellung (Titel 422 1)						
	Stellen- zahl 1986	Vorgesehene Neu- einstellungen im Haushaltsjahr		Zahl der am 1. 7. 1986 vorhandenen Beamten im Vorbereitungsdienst, die eingestellt sind im Haushaltsjahr				Stellen- zahl 1986	Zahl der am 1. 7. 1986 vorhandenen Beamten zur Anstellung, deren Probzeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr					
		1987	1986	1985	1984	1983	1982 und früher		ins- ge- samt	1985	1984	1983	1982 und früher	ins- ge- samt
Kapitel .Q40 0														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis B 3 (einschl. C- Bes.)													1	1
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														
Kapitel ...														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														

1. Die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamten zur Anstellung sind nach dem dienstrechtlichen und den verschiedenen
gesetzlichen Bestimmungen jeweils zu führen und entsprechend zu berücksichtigen.
2. Soweit Anwärter über den eigenen Bedarf der Landesorgane angenommen werden, ist der eigene Bedarf in Klammern anzugeben.

1. Umsetzungen

Aus Anlaß der Einrichtung der Justizfortbildungsstätte Recklinghausen im Jahre 1987 sind die Aus- und Fortbildungsstätten der Justiz NRW in einem Kapitel zusammengefaßt worden. Demzufolge sind nunmehr im Kapitel 04 060 (bisher: Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel) die Stellen und Mittel für

- die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
- die Justizfortbildungsstätte Brakel (Ausbildung des mittleren Justizdienstes)
- die Justizaus- und -fortbildungsstätte Monschau (Amtsanwalts- und Gerichtsvollzieherausbildung sowie Fortbildung allgemein)
- die Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen in Wuppertal (Ausbildung des mittleren Dienstes im Strafvollzug)
- die Justizfortbildungsstätte Recklinghausen (Fortbildung der Bediensteter aller Laufbahnen)

etatisiert.

Für die Justizfortbildungsstätte in Recklinghausen ist für die personelle Ausstattung auf Empfehlung des Landesrechnungshofs NRW die Fortbildungsstätte Attendorn des Innenministers als vergleichbare Einrichtung herangezogen worden.

Die Justizfortbildungsstätte soll danach wie folgt personell ausgestattet werden:

- 1 Stelle BesGr. A 16 (Leitender Regierungsdirektor - Leiter und Planung -)
- 1 Stelle BesGr. A 14 (Oberregierungsrat - Planung u. stv. Leiter -)
- 1 Stelle BesGr. A 17 (Justizoberamtsrat - Geschäftsleiter -)

- 1 Stelle BesGr. A 10 (Justizoberinspektor - stv. Geschäftsleiter und Sachbearbeiter für Planung -)
- 1 Stelle BesGr. A 9 (Justizamtsinspektor - Geschäftsstelle, Zahlstellenverwalter -)
- 1 Stelle BesGr. A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister - Hausmeister -)
- 3 Stellen BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister - Sicherungs- u. Pfortendienst -)

- 2 Stellen VerGr. V c/VI b BAT (Maschinenmeister; Bibliothekatin, zgl. Kinderpflegerin)
- 1 Stelle VerGr. VI b BAT (Bürodienst)
- 1 Stelle VerGr. VI b BAT (Küchenmeister)
- 2 Stellen VerGr. VII/VIII BAT (Schreibdienst)

- 1 Stelle LohnGr. VII/VI MTL II (Koch)
- 1 Stelle LohnGr. V/VI MTL II (Wäschebeschließerin)

- 4 Teilzeitkräfte (Küchenhilfen)
- 6 Teilzeitkräfte (Zimmerfrauen)
- 7 Teilzeitkräfte (Reinigungsdienst)

Diese Stellen sind wie folgt geschaffen worden:

- 1 Stelle A 16 (Ltd. RegDir.) umgewandelt aus einer Stelle R 2 (Richter am AG) und umgesetzt aus Kap. 04 040
- 1 Stelle A 14 (ORR) umgewandelt aus einer Stelle R 1 (Richter am AG/LG) und umgesetzt aus Kap. 04 040
- 1 Stelle A 13 (Justizoberamtsrat) und
- 1 Stelle A 10 (Justizoberinspektor) durch Umsetzung von 2 Stellen Justizinspektor aus Kap. 04 040 unter gleichzeitiger kapitelübergreifender Schlüsselung

1 Stelle A 9 (Justizamtsinspektor)

durch Umsetzung einer Stelle Justizassistent aus
Kap. 04 040 unter gleichzeitiger kapitelübergrei-
fender Schlüsselung

1 Stelle A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister) - neu -

3 Stellen A 4 (Justizhauptwachtmeister) - neu -

2 Stellen VerGr. V c/VI b BAT - neu -

1 Stelle VerGr. VI b BAT - neu -

1 Stelle VerGr. VI b/VII BAT - neu -

2 Stellen VerGr. VII/VIII BAT - aus Kap. 04 040 -

1 Stelle LohnGr. VII/VI MTL - neu -

1 Stelle LohnGr. V/IV MTL - neu -

Darüber hinaus wurden für die bestehenden Einrichtungen (Brakel/
Monschau/Wuppertal) aus Kap. 04 040 bzw. Kap. 04 050 umgesetzt:

Justizaus- und -fortbildungsstätte Monschau

1 Stelle Justizinspektor

2 Stellen Justizassistent

1 Stelle VerGr. VI b BAT

1 Stelle VerGr. VII/VIII BAT

1 Stelle VerGr. IX a/IX b BAT

1 Stelle LGr. V/IV MTL II

2 Stellen LGr. IV MTL II

1 Stelle LGr. III MTL II

6 Stellen LGr. II MTL II

Justizausbildungsstätte Brakel

- 1 Stelle Regierungsdirektor
- 1 Stelle Justizinspektor
- 1 Stelle Justizassistent
- 1 Stelle Erster Justizhauptwachtmeister
- 1 Stelle VerGr. VI b/VII BAT
- 2 Stellen VerGr. VII/VIII BAT
- 9 Stellen LGr. II MTL I

Justizvollzugsschule NRW in Wuppertal

- 1 Stelle Ltd. Regierungsdirektor
- 2 Stellen Oberregierungsrat
- 4 Stellen Regierungsrat
- 2 Stellen Oberlehrer
- 1 Stelle Sozialamtmann
- 2 Stellen Sozialoberinspektor
- 3 Stellen Regierungsinspektor
- 7 Stellen Amtsinspektor
- 2 Stellen Hauptsekretär
- 1 Stelle Sekretär
- 1 Stelle VerGr. I b/II a BAT
- 1 Stelle VerGr. V c/VI b BAT
- 5 Stellen VerGr. VII/VIII BAT
- 1 Stelle VerGr. IX a/IX b BAT
- 1 Stelle LGr. VIII a MTL II
- 1 Stelle LGr. VI/V MTL II
- 1 Stelle LGr. V/IV MTL II
- 15 Stellen LGr. II MTL II
- 1 Stelle Fahrer

ohne Text

Die notwendige Inanspruchnahme der Planstellen/Stellen für die Fortbildungsstätte Recklinghausen im Kapitel 04 040 bis zur Eröffnung wird über Haushaltsvermerke ermöglicht.

2. Hebungen/Höhergruppierungen

BesGr. A 13 (Sozialoberamtsrat)

1 Stelle , letztlich gehoben aus BesGr. A 9 (Sozialinsp.)

BesGr. A 17 (Regierungsoberamtsrat)

1 Stelle , letztlich gehoben aus BesGr. A 9 (Regierungsinsp.)

BesGr. A 13 (Justizoberamtsrat)

3 Stellen gegen Wegfall von Justizamtsrat-Stellen (BesGr. A 12)

3 Stellen, letztlich gegen Wegfall von Stellen Justizinspektor (BesGr. A 9)

BesGr. A 11 (Regierungsamtmann)

1 Stelle , letztlich gehoben aus BesGr. A 9 (Regierungsinsp.)

BesGr. A 9 (Justizamtsinspektor)

3 Stellen, letztlich gehoben aus BesGr. A 5 (Justizassistent)

BesGr. A 8 (Justizhauptsekretär)

1 Stelle , letztlich gehoben aus BesGr. A 5 (Justizassistent)

4 Stellen LGr. V/IV MTL II (Küchendienst) aus LGr. II wegen tarifrechtlicher Ansprüche (Fallgruppe 2 zur LGr. IV MTL II: außerordentl. Beanspruchung der Körperkraft).

3. Stellen für abgeordnete Beamte

Die Zahl der Stellen für abgeordnete Beamte wurde von 16 auf 41 wegen der Zusammenfassung der Ausbildungsstätten erhöht. Sie entspricht dem tatsächlichen Bedarf. Eine Stellenvermehrung im Gesamten in damit nicht verbunden.

V.

Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit

- Kapitel 04 070 -

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	insgesamt		+/-
					1987	1986'	
Planmäßige Beamte	432	42	55	10	539	541	- 2
Beamte Hilfskräfte	3	--	10	--	13	12	+ 1
Angestellte	--	9	403	37	449	456	- 7
Arbeiter	--	--	--	28	28	29	- 1
Trossgruppen:	--	--	--	--	--	--	--
Angestellte	--	--	--	--	--	--	--
Arbeiter	--	--	--	--	--	--	--
insgesamt	435	51	468	75	1.029	1.038	- 9
Beamte im Vorbereitungsdienst					51	51	
Auszubildende							

Dienststelle

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
B 10	Präs. d. VG u.d. OVG	1	1	1				
R 4	Vizepräs. d. OVG	1	1	1				
	Präs. d. VG	4	4	4				
R 3	Vors. Ri. a. OVG davon Stellen kw (§ 42 LPVG) davon 1 (1) Ku in R 2 Ri. am OVG am 31.12.1988	22 (1)	21 (1)	20				
	Präs. d. VG	3	3	3				
R 2	Vizepräs. d. VG	7	7	7				
	Vors. Ri. a. VG	74	73	73				
	davon ohne Besoldungs- aufwand ()	(1)	(-)					
	Richter am OVG davon 3 (3) Ku in R 1 Ri. a. VG am 31.12.1988	66	65	65	2			
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand ()	(2)	(3)	(3)				
R 1	Ri. a. VG	249	262	253		6		
	davon Stellen ohne Besoldungsaufwand ()	(4)	(4)	(4)				
	davon Stellen kw. (§ 42 LPVG)	(3)	(3)	(3)				
	insgesamt							

Anmerkungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Kategorie	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	G A V O B			
		1987	1986		unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
Richterlicher Dienst insgesamt:		427	437	427	2	6	-	-
A 15	Reg.Dir.	2	1	1				
A 14	OReg.Rat.	2	2	2				
A 13	Reg.Rat.	1	2	2		1		
sonstiger höherer Dienst insgesamt:		5	5	5	-	1	-	-
A 13	Reg.O.AR	2	2	2	1			
A 12	RegAR	5	5	5				
A 11	Reg.Amtmann	12	12	9,25				
A 10	Reg.O.Insp.	15	15	14	1,5			
A 9	Reg.-Insp.	8	8	8		2	2	
geh. Dienst insgesamt		42	42	38,25	2,5	2	2	
A 9	Reg.Amts.-Insp. 3 (3) erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Justizamtsinsp.	11	11	9,5				
A 8	Reg.Haupt.-Sekr. Justizhauptsekr.	12	12	10,5				
A 7	Regierungsobersekr. Justizobersekr.	14	14	14				
A 6	Regierungssekr. Justizsekretär	9	9*	7	2			
A 5	Regierungsassistent Justizassistent	9	3	3		2		
insgesamt								

merkmale: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Dienststelle

Übersicht

Stichtag 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 19.87

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		untarw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
	mittlerer Dienst insg.	55	49	44	2	2		
A 5	1. Justizhauptwachmeister	7	4	4	1			
A 4	Justizhauptwachmeister	3	4	4				2
	einf. Dienst insgesamt	10	8	8	1			2
	Planstellen insgesamt	539	541	522,25	7,5	11	2	2
* einschließlich der im Haushaltsvollzug 1986 bereits gem. § 7 a Abs. 5 HG gehobenen Stellen								
Insgesamt								

Vermerkungen: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

Über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87

Bcs-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
R 1 Richter Pr.	3	-	-		
A 13 wissensch. Mitarbeiter	-	-	-		
A 9 Reg. Insp. z. A.	-	-	-		
A 5 Just.-Ass. z. A.	10	12	12		
Zusammen a)	- 13	12	12		
b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
A 15 (RegDir.) - aus Epl. 10 -	-	1	1		
A 10 (JDI)	1	1			
A 3 (JS) - aus Kap. 04 C 10 -	1	1	1		
Zusammen b)	2	3	2		
Insgesamt:	15	15	14		
Die beamteten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.					

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungsgruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	19 87	19 86	Istbesetzung am 01.07.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
1	2	3	4	5	6
IV b/V b	9	9	9		
Vb/Vc	12	12	9		
V c	17	17	17	2	
VI b	75	77	74		
VI b/VII	98	101	95	1	1
VII/VIII	201	201	198,5		3
IX a/IX b	24	24	24		8
IX b/X	13	15	15		4
Vollbesch. außertarifl. Angestellte	-	-			
Zusammen	449	456	441,5	3	16
Auszubildende	51	51	45		

Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.
Zu Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich-
gilt: für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Dienststelle

Kapital 04 070

Stichtag: 1.7.1987

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 01.07.1986	davon unter- wertig besetzt
	2	3	4	5
VII	3	2	2	
VI	1	1	1	
VI (Pausch.)	9	9	9	
II	15	17	15	
Zusammen	28	29	27	
Auszubildende				

Anmerkung:
Zu Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Stellen sind in Kap. 04 040 ausgebracht

Laufbahngruppe auf Fachrichtung			
mittl. D.			

1 Stellen für Beamte im
Vorbereitungsdienst

1.1 Soll 1986

10

1.2 Ist per 1.7.1986

8

1.3 Abgang 1.7. bis 31.12. 1986)
- davon:

6

1.31 wegen Bestehens der Laufbahnprüfung

(6) () () ()

1.32 aus sonstigen Gründen

(-) () () ()

1.4 Einstellung 1.7. bis 31.12. 1986*)

-

1.5 Stand am 31.12.1986 (1.2 - 1.3 + 1.4)

2

1.51 Freie Stellen (1.1 - 1.5)

-

1.6 Abgang bis 31.12.1987 *)
- davon:

2

1.61 wegen Bestehens der Laufbahnprüfung

(2) () () ()

1.62 aus sonstigen Gründen

(-) () () ()

1.7 Zugang bis 31.12.1987 durch Einstellung *)

1.8 Stand am 31.12.1987 (1.5 - 1.6 + 1.7)

-

31 Gegenüber Soll 1986

1.811 freie Stellen

1.812 Stellenmehrbedarf

Aufgliederung der Zu- und Abgänge 198
(1.6 und 1.7) nach Einstellungs- bzw.
Prüfungsterminen

Zugang Einstellungstermine

Abgang Prüfungstermine

September 1987

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 2

Leufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
mittl. D.			

2	<u>Stellen für Beamte z.A. (ohne Stellen o. Bes., kw LPVG)</u>				
2.1	Soll 1986	12			
2.2	Ist per 1.7.1986	14			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.21	Angestellte	{	}	{	}
2.22	Arbeiter	{	}	{	}
2.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986 *)	7			
	- davon:				
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{	7	}	{
2.32	aus sonstigen Gründen	{	}	{	}
2.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986 *)	6			
	- davon:				
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst; Einstellung	{	6	}	{
2.42	aus anderen Verwaltungen	{	}	{	}
2.5	Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)	13			
2.51	Freie Stellen (2.1 - 2.5)	-			
2.6	Abgang bis 31.12.1987 *)	7			
	- davon:				
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	{	7	}	{
2.62	aus sonstigen Gründen	{	}	{	}
7	Zugang bis 31.12.1987 *)	4			
	- davon:				
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst; Einstellung	{	2	}	{
2.72	aus anderen Verwaltungen	{	2	}	{
2.8	Stand am 31.12.1987 (2.5 - 2.6 + 2.7)	10			
2.81	Gegenüber Soll 1986 (12 + 4 HH 1987 neu *)	16			
2.811	freie Stellen	6			
2.812	Stellenmehrbedarf	-			
2.9	Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
2.91	Angestellte	-			
2.92	Arbeiter	-			

*) geschätzt

* aufgabenkritischer Zugang (aus Hilfsstellen für Angestellte)

Berechnungsschemata für Stellen und Planstellen

		Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
mittlerer Dienst					
3	Planstellen				
3.1	Soll 1986	49			
3.2	Ist per 1. 7. 1986	44			
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.21	Angestellte	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.22	Arbeiter	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.23	Beamte z.A.	{ 2 }	{ }	{ }	{ }
3.3	Abgang 1. 7. bis 31.12. 1986*)	2			
	- davon:				
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.33	aus sonstigen Gründen	{ 2 }	{ }	{ }	{ }
3.4	Zugang 1. 7. bis 31.12. 1986*)	7			
	- davon:				
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{ 7 }	{ }	{ }	{ }
3.42	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.43	durch Aufstieg aus einfachen/mittleren/gehobenem Dienst	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.5	Stand am 31.12. 1986 (3.2 - 3.3 + 3.4)	49			
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)	-			
3.6	Abgang bis 31.12. 1987*)	1			
	- davon:				
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.62	aus sonstigen Gründen	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.7	Zugang bis 31.12. 1987*)	7			
	- davon:				
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{ 7 }	{ }	{ }	{ }
3.72	aus anderen Verwaltungen	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.73	durch Aufstieg aus einfachen/mittleren/gehobenem Dienst	{ - }	{ }	{ }	{ }
3.8	Stand am 31.12. 1987	55			
3.81	Gegenüber Soll 1986				
3.811	freie Stellen				
3.812	Stellenmehrbedarf	6			
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:				
3.91	Angestellte	-			
3.92	Arbeiter	-			
3.93	Beamte z.A.	-			

*) geschätzt

Übersicht

über die Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)
für das Haushaltsjahr 1987

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamte zur Ausbildung annehmen)

ohne Berücksichtigung von Stellen ohne Besoldungsaufwand und Kw § 42 LPVG

Übersicht über die Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)

	Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 3)							Beamte zur Anstellung (Titel 422 1)						
	Stellenzahl 1986	Vorgesehene Neueinstellungen im Haushaltsjahr		Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten im Vorbereitungsdienst, die eingestellt sind im Haushaltsjahr				Stellenzahl 1986	Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten zur Anstellung, deren Probezeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr					
		1987	1986	1985	1984	1983	1982 und früher		insgesamt	1985	1984	1983	1982 und früher	insgesamt
Kapitel .040 70														
Höherer Dienst								-	-	-	-	1	-	1
Gr. A 13 bis B 10														
einschl. Besoldung R 1 - R 4								2		2	2			6
Gehobener Dienst										1	1			2
z. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst								12	2	7	5			14
Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														
Kapitel ...04 040														
Höherer Dienst														
Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst														
Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst														
Gr. A 5 bis A 9				2	6					8				
Einfacher Dienst														
Gr. A 1 bis A 5														

1. Die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamten zur Anstellung sind nach den dienstrechtlichen und den verbandswirtschaftlichen Laufbahnen getrennt aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.
 2. Soweit Anwärter über den eigenen Bedarf des Landes hinaus angenommen werden, ist der zusätzliche Bedarf in Klammern anzugeben.

1. Wirksamwerden von kw-Vermerken

1.1

BesGr. R 1 (Richter am VG)

2 Stellen weggefallen - Einsparung - 1986.

1.2.

VergGr. VI b/VII und VII/VIII BAT

Je 1 Stelle des Büro- und des Schreibdienstes weggefallen - Einsparung - 1986.

2. Neue Stellen

2.1

BesGr. R 1

3 Stellen für Richter auf Probe

Wegen der zu erwartenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren aus der Neuregelung "Testverfahren für Medizinische Studiengänge (TMS)" ist eine stellenmäßige Verstärkung für das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen dringend erforderlich. Ein interner Ausgleich innerhalb des Kapitels 04 070 ist wegen der allgemein angespannten Personallage in der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht möglich.

2.2

BesGr. A 5 (Regierungsassistent z. A.)

4 Stellen gegen Wegfall von 4 Stellen für Angestellte des Bürodienstes, und zwar je 2 der VergGr. VI b BAT und der VergGr. VI b/VII BAT zur Unterbringung von geprüften Anwärtern

2.3

Stellen zur Übernahme von beamteten Hilfskräften in Planstellen, die nach Ablauf der Erprobungszeit im Jahre 1987 die Voraussetzungen für die erstmalige Einweisung in eine Planstelle erfüllen:

BesGr. A 5 (Regierungsassistent)

6 Stellen gegen Wegfall von 6 beamteten Hilfsstellen

2.4

BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister)

2 Stellen gegen Wegfall von 2 Stellen für Angestellte des Botendienstes der VergGr. IX b/X BAT zur Übernahme von Boten in das Beamtenverhältnis nach Erfüllen der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen.

2.5

VergGr. VII/VIII BAT (sonstiger Dienst)

1 Stelle für einen Hausmeister bei dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen

2.6

LohnGr. VII MTL II (Hausmeister)

1 Stelle für einen Hausmeister bei der Nebenstelle des Oberverwaltungsgerichts Münster

zu 2.5 und 2.6

gegen Wegfall von 2 Stellen des sonstigen Dienstes der LohnGr. II MTL II

3. Hebungen

3.1

BesGr. R 3 (Vorsitzender Richter am OVG)

1 Stelle gehoben aus BesGr. R 2 (Richter am OVG)

BesGr. R 2 (Richter am OVG)

3 Stellen gehoben aus BesGr. R 1 (Richter am VG)

zur Bildung eines weiteren Senats beim OVG.

a)

Das Obergerverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen lag im Jahre 1984 mit 158 Eingängen pro Jahr und Richter um mehr als 20 % über dem entsprechenden Durchschnittswert (130) der Obergerverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöhe der vergleichbaren Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Für 1985 lautet die entsprechende Eingangszahl des Obergerverwaltungsgerichts 184.

b)

Das Obergerverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen weist im Vergleich zu diesen Obergerichten nach wie vor die im Verhältnis zur ersten Instanz schwächste richterliche Besetzung auf. Die vom-Hundert-Sätze in der nachfolgenden Übersicht stellen die Anteile dar, in denen die Verwaltungsrichter des jeweiligen Landes bzw. die entsprechenden Planstellen dem Obergerverwaltungsgericht/Verwaltungsgerichtshof und den Verwaltungsgerichten im Jahre 1985 zugewiesen gewesen sind.

	<u>OVG/VGH</u>	<u>VG</u>
Baden Württemberg	29,2 %	70,8 %
Bayern	29,8 %	70,2 %
Hessen	25,7 %	74,3 %
Niedersachsen und Schleswig-Holstein	21,9 %	78,1 %
Nordrhein-Westfalen	19,4 %	80,6 %

3.2

BesGr. A 15 (Regierungsdirektor)

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 14 (Oberregierungsrat)

3.3

BesGr. A 14 (Oberregierungsrat)

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 13 (Regierungsrat)

zu 3.2 und 3.3

Die Hebungen erfolgen unter Anwendung der bindenden Stellen-
schlüssel und der dreijährigen Phasenverschiebung.

3.4

BesGr. A 6 (Regierungssekretär)

4 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 5 (Regierungsassistent),
bereits vollzogen im Haushaltsvollzug 1986 unter Ausschöpfung
der Ermächtigung gem. § 7 a Abs. 5 Haushaltsgesetz 1986

3.5

BesGr. A 5 (Erster Justizhauptwachtmeister)

3 Stellen - davon 1 mit Amtszulage gem. Fußnote 5 zur
BesGr. A 5 - aus BesGr. A 4 (Justizhauptwachtmeister) im
Rahmen der Schlüsselung.

4. Umwandlungen:

4.1

BesGr. R 2 (Vorsitzender Richter am VG)

1 Stelle - ohne Besoldungsaufwand - umgewandelt aus BesGr. R 2
(Richter am OVG - ohne Besoldungsaufwand) zur stellenmäßigen
Führung eines an das Justizministerium NRW abgeordneten
Richters.

4.2

VergGr. IX a/IX b BAT (Hausmeister)

1 Stelle des sonstigen Dienstes der LGr. II MTL II künftig umzuwandeln in eine Stelle IX a/IX b BAT für das Verwaltungsgericht Minden. Mit der Realisierung des ku-Vermerks ist im Verlauf des Haushaltsjahres 1987 zu rechnen.

4.3

Lohngruppe II MTL II (Reinigungsdienst)

3 ku-Vermerke aus 1986 weggefallen.

5. Zusammenfassende Darstellung über den Stellenabbau

a)

Stellenabbau 1982

Am Stellenabbau war die Verwaltungsgerichtsbarkeit beteiligt mit

8 Stellen Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 1)

1 Stelle Regierungsinspektor (BesGr. A 9)

1 Stelle Regierungsassistent (BesGr. A 5)

9 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)

1 Stelle Arbeiter (- Reinigungsdienst (LohnGr. II MTL).

Die Schreibdienststellen sowie die Arbeiterstellen sind bereits ab 1.1.1982 weggefallen. Für die Richterplanstellen sind am 31.12.1982 Stellen für Richter auf Probe weggefallen; die Planstellen wurden wegen der hohen Zahl von anstellungsreifen Nachwuchskräften weiterhin benötigt.

Die Stelle Regierungsinspektor wurde zwischenzeitlich im Haushaltsjahr 1983 ebenfalls erwirtschaftet; der kw-Vermerk bei der Planstelle Regierungsassistent (Einsparung aus 1982) ist durch die Absenkung der Anwärterstellen realisiert worden.

b)

Stellenabbau 1983

Ihm unterlagen

- 4 Stellen Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 1)
- 5 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)
- 1 Stelle Angestellte - einfacher Dienst - (VergGr. IX b//XBAT).

Die letztgenannte Stelle entfiel bereits ab 1.1.1983.

Die übrigen Stellen hatten Wegfallvermerke erhalten.

Die 4 Stellen der BesGr. R 1 (Richter am Verwaltungsgericht) sind - im Bereich der Richter auf Probe - inzwischen fortgefallen, gleichfalls die vorgenannten 5 Hilfsstellen des Schreibdienstes.

c)

Stellenabbau 1984

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit nahm am Stellenabbau 1984 mit 15 Stellen teil, nämlich

- 6 Stellen Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 1)
- 1 Stelle Regierungsassistent (BesGr. A 5)
- 7 Stellen Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)
- 1 Stelle Arbeiter - Arbeiterin im Reinigungsdienst -
(LohnGr. II MTL II).

Die Einsparungsaufgabe ist erfüllt, nachdem die Stellen zum Ablauf des Jahres 1984 weggefallen sind.

d)

Stellenabbau 1985

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit war unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten vom Stellenabbau ausgenommen.

e)

Stellenabbau 1986

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit waren 4 Stellen abzubauen, und zwar

- 2 Stellen Richter am Verwaltungsgericht (BesGr. R 1)
- 1 Stelle Angestellte - Bürodienst - (VergGr. VI b/VII BAT)
- 1 Stelle Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT)

--
4.

Die Einsparungen wurden im Verlauf des Haushaltsjahres 1986 erbracht; die Stellen wurden in Abgang gestellt.

VI.

Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster
- Kapitel 04 080 -

Stellenübersicht

	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt		+/-
					1987	1986	
Planmäßige Beamte	161	32	34	3	230	227	+ 3
Beamte Hilfskräfte		8	7		15	12	+ 3
Angestellte		3	77	9	89	92	- 3
Arbeiter				2	2	2	
Titelgruppen:							
Angestellte							
Arbeiter							
Insgesamt	161	43	118	14	336	333	+ 3
Beamte im Vorbereitungsdienst							
Auszubildende							

Der Justizminister des Landes NRW
 Dienststelle

Kapital 04 080

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

d a v o n

es. Gruppe	Amtebezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	Unterw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
		1987	1986					
	2	3	4	5	6	7	8	9
R 5	Präs. d. FG	3	3	3				
R 3	Vizepräs. d. FG	3	3	3				
	Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage							
	Vors. Ri. am FG	34	34	33				
R 2	Richter am FG	118	115	108		3		
A 14	Oberregierungsrat	2	-	-				
A 13	Regierungsrat	1	3	2				
höherer Dienst insg.		161	158	149		3		
A 13	Regierungsoberamtsrat	3	3	3				
A	Regierungsamtsrat	6	6	6				
A 11	Regierungsamtmann	9	9	8				
A 10	Regierungsoberinspektor	9	8	7				
A 9	Regierungsinspektor	5	6	6		3	2	
gehobener Dienst insges.		32	32	30		3	2	
insgesamt								

merkmale: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 1987

Bes. Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung 01.07.86	davon			
		1987	1986		Untarw. bes. mit plann. Beamten	beamtete Hilfskr.	Angest.	Arbeiter
	2	3	4	5	6	7	8	9
A 9	Regierungsamtsinspektor 3 (3) erhalten eine Amtszulage	8	8	7				
A 8	Regierungshauptsekretär	7	7	6	2			
A 7	Regierungsobersekretär	8	8	5		3		
A 6	Regierungssekretär	9	9*	9		6		
A 5	Regierungsassistent	2	2	1			1	
mittlerer Dienst insgesamt		34	34	28	2	9	1	
A 5	Erster Justizhauptwachtreister	3	3	3				
Planstellen		230	227	210	2	15	3	
* einschließlich der im Haushaltsvollzug 1986 bereits gemäß § 7 a Abs. 5 HG gehobenen Stellen								
insgesamt								

merkmale: Zu Sp. 3-9: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.
 Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamten sind auf den Planstellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden. Gleiches gilt für die auf Planstellen geführten beamteten Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter.

Übersicht

Über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 19 87 Stichtag: 1.7.1986

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jeder Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			davon	
	1987	1986	Istbesetzung 01.07.1986	Angestellte	Arbeiter
a) Beamte zur Anstellung (z. A.) [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.) usw.]					
A 9 Reg.-Insp. z. A.	8	8	2		
A 5 Reg.-Ass. z. A.	7	4	-		
Zusammen a)	15	12	2		
b) sonstige Beamte [Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
c) abgeordnete Beamte					
A 15 (RegDir.) aus Kap. 12050	1	1	1		
A 9 (Insp.) aus Kap. 12 050					
Zusammen b) c)	1	1	1		
Insgesamt:	16	13	3		
Die beamteten Hilfskräfte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.					

Der Justizminister des Landes NRW

Anlage 3
(Angestellte)

Dienststelle

Kapital 04 080

Übersicht

Stichtag: 1.7.1986

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Angestellte -

Vergütungsgruppe	Stellen f. Angestellte			davon	
	19 87	19 86	Istbesetzung am 01.07.1986	unterwertig besetzt m. Ange- stellten	besetzt mit Arbeitern
1	2	3	4	5	6
V b	3	3	3		
V b/V c	1	1	1		
V c	4	4	3		
VI b	20	20	18		
VI b/VII	11	12	9	2	
VII/VIII	41	44	44	2	
IX a/IX b	9	8	8		
Vd besch. außertarifl. Angestellte					
Zusammen	89	92	86	4	
Auszubildende					

Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungen und Vergütungsgrundlage anzugeben.
 Zu Spalte 4: Angestellte sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden; gleich-
 gilt für Arbeiter auf Angestelltenstellen.

Der Justizminister des Landes NRW

Dienststelle

Kapital 04 080
Stichtag: 1.7.1986

Übersicht

Über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 1987

- Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			
	1987	1986	Istbesetzung am 01.07.1986	davon unter- wertig besetzt
1,	2	3	4	5
VI	2	2	2	
Zusammen	2	2	2	
Aufzubildende	-	-	-	

Anmerkung:

Zu Spalte 4: Arbeiter sind auf den Stellen nachzuweisen, auf denen sie geführt werden.

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		mittlerer Dienst	

1 Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst veranschlagt bei

1.1 Soll 1986 bei Kap. 04 040

1.2 Ist per 1.7.1986 11

1.3 Abgang 1.7. bis 31.12. 1986) 7

- davon:

1.31 wegen Bestehens der Laufbahnprüfung () (0) (7) ()

1.32 aus sonstigen Gründen () (0) (-) ()

1.4 Einstellung 1.1.7 bis 31.12. 1986 *) -

1.5 Stand am 31.12.1986 (1.2 - 1.3 + 1.4) 4

1.51 Freie Stellen (1.1 - 1.5) -

1.6 Abgang bis 31.12.1987 *) 4

- davon:

1.61 wegen Bestehens der Laufbahnprüfung () (0) (4) ()

1.62 aus sonstigen Gründen () (0) (-) ()

1.7 Zugang bis 31.12.1987 durch Einstellung *) -

1.8 Stand am 31.12.1987 (1.5 - 1.6 + 1.7) 0

1.81 Gegenüber Soll 1986 -

1.811 freie Stellen -

1.812 Stellenmehrbedarf -

Aufgliederung der Zu- und Abgänge 1987 (1.6 und 1.7) nach Einstellungs- bzw. Prüfungssterminen

Zugang Einstellungstermine

Abgang Prüfungstermine

August 1987

Berechnungsschema für Stellen und Planstellen

Blatt 2

		Leufbahngruppe ggf. Fachrichtung	
		mittl. Dienst	
2	Stellen für Beamte z.A.		
2.1	Soll 1986	4	
2.2	Ist per 1.7.1986	9	
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:		
2.21	Angestellte		
2.22	Arbeiter		
2.3	Abgang 1.7. bis 31.12.1986*)	3	
	- davon:		
2.31	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	3	
2.32	aus sonstigen Gründen	-	
2.4	Zugang 1.7. bis 31.12.1986*)	7	
	- davon:		
2.41	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.31); höherer Dienst: Einstellung	7	
2.42	aus anderen Verwaltungen		
2.5	Stand 31.12.1986 (2.2 - 2.3 + 2.4)	13	
2.51	freie Stellen (2.1 - 2.5)	-	
2.6	Abgang bis 31.12.1987*)	6	
	- davon:		
2.61	wegen Beendigung der Probezeit (Anstellung)	6	
2.62	aus sonstigen Gründen		
2.7	Zugang bis 31.12.1987*)	4	
	- davon:		
2.71	geprüfte Anwärter (siehe Ziff. 1.61); höherer Dienst: Einstellung	4	
2.72	aus anderen Verwaltungen		
2.8	Stand am 31.12.1986 (2.5 - 2.6 + 2.7)	7	
2.81	Gegenüber Soll 1986	4	
2.811	freie Stellen	-	
2.812	Stellenmehrbedarf	3	
2.9	Von den Stellen (2.1 - 2.8) werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:		
2.91	Angestellte		
2.92	Arbeiter		

11-4
-7
4 Stellenführung in Planstellen
aufgabenkritischer Zugang
aus
HH 1987 (Umwandlung aus Hilfsstellen für Angestellte)

*) geschätzt

Berechnungssachens für Stellen und Planstellen

Laufbahngruppe ggf. Fachrichtung			
		mittl. D.	
<hr/>			
		34	
<hr/>			
		24	
<hr/>			
3	Planstellen		
3.1	Soll 1986		
3.2	Ist per 1. 7.1986		
	- davon sind unabweisbar in Anspruch genommen durch:		
3.21	Angestellte	{ }	{ 1 }
3.22	Arbeiter	{ }	{ 5 }
3.23	Beamte z.A.	{ }	{ }
<hr/>			
3.3	Abgang 1. 7. bis 31.12. 1986*)		
	- davon:		
3.31	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ }	{ - }
3.32	Aufstieg zum mittleren/gehobenen/höheren Dienst	{ }	{ - }
3.33	aus sonstigen Gründen	{ }	{ - }
<hr/>			
3.4	Zugang 1. 7. bis 31.12. 1986*)		5
	- davon:		
3.41	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.31)	{ }	{ 3 }
3.42	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ 2 }
3.43	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	{ }	{ }
<hr/>			
3.5	Stand am 31.12. 1986(3.2 + 3.3 + 3.4)		29
3.51	Freie Stellen (3.1 - 3.5)		5
<hr/>			
3.6	Abgang bis 31.12. 1987*)		1
	- davon:		
3.61	wegen Erreichens der Altersgrenze	{ }	{ 1 }
3.62	aus sonstigen Gründen	{ }	{ }
<hr/>			
3.7	Zugang bis 31.12. 1987*)		
	- davon:		
3.71	durch Anstellung (siehe Ziff. 2.61)	{ }	{ 6 }
3.72	aus anderen Verwaltungen	{ }	{ - }
3.73	durch Aufstieg aus einfachen/mittlerem/gehobenem Dienst	{ }	{ - }
<hr/>			
3.8	Stand am 31.12. 1987		34
3.81	Gegenüber Soll 1986		34
3.811	Freie Stellen		-
3.812	Stellenmehrbedarf		-
<hr/>			
3.9	Von den Planstellen werden unabweisbar in Anspruch genommen durch:		
3.91	Angestellte		
3.92	Arbeiter		
3.93	Beamte z.A. (abgeordn. Beamte)		

*) geschätzt

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anlage 5

Dienststelle

Kapitel 0408 0

Übersicht

über die Beamten im Vorbereitungsdienst
und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)
für das Haushaltsjahr 1987

(Nur aufzustellen von Verwaltungszweigen, die Beamte zur Ausbildung annehmen)

Übersicht über die Beamten im Vorbereitungsdienst und über die Beamten zur Anstellung (z. A.)

	Beamte im Vorbereitungsdienst (Titel 422 2)							Beamte zur Anstellung (Titel 422 1)						
	Stellen- zahl 1986	Vorgesehene Neu- einstellungen im Haushaltsjahr		Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten im Vorbereitungsdienst, die eingestellt und im Haushaltsjahr				Stellen- zahl 1986	Zahl der am 1.7. 1986 vorhandenen Beamten zur Anstellung, deren Probearbeit (§ 6 LVO) begonnen hat im Haushaltsjahr					
		1987	1986	1985	1984	1983	1982 und früher		ins- ge- samt	1985	1984	1983	1982 und früher	ins- ge- samt
Kapitel 040 0														
Höherer Dienst														-
Gr. A 13 bis B 10														-
richterl. Dienst R 2 bis R 6														-
Gehobener Dienst Gr. A 9 bis A 13	* 1)	-	3	3	3	5	2	13	8	3	2	-	-	5
Mittlerer Dienst Gr. A 5 bis A 9	* 2)	-	-	3	7	1	-	11	4	6	3	-	-	9
Einfacher Dienst Gr. A 1 bis A 5														-
Kapitel ...														
Höherer Dienst Gr. A 13 bis A 16														
Gehobener Dienst Gr. A 9 bis A 13														
Mittlerer Dienst Gr. A 5 bis A 9														
Einfacher Dienst Gr. A 1 bis A 5														

1. Die Beamten im Vorbereitungsdienst und die Beamten zur Anstellung sind nach dem dienstrechtlichen und den verschiedenen technischen Laufbahnen getrennt aufzuführen und entsprechend zu kennzeichnen.
 2. Soweit Anwärter über den eigenen Bedarf des Landes hinaus angenommen werden, ist der eigene Bedarf in Klammern anzugeben.

- * 1) im Einzelplan 12 veranschlagt
- * 2) im Kapitel 04 040 veranschlagt

1. Wirksamwerden von kw-Vermerken

1 Stelle VergGr. VII/VIII BAT aus der Einsparung 1986.

2. Neue Stellen:

2.1

BesGr. R 2 (Richter am Finanzgericht)

3 Stellen

Die Einrichtung weiterer Stellen für Richter ist aus Gründen der auch im Jahre 1985 weiter angestiegenen Eingangszahlen - trotz wiederum auch gestiegener Erledigungszahlen - dringend geboten. Die Zahl der Eingänge stieg in den Hauptsacheverfahren um 4,23 % auf 17.925, in den Eilverfahren um rd. 5 % auf 2604. Trotz der deutlichen Zunahme der Erledigungen um 5,53 bis 5,62 % hat der Bestand am Jahresende in den Hauptsacheverfahren wiederum zugenommen, und zwar um 6,42 %. In diesem Bereich sind damit die unerledigten Bestände von 33.700 am Jahresende 1984 auf 35.863 am 31.12.1985 angewachsen. Mehr als die Hälfte der Verfahren werden erst nach mehr als 12 Monaten und ca. 25 % aller Klagen erst nach einer Erledigungsdauer von mehr als 3 Jahren erledigt.

2.2

BesGr. A 5 (Regierungsassistent z. A.)

3 Stellen gegen Wegfall von 3 Hilfsstellen für Angestellte (1 der VergGr. VI b/VII BAT, 2 der VergGr. VII/VII BAT) zur Übernahme geprüfter Anwärter.

2.3

VergGr. IX a/IX b BAT (sonstiger Dienst)

1 Stelle für einen Boten (bei der neu einzurichtenden Nebenstelle des Finanzgerichts Münster).

3. Hebungen

3.1

BesGr. A 14 (Oberregierungsrat)

2 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 13 (Regierungsrat)

3.2

BesGr. A 10 (Regierungsoberinspektor)

1 Stelle durch Hebung aus BesGr. A 9 (Regierungsinspektor)

zu 3.1 und 3.2

Die Hebungen erfolgen unter Anwendung der bindenden Stellenschlüssel und der dreijährigen Phasenverschiebung.

3.4

BesGr. A 6 (Regierungssekretär)

7 Stellen durch Hebung aus BesGr. A 5 (Regierungsassistent), bereits vollzogen im Haushaltsvollzug 1986 unter Ausschöpfung der Ermächtigung gem. § 7 a Abs. 5 Haushaltsgesetz 1986

4. Zusammenfassende Darstellung über den Stellenabbau:

a)

Stellenabbau 1982

Vom Stellenabbau waren in der Finanzgerichtsbarkeit 5 Stellen betroffen, und zwar

3 Planstellen Richter am Finanzgericht (BesGr. R 2)

1 Planstelle Regierungsinspektor (BesGr. A 9)

1 Stelle Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII RAT).

Die Schreibdienststelle ist zum 1.1.1982 in Abgang gestellt worden. Die Wegfallvermerke bei den übrigen Stellen konnten durch die Umsetzung freier Stellen im Haushalt 1984 realisiert werden.

b)

Stellenabbau 1983

Er umfaßte in der Finanzgerichtsbarkeit 3 Richterplanstellen (BesGr. R 2) und eine weitere Schreibdienststelle der VergGr. VII/VIII BAT.

Auch diese Wegfallvermerke sind im Haushaltsat 1984 realisiert worden.

c)

Stellenabbau 1984

3 Stellen hatten kw-Vermerke, und zwar

2 Stellen Richter am Finanzgericht (BesGr. R 2)

1 Stelle Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT).

Die Einsparungsaufgabe wurde - wie zu b) - erfüllt.

d)

Stellenabbau 1985

Die Finanzgerichtsbarkeit war unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten vom Stellenabbau ausgenommen.

e)

Stellenabbau 1986

Auf die Finanzgerichtsbarkeit entfiel

1 Stelle Angestellte - Schreibdienst - (VergGr. VII/VIII BAT).

Die Einsparungsaufgabe wurde im Verlauf des Haushaltsjahres 1986 erbracht; die Stelle wurden in Abgang gestellt.

C.

Darstellung des Personalbedarfs im Einzelplan 04 000 (Justizminister)

mit den vergleichenden Zahlen des Stellenist aus dem Haushalt 1986 und dem im Haushaltsentwurf 1987 enthaltenen Stellensoll

- Die Arbeitsaufgaben sind nach dem für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.1985 vorliegenden Übersichten berechnet -

I.

Justizministerium NW (Kapitel 04 010)

Eine Personalbedarfsrechnung mit festgelegten Bewertungszahlen für die einzelnen Arbeitsaufgaben gibt es für das Justizministerium nicht. Der Personalbedarf wird nach der tatsächlichen Arbeitsbelastung, gemessen an dem regelmäßigen Geschäftsanfall in den Referaten, festgestellt.

Personalbedarfsberechnungen für die Landesministerien können (falls überhaupt) unter allgemeinverbindlichen Bewertungsgrundsätzen nur gemeinsam für alle Ressorts aufgestellt werden. Diese sind bisher nicht vorhanden.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat jedoch der Landesrechnungshof NRW durch seine Vergleichende Untersuchungen zum Inneren Dienst und zum Allgemeinen Verwaltungsdienst (OPH-Untersuchung) getan.

Eine ausführliche Darstellung über das Ergebnis der Prüfung des Inneren Dienstes im Justizministerium findet sich im Erläuterungsband zum Haushaltsentwurf 1985 (Vorlage 9/2015, S. 14 - 20), auf den zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug genommen wird, sowie im Abschnitt F "Justizministerium" dieses Erläuterungsbandes.

II.

Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kapitel 04 040)

Die Bewertungszahlen für den Personalbedarf sind Durchschnittswerte, die durch eine Auswertung der statistischen Daten aller Bundesländer in enger Zusammenarbeit mit der Praxis ermittelt worden sind. Länderspezifische und örtliche Besonderheiten des Geschäftsanfalls sind nicht berücksichtigt. Der für das einzelne Land oder einen Bezirk errechnete Gesamtbedarf stellt einen Annäherungswert dar.

Die Grundsätze dienen der Ermittlung des Personalbedarfs im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung sowie der koordinierten Auswertung der Geschäftszahlen des/der einzelnen Gerichts/e - Staatsanwaltschaft/en als Anhalt für die gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung.

Sie sind als Durchschnittswerte nicht geeignet, die zumutbare Arbeitsbelastung des einzelnen oder eines Spruchkörpers zu bestimmen. Örtlichen Besonderheiten (Struktur des Gerichtsbezirks, Verfahrensstruktur, personelle Verhältnisse) können die Bewertungszahlen nicht Rechnung tragen.

Die Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung können nicht die Verpflichtung der Präsidien/Behördenleiter ersetzen, alle Geschäfte nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des einzelnen zu verteilen.

1.

Personalbedarfsberechnungen für Richter und Staatsanwälte

Seit 1975 gilt für die Ermittlung des Bedarfs an Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten ein bundeseinheitliches Berechnungssystem, das im Auftrag der Justizministerkonferenz von einer Kommission der Landesjustizverwaltungen erarbeitet wurde. Dieses neue Berechnungssystem geht nicht - wie früher - von der erledigten Arbeit (z. B. der Zahl der durch Urteil oder Vergleich erledigten Zivilprozeßsachen oder der Zahl der durchgeführten Hauptverhandlungen in Strafsachen), sondern von der zu erledigenden Arbeit aus (z. B. der Zahl der Neuzugänge an Zivilprozeßsachen oder der Zahl der Anklagen). - Es ist damit zeitnäher, weil die Eingänge den Umfang der zu bewältigenden Arbeit bestimmen, nicht jedoch die tatsächlich erreichten Erledigungen.

In die Berechnungen ist vorerst zusätzlich der tatsächliche Einsatz in Familiensachen als Bedarf aufgenommen worden. Die Kommission der Landesjustizverwaltungen hat zwar vorläufig eine Bewertungszahl für die bei den Amtsgerichten anhängig werdenden Familiensachen zur Erprobung festgelegt. Diese findet jedoch auf die hier zugrunde zu legenden Geschäftszahlen 1985 noch keine Anwendung.

Auf der Grundlage des neuen bundeseinheitlichen Berechnungssystems und des tatsächlichen Einsatzes in Familiensachen ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf an Richtern bei

- A. den Oberlandesgerichten,
 - B. den Landgerichten,
 - C. den Amtsgerichten
- sowie an Staatsanwälten bei
- D. den Generalstaatsanwaltschaften,
 - E. den Staatsanwaltschaften.

A.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den
Oberlandesgerichten

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1	Gewöhnliche Berufungen	15.795	54	292,50
2	Entschädigungs- und Rückerstattungssachen		tats. Einsatz	1,51
3	Beschwerden in Land- wirtschaftssachen, in An- gelegenheiten der freiwilli- gen Gerichtsbarkeit ein- schließlich der Kostensa- chen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO sowie Anträge nach § 23 EGGVG	970	85	11,41

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
4	sonstige Beschwerden	7.098	180	39,43
			Zwischensumme A.	<u>344,85</u>
B.	<u>Familiensachen</u>			
1	Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen und sonstige Beschwerden		tats. Einsatz	106,88
C.	<u>Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
1	Verfahren erster Instanz		tats. Einsatz	8,00
2	Revisionen, Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung von Rechtsbeschwerden	3.403	120	28,36
3	Allgemeine Beschwerden einschließlich der Kostenbeschwerden und Anträge nach § 23 EGGVG	5.922	280	21,15

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
4	Haftprüfungsverfahren	1.262	210	6,01
5	Auslieferungsverfahren	69	100	0,69
6	Anträge nach § 99 BRAGebO	758	300	2,53
7	Klageerzwingungsverfahren einschließlich der Anträge auf Bewilligung der Prozeßkostenhilfe	456	200	2,28
			Zwischensumme C.	<u>69,02</u>
D.	<u>Zuschlag für Verwaltungsarbeit</u>		tats. Einsatz	27,5
			Zwischensumme A - D:	<u>548,30</u>
E.	<u>Ausbildung</u>			
1	Referendararbeitsgemeinschaften Zahl der hauptamtlichen Leiter von a) zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	4	x 0,50	2,00

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
	b) strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	0	x 0,25	--
2	Einführungslehrgänge		tatsächliche Freistellung	--
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate: ... 2831	x 0,1 je 12 Monate Referen- darzeit	23,59
			Zwischensumme E.	<u>25,59</u>
F.	Schwerbehinderte	Anzahl: 23	x 0,10 insgesamt:	2,30 <u>576,19</u>

B.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den Landgerichten

I.

Personalbedarf aufgrund Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1	Gewöhnliche Zivilsachen erster Instanz	84.111	125	672,89
2	Verfahren erster Instanz vor der Kammer für Handelssachen	18.998	185	102,69
3	Gewöhnliche Berufungen	26.234	125	209,97
4	Berufungen vor der Kammer für Handelssachen	305	185	1,65
5	Beschwerden	21.961	200	109,81
6	Entschädigungs- und Rück- erstattungssachen		tats. Einsatz	3,70
				Zwischensumme A. <u>1.100,61</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
B.	<u>Strafsachen</u>			
1	Anklagen vor dem Schwurgericht	345	12	28,75
2	Anklagen vor der Großen Strafkammer und Jugendkammer	3.549	30	118,30
3	Anklagen vor allen Spruchkörpern mit mehr als 10 Hauptverhandlungstagen	tatsächlicher Einsatz	zusätzlicher	114,33
4	Berufungen vor der Großen Strafkammer und der Jugendkammer	6.842	65	105,26
5	Berufungen vor der Kleinen Strafkammer	9.954	195	51,05
6	Beschwerden einschließlich Kostenbeschwerden	20.399	400	51,00
7	Verfahren vor der kleinen Strafvollstreckungskammer	17.154	700	24,51
8	Verfahren vor der großen Strafvollstreckungskammer	5.817	350	16,62
9	<u>Gnadensachen</u>	10.041	1.400	7,17
		Zwischensumme B	:	<u>516,99</u>
		Zwischensumme A - B:		<u>1.617,60</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
C. <u>Verwaltung</u>				
1	Zahl der Behördenangehörigen	6.102	x 0,007	42,71
2	Zahl der Richter des eigenen Gerichts	1.296	x 0,01	12,96
3	Zahl der Richter der nachgeordneten Amtsgerichte	1.389	x 0,02	27,78
4	Pressestelle	tats. Einsatz	bis 0,30	5,50
		Zwischensumme C.		<u>88,95</u>
D. <u>Ausbildung</u>				
Referendararbeitsgemeinschaften				
1	Zahl der hauptamtlichen Leiter von			
	a) zivilrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	10	x 0,50	5,00
	b) strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaften	1	x 0,25	0,25
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung		1,00

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate 6.917	x 0,1 je 12 Monate Referen- darzeit	57,64
			Zwischensumme D.	<u>63,89</u>
E	Schwerbehinderte	Anzahl: 75	x 0,10	7,50
			insgesamt:	<u>1.777,94</u>

C.

Berechnung des Personalbedarfs im richterlichen Dienst bei den
Amtsgerichten

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1	Zivilprozeßsachen	406.917	660	616,54
2	Rechtshilfeersuchen an den Richter (auch in An- gelegenheiten der frei- willigen Gerichtsbarkeit)	24.871	1.800	13,82
3	Binnenschiffahrtssachen und Verklarungssachen	109	160	0,68
4	Anträge auf Konkurser- öffnung von Vergleichs- verfahren zur Abwendung des Konkurses	13.403	660	20,31
5	Haftanordnungen in Ver- fahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versi- cherung	176.108	11.000	16,01
6	Sonstige nicht erfaßte richterliche Geschäfte in Zivilsachen		5 % des aus Nr. 1, 3, 4, 5 errechneten Bedarfs	32,68
			Summe A.	<u>700,04</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
B.	<u>Familiensachen</u>		tats. Einsatz	344,94
C.	<u>Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>			
1	Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften	267.786	10.000	26,78
2	Andere familienrechtliche Angelegenheiten einschließlich Adoptionssachen	67.465	4.000	16,87
3	Erziehungsbeistandschaften und Fürsorgeerziehungssachen	568	500	1,14
4	Freiheitsentziehungs- und Unterbringungssachen sowie Verfahren nach § 1631 b, § 1800 BGB	25.804	500	51,61
5	Nachlaßsachen	71.948	3.200	22,48
6	Bestehende Eintragungen im Handelsregister B	102.653	2.500	41,06
7	Standesamtssachen	2.507	500	5,01
8	Landwirtschafts- und Höfesachen	3.693	350	10,55

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
9	Sonstige nicht erfaßte richterliche Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit	10 % des aus Nr. 1, 2, 5, 6 und 8 errechneten Bedarfs	Summe C.	11,77 <u>187,27</u>
D	<u>Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>			
1	Anträge auf Erlaß von Strafbefehlen	120.256	5.500	21,86
2	Verfahren vor dem Strafrichter ohne Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	106.539	500	213,08
3	Verfahren vor dem Jugendrichter ohne Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	58.457	400	146,14
4	Bußgeldverfahren und Erzwingungshaftanträge	233.705	800	292,13
5	Verfahren vor dem Schöffengericht	20.682	200	103,41
6	Verfahren vor dem Jugendschöffengericht	16.759	160	104,74

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
7	Verfahren vor dem erweiterten Schöffengericht	1.528	60	25,47
8	Vollstreckungsverfahren in Jugendgerichtsverfahren			
	a) bei der Vollstreckung von Jugendstrafen:	2.595	350	7,41
	b) bei der Vollstreckung von Jugendarrest:	14.308	1.500	9,54
9	Anträge auf Erlass sonstiger gerichtlicher Entscheidungen oder Anordnungen	171.481	2.500	68,59
10	Rechtshilfeersuchen	24.479	1.800	13,60
			Summe D.	<u>1.005,97</u>
E.	<u>Verwaltung</u>			
1	Zahl der Behördenangehörigen nach dem Stand vom 31.12.1985	17.202	x 0,007	120,41
		mindestens	0,20	

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
2	Zusätzlich bei Amtsgerichten mit einem Präsidenten: Zahl der Richter des eigenen Gerichts nach dem Stand vom 31.12.1985	372	x 0,01 Summe E.	<u>3,72</u> <u>124,13</u>
F.	<u>Ausbildung</u>			
1	Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung		0,50
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung		--
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate: 7.217,5	x 0,1 je 12 Monate Referendarzeit Summe F.	60,15 <u>60,65</u>
G.	Schwerbehinderte	Anzahl: 84	x 0,10 insgesamt:	8,40 <u>2.431,40</u>

D.
Berechnung des Personalbedarfs an Staatsanwälten bei den
Generalstaatsanwaltschaften

I.
Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A.	<u>Staatsanwaltschaft- liche Tätigkeit</u>			
1	Revisionen, Rechtsbe- schwerden und Anträge auf Zulassung der Rechts- beschwerden in Bußgeld- sachen	3.531	330	10,70
2	Beschwerden gegen Staats- und Amtsanwälte (ZS)	5.643	400	14,11
3	Beschwerden in Straf- sachen (WS)	5.770	660	8,74
4	Haftprüfungsverfahren	1.113	500	2,23
5	Aus- und Durchlieferungs- verfahren	593	100	5,93
6	Verfahrer nach der Bundes- rechtsanwaltsordnung, der Bundesnotarordnung und nach dem Steuerberatergesetz	1.926	100	19,26
7	Gnadensachen	16	600	0,03

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
8	Andere Angelegenheiten von besonderer Bedeutung (z. B. OJs-Sachen, Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften und Abbildungen, Kartellbußgeldsachen usw.)		tats. Einsatz Summe A.	5,55 <u>66,55</u>
B.	<u>Verwaltung</u> Verwaltungstätigkeit		tats. Einsatz	39,91
C.	<u>Ausbildung</u> 1. Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Anzahl der Arbeitsgemeinschaften 1	x 0,25	0,25
2	Einführungslehrgänge	tatsächliche Freistellung		--
3	Stationsausbildung	Monate: 0	x 0,1 je 12 Monate Summe C.	<u>0,25</u>
D.	Schwerbehinderte	Anzahl: 9	x 0,10	0,90
			insgesamt:	<u>107,61</u>

E.

Berechnung des Personalbedarfs an Staatsanwälten bei den
Staatsanwaltschaften

I.

Personalbedarf aufgrund der Geschäftszahlen

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbei- darf
A. <u>Staatsanwaltschaftliche Tätigkeit</u>				
1	Ermittlungsverfahren (ab- zgl. Verfahren gegen unbe- kannte Täter sowie ohne Ver- fahren nach Nr. 5	411.261	660	623,12
2	Bußgeldverfahren	7.269	3.000	2,42
3	Gnadensachen	8.476	1.000	8,48
4	Gesamtstundenzahl der Sit- zungen (ausgenommen die Verfahren nach 5)	292.595	1.760	166,25
5	a) Wirtschaftsstrafsachen (§ 74 c GVG)		tats. Einsatz	122,33
	b) NSG-Verfahren		tats. Einsatz	4,35
	c) Staatsschutzstraf- sachen (§ 74 a GVG)		tats. Einsatz	4,57
	d) Großverfahren, soweit sie nicht unter a) bis c) aufgeführt sind		tats. Einsatz	26,16
			Summe A.	<u>957,68</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
B. <u>Verwaltung</u>				
1	Zuschlag für Verwaltungsarbeit	4.799	0,40 zuzüglich 0,01 für jeden Be- hörden- ange- hörigen	55,59
2	Pressestelle		tats. Bedarf bis 0,3	5,60
			Summe B.	<u>61,19</u>
C. <u>Ausbildung</u>				
1	Referendararbeitsgemeinschaften	Anzahl der Arbeitsgemeinschaften: 6	x 0,25	1,50
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung		0,71
3	Stationsausbildung	Anzahl Monate: 5.800	0,1 je 12 Monate Referen- darzeit	48,33
			Summe C.	<u>50,54</u>
D. <u>Schwerbehinderte</u>				
		Anzahl: 43,8	x 0,10	4,38
			insgesamt:	<u>1.073,79</u>

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf an

a)		
Richter bei den Oberlandesgerichten		576,19
Landgerichten		1.777,94
Amtsgerichten		2.431,40

		4.785,53
Dazu 4 v. H. für Ausfallzeiten		191,42
Dazu für die Einarbeitung neu eingestellter Richter (93)		23,25

		5.000,20
b)		
Staatsanwälte bei den Generalstaatsanwaltschaften	107,61	
Staatsanwaltschaften	1.073,79	

		1.181,40
Dazu 4 v. h. für Ausfallzeiten		47,26
		1.228,66
Personalbedarf insgesamt		6.228,86

II.

Stellenist im Haushaltsjahr 1986 = 4.452

Stellensoll im Haushaltsentwurf 1987 = 4.474

(Die Stellen für freigestellte Personalvertretungsmitglieder und ohne Besoldungsaufwand sind nicht, Planstellen für Universitätsprofessoren zu einem Viertel mitgezählt.)

III.

Stellenfehlbestand nach dem
Haushalt 1986

= 1.776,86

Stellenfehlbestand nach dem
Haushaltsentwurf 1987

= 1.754,86

2.

Personalbedarfsberechnung für Amtsanwälte

I.

Auf der Grundlage des neuen bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf an Amtsanwälten.

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
<u>A. Amtsanwaltschaftliche Tätigkeit</u>				
1	Ermittlungsverfahren (abzgl. Verfahren gegen unbekannte Täter)	334.411	1.600	209,01
2	Bußgeldverfahren	129.252	3.000	43,08
3	Gesamtstundenzahl der Sitzungen	132.610	1.760	<u>75,35</u>
			Summe A	327,44
B. entfällt				
C. Stationsausbildung				
	Anzahl Monate	96,5	0,1 je 12 Monate Ausbildung neuer Kräfte	<u>0,80</u>
D. Schwerbehinderte				
	Anzahl: 42		x 0,10 insgesamt:	4,20 332,44

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
	Ausfallzeiten (Erkrankungen, Wehrübungen, Kur, Mutterschutz)		4 % Zwischens.	<u>13,30</u> 345,74
	Dazu			
	a) für die Einarbeitung neuer Kräfte (3)			0,75
	b) Kräfte des Amtsanwaltdienstes, die gemäß Nr. 24 Abs. 2 der Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaft zur Unterstützung von Staatsanwälten eingesetzt sind (tatsächliche Zahl) - eingesetzt bei den Schwer- punktstaatsanwaltschaften -			<u>36,10</u>
	Personalbedarf insgesamt			382,59
	II. Stellenist (Planstellen) im Haushalt 1986 (ohne 1 Stelle kw LPVG)			342
	Stellensoll (Planstellen) im Haushaltsent- wurf 1987 (ohne 1 Stelle kw LPVG)			338
	III. Stellenfehlbestand (Planstellen) nach dem Haus- halt 1985			40,59
	Stellenfehlbestand (Planstellen) nach dem Haus- haltsentwurf 1986			44,59

3.

Personalbedarfsberechnung für den gehobenen Justizdienst

Für den gehobenen Justizdienst im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit hat die von der Justizministerkonferenz eingesetzte Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung ein neues bundeseinheitliches Berechnungssystem erarbeitet, das zusammen mit einem neuen System zur Erfassung der Grundbuchsachen zunächst im Jahre 1978 in der Praxis erprobt worden ist. Bezüglich der Staatsanwaltschaften ist für den gehobenen Justizdienst ein entsprechendes Berechnungssystem erarbeitet und zu Beginn des Jahres 1979 anhand der Geschäftszahlen des Jahres 1978 erprobt worden.

Nach diesen erprobten Systemen wird die Personalbedarfsberechnung seit 1980 durchgeführt, obwohl die Bewertungszahlen für Grundbuchsachen noch nicht endgültig festliegen. Diese Maßnahme war erforderlich, da die bisher benutzten Systeme sowohl die Erfassung anderer Geschäfte als auch Doppelberechnungen für den Personalbedarf an Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten erforderten, mithin eine nicht unerhebliche Mehrarbeit verursachten.

I.

Der Personalbedarf im gehobenen Dienst bei den Oberlandesgerichten wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 180,59)

II.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
A.	<u>Zivilsachen</u>			
1	Zivilsachen erster Instanz	103,863	1.500	69,24
2	Berufungen und Beschwerden	48.500	4.000	12,13
			Summe A.	<u>81,37</u>
B.	<u>Strafsachen</u>	41.089	4.000	10,27
C.	<u>Verwaltung</u>			
1	Für Angehörige der eigenen Behörde	6.129	x 0,008	49,03
2	Für Angehörige nachgeordneter Amtsgerichte	13.572	x 0,005	67,86
3	Bezirksrevisoren			80,51
			Summe C.	<u>197,40</u>
D.	<u>Ausbildung</u>			
1	Arbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung		—
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung		—
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	295,35 Monate	0,15 je 12 Monate An- wärter- dienst	3,69

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
E.	Schwerbehinderte	Anzahl: 22	x 0,10 insges.:	2,20 <u>294,93</u>

III.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den
Amtsgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
A. Zivilsachen				
1	Mahnsachen	1.636.305	17.000	96,25
2	Zivilprozeßsachen	406.992	2.000	203,50
3	Regelunterhaltssachen, Vereinfachte Verfahren zur Abänderung von Unter- haltstiteln, Beweissiche- rungsverfahren und sonstige Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	39.341	2.000	19,67
4	Rechtshilfeersuchen an den Rechtspfleger, auch in Ange- legenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkheit	41.236	1.800	22,91
5	Verteilungsverfahren, Anträge auf Anordnung der Zwangsver- steigerung oder Zwangsver- waltung von unbeweglichen Gegenständen	30.586	90	339,84
6	Eröffnungen von Konkurs- verfahren und von Vergleichs- verfahren zur Abwendung des Konkurses	1.653	32	47,23
7	Sonstige Vollstreckungs- sachen (M)	996.337	4.500	221,41
			Summe A.	<u>950,81</u>

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
B	<u>Familiensachen</u>		tats. Einsatz	94,57
C	<u>Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u> (ohne Grundbuchsachen)			
1	Angelegenheiten, die in das Urkundsregister eingetragen werden			
	a) Urkundsregister I, II und	32.976	2.000	16,49
	b) Urkundsregister III (ohne Beratungshilfe)	83.088	1.000	83,09
2	Zur Verwahrung übergebene oder abgegebene, abgelieferte oder zur Aufbewahrung übersandte Verfügungen von Todes wegen	84.792	1.800	47,11
3	Sonstige Handlungen des Nachlaßgerichts	71.981	1.500	47,99
4	Anhängige Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften	267.786	2.600	102,99
5	Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten	64.789	3.000	21,60
6	Bestehende Eintragungen			
	a) im Vereinsregister	57.613	2.000	28,81
	b) im Handelsregister A	92.232	2.000	46,12
	c) im Handelsregister B	102.653	3.000	34,22
	d) im Genossenschaftsregister	1.745	300	5,82

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
	e) im Schiffsregister, Schiffsbauregister, Luftfahrzeugregister	2.565	1.200	2,14
7	Neueintragungen und Löschungen			
	a) im Musterregister	3.943	2.000	1,97
	b) im Güterrechtsregister	3.114	2.000	1,56
			Summe C	<u>439,91</u>
D	<u>Grundbuchsachen</u> - vorläufig - Fundstellen im Tagebuch, - Teil/Spalte)			
I.	Gewöhnliche Geschäfte			
1	Aufteilung in Raumeigentum nach § 8 WEG	15.913	2.600	6,12
2	Eigentumsänderungen	324.839	2.000	162,42
3	Belastungen	678.417	3.500	193,83
4	Löschungen und Teillöschungen	556.531	6.000	92,76
5	Veränderungen im Wohnungsgrundbuch	125.807	15.000	8,39
6	Veränderungen in sonstigen Fällen	435.470	8.000	54,43
II.	Reiheneintragungen			
7	Aufteilung in Raumeigentum nach § 8 WEG	35.378	5.200	6,80
8	Eigentumsänderungen	29.656	4.000	7,41
9	Belastungen	424.604	7.000	60,66

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
10	Löschungen und Teillösungen	92.743	12.000	7,73
11	Veränderungen im Wohnungsgrundbuch	196.349	35.000	5,61
12	Veränderungen in sonstigen Fällen	83.930	20.000	4,20
			Summe D.	<u>610,36</u>
E.	<u>Strafsachen</u>			
1	Verfahren vor dem Straf- richter, dem Schöffengericht und dem erweiterten Schöffengericht	344.579	6.600	52,21
2	Verfahren vor dem Jugend- richter und dem Jugend- schöffengericht	93.881	1.000	93,88
			Summe E.	<u>146,09</u>
F.	<u>Sonstige Angelegenheiten</u> Angelegenheiten, die nicht unter A - E erfaßt sind	2 v. H. der Summe des unter A - E er- rechneten Bedarfs (2.241,74)		44,83

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
G. <u>Verwaltung</u>				
1	Für alle Angehörigen der Behörde	17.202	x 0,015	258,03
2	Bezirksrevisoren bei Amtsgerichten	tats. Einsatz		14,75
3	Gerichtskassen	tats. Einsatz		59,21
			Summe G.	<u>331,99</u>
H. <u>Ausbildung</u>				
1	Arbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung		0,10
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung		0,43
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate: 1.900,70	x 0,15 je 12 Monate	
			Anwärterzeit	23,76
I.	Schwerbehinderte	Anzahl: 227	x 0,10	22,70
			<u>insgesamt</u>	<u>2.665,55</u>

IV.

Der Personalbedarf bei den Generalstaatsanwaltschaften wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 27,00)

V.

Berechnung des Personalbedarfs im gehobenen Dienst bei den Staatsanwaltschaften

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
A.	<u>Strafvollstreckungs-</u> <u>sachen</u>	259.439	650	399,14
B.	<u>Verwaltung</u> Für alle Angehörigen der Behörde	4.799	0,015	71,99
C.	<u>Ausbildung</u>			
1	Arbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung		
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung		0,09
3	Ausbildung am Arbeitsplatz	195,5	0,15 je 12 Monate Anwarter- zeit	<u>2,44</u>
D.	Schwerbehinderte	Anzahl: 40,4	x 0,10	<u>4,04</u>
			insges.:	<u>477,70</u>

VI.

Die weiteren Zuschläge werden jeweils den nach den Teilen I bis V errechneten Ergebnissen des Landes hinzugerechnet. Sie sollen dazu dienen, den Bedarf an Ersatzkräften bei Personalausfällen zu ermitteln. Der Einsatz dieser Kräfte bedarf einer zentralen Steuerung; deshalb ist nur eine globale Veranschlagung möglich.

Es handelt sich im einzelnen um folgende Zuschläge:

1.

Ausfallzeiten (Erkrankungen, Wehrübungen, Kur, Mutterschutz: 0,04 je Beamten des gehobenen Dienstes des errechneten Bedarfs.

2.

Fortbildung:

Bemessung nach der tatsächlichen Freistellung.

3.

Einarbeitung neuer Kräfte:

0,24 für jeden unmittelbar nach Ablegung der Prüfung zugewiesener Rechtspfleger im Jahr der Zuweisung.

4.

Ausgleich für Tätigkeiten in Personalvertretungen:

tatsächliche Freistellung (soweit nicht besondere kw-Stellen bewilligt sind)

VII.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf

a)

bei den Gerichten:

Oberlandesgerichten	180,50
Landgerichten	294,93
Amtsgerichten	<u>2.665,55</u>
	3.140,98

Zuschläge	
Ausfallzeiten (4 %)	125,64
Fortbildung (1.218 AT)	5,54
Einarbeitung neuer Kräfte (91)	22,75
Freistellung für Personal- vertretungen	<u>17,17</u>
	3.312,08

b)	
bei Staatsanwaltschaften	
Generalstaatsanwaltschaften	27,00
Staatsanwaltschaften	<u>477,70</u>
	504,70

Zuschläge	
Ausfallzeiten (4 %)	20,19
Fortbildung (431 AT)	1,96
Einarbeitung neuer Kräfte (20,5)	5,13
Freistellung für Personal- vertretungen	3,09

Personalbedarf insgesamt 535,07
3.847,15
=====

Stellenist im Haushalt 1986	3.266
Stellensoll im Haushaltsent- wurf 1987	3.259

Stellenfehlbestand nach dem
Haushalt 1986 581,15

Stellenfehlbestand nach dem
Haushaltsentwurf 1987 588,15

(Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sowie Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht mitgezählt. Enthalten sind jedoch 2 Regierungsamtsrat- und 1 Regierungsamtmanntstelle, je 1 Stelle Bibliotheksamtmannt, Bibliotheksobertnspektor).

4.

Personalbedarfsberechnung für den Gerichtsvollzieherdienst

I.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich der nachstehend errechnete Personalbedarf an Gerichtsvollzieher

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
1	Persönliche Zustellungen	444.461	9.600	46,28
2	Zustellungen durch die Post	553,326	12.000	46,11
3	Protestaufträge	19,301	4.800	4,02
4	Zwangsvollstreckungsaufträge in Parteisachen	2.246,604	2.000	1123,30
5	Amtliche Vollstreckungsaufträge	187,263	3.600	52,01
	Personalbedarf insgesamt			1271,72
	II. Stellenist (Planstellen) im Haushalt 1986			891
	Stellensoll (Planstellen) im Haushaltsentwurf 1987			899
	III. Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1986			380,72
	Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1987			372,72

5.

Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe

I.

Mit der außerordentlich starken Zunahme der Probandenzahlen in den letzten Jahren hat die Entwicklung der Stellenzahlen für hauptamtliche Bewährungshelfer in Nordrhein-Westfalen nicht Schritt halten können.

Für die Personalbedarfsberechnung in der Bewährungshilfe wird davon ausgegangen, daß eine Richtzahl von 45 Probanden pro Bewährungshelfer zumutbar ist und einen angemessenen Betreuungserfolg gewährleistet. Danach ergibt sich nach dem Stand vom 1.7.1986 der folgende Personalbedarf:

a)

Zahl der von den Bewährungshelfern betreuten Probanden	=	40.738
Personalbedarf	=	905,28

b)

Stellen für ausschließlich in der Bewährungshilfe tätige Sozialarbeiter im Haushalt 1986	=	588
Haushaltswurf 1987	=	604

c)

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1986	=	317,28
Haushalt 1987	=	301,28

II.

Für die Gerichtshelfer und die Sozialarbeiter in der Führungsaufsichtsstelle gibt es bislang noch keine Empfehlungen für eine Personalbedarfsberechnung. 1986 sind in den Führungsaufsichtsstellen 22, in der Gerichtshilfe 40 Sozialarbeiter tätig.

III.

Die zur Abdeckung der hohen Belastung aller drei Dienstzweige neu etatisierten 19 Stellen Sozialinspektor z.A. sollen aufgabenkritisch nach dem Belastungsvergleich am 1.1.1987 zugewiesen werden. Dabei soll die Gerichtshilfe aus diesem Kontingent um 3 Stellen verstärkt werden um auch die letzten drei 1-Mann-Dienststellen personell angemessen auszustatten.

IV.

Neben dem gehobenen Sozialdienst sind in Einzelplan 04 Kapitel 04 040 Titel 425 60 und 426 60 Personalstellen für die Schreibkräfte der Bewährungshelfer und für die Reinigungskräfte veranschlagt.

Angesichts der vermehrten Zahl von Bewährungshelferstellen seit 1984 sind 7 neue Schreibdienststellen ausgebracht worden.

Am 1.7.1986 standen im Landesdurchschnitt den 588 Bewährungshelfern rund 14 Schreibdienstwochenstunden zur Verfügung. Damit wurde die - unverbindliche - Vorgabe von 15 Wochenstunden pro Bewährungshelfer fast erreicht.

6.

Personalbedarfsberechnung für den mittleren Justizdienst und den Schreibdienst

Für den mittleren Justizdienst und den Schreibdienst bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften hat die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung neue bundeseinheitliche Berechnungssysteme erarbeitet, die seit 1979 versuchsweise zur Anwendung kommen.

I.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Oberlandesgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des richterlichen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
1	Zivilsachen	Summe A 1 - 4 344,85	0,65	224,15
2	Familiensachen		tats. Einsatz	94,50
3	Strafsachen	Summe C 1 - 7 69,02	0,40	27,61
4	Verwaltung	PÜ 5a. - Personalverwendung Nr. 3c	tats. Einsatz	275,78
5	Schwerbehinderte	Anzahl: 34	x 0,10	3,40
			insgesamt	<u>625,44</u>

II.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Landgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des richterlichen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
1	Zivilsachen	Summe A 1 - 6 1.100,61	1,0	1.100,61
2	Strafsachen	Summe B 1 - 8 509,82	0,8	407,86
3	Verwaltung	PÜ 3a - Personalverwendung Nr. 3c	tats. Einsatz	267,90
4	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate: 515,50	0,15 je 12 Monate Anwärterzeit	6,44
5	Ausbildung in Lehrgängen	--	tats. Freistellung	--
6	Schwerbehinderte	Anzahl: 105	x 0,10	10,50
			insgesamt:	1.793,31 =====

III.

Berechnung des Personalbedarfs im mittleren und Schreibdienst bei den Amtsgerichten

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der auf- grund der Perso- nalbedarfsberech- nung benötigten Kräfte des a) richterlichen Dienstes b) gehobenen Dienstes c) richterlichen und gehobenen Dienstes	Multi- plikator	Personal- bedarf
1	Mahnsachen	b) A 1 96,25	3,30	317,63
2	Zivilprozeßsachen (einschl. H-Sachen und Rechtshilfeer- suchen)	a) A 1 + A 2 630,36 c) Richter A 1 + A 2 630,36 Rechtspfleger A 2 + A 3 + A 4 <u>246,08</u> 876,44	0,50 1,35	315,18 1.183,19

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des a) richterlichen Dienstes b) gehobenen Dienstes c) richterlichen und gehobenen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
3	In Abteilung I des Vollstreckungsregisters erfaßte Verfahren	c) Richter A 4 20,31 Rechtspfleger A 5 + A 6 <u>387,07</u> 407,38	1,20	488,86
4	In Abteilung II des Vollstreckungsregisters erfaßte Verfahren	c) Richter A 5 16,01 Rechtspfleger A 7 <u>221,41</u> 237,42	2,30	546,07
5	Familiensachen	PÜ 1 - Personalverwendung Nr. 3a	tats. Einsatz	595,14

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der auf- grund der Perso- nalbedarfsberech- nung benötigten Kräfte des a) richterlichen Dienstes b) des gehobenen Dienstes c) richterlichen und gehobenen Dienstes	Multi- plikator	Personal- bedarf
6	Grundbuchsachen	b) Summe.		
		D1 - 12 610,36	1,40	854,50
		Summe		
		D1 - 12 610,36	0,70	427,25
7	Sonstige Angelegenhei- ten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	c) Richter		
		Summe		
		C1 - 8 175,50		
		Rechtspfleger		
		Summe		
		C1 - 7 <u>439,91</u>		
		615,41	1,40	861,57
8	Strafsachen	a) Summe		
		D1 - 10 1.005,97	0,50	502,99
		Summe		
		D1 - 10 1.005,97	1,40	1.408,36

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des a) richterlichen Dienstes b) gehobenen Dienstes c) richterlichen und gehobenen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
9	Verwaltung a) AG ohne Präsident b) AG mit Präsident	c) Richter E 96,20 Rechts- pfleger G 1 <u>199,97</u> 296,17 c) Richter E 27,93 Rechts- pfleger G 1 <u>58,06</u> 85,99	1,10	325,79
10	Gerichtskassen Gerichtszahlstellen Vervielfältigungsstellen Fernsprechstellen	PÜ 1 a - Personalverwendung Nr. 3 g aa) PÜ 1 a - Personalverwendung Nr. 3 g cc) PÜ 1 a - Personalverwendung Nr. 3 g dd)	0,80	tats. Einsatz 398,38 tats. Einsatz 48,19 tats. Einsatz 47,05

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des a) richterlichen Dienstes b) gehobenen Dienstes c) richterlichen und gehobenen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
11	Sonstige nicht erfaßte Geschäfte	c) Richter A 6 + C 9 44,45 Rechts- pfleger F <u>44,83</u> 89,28	1,30	116,06
12	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate 3.279,00	0,15 je 12 Monate An- wärter- zeit	40,99
13	Ausbildung auf Lehrgängen		tats. Frei- stellung	<u>37,08</u>
14	Schwerbehinderte	Anzahl: 457	x 0,10	45,70
			insgesamt:	<u>8.628,77</u> =====

IV.

Der Personalbedarf im mittleren und im Schreibdienst bei den Generalstaatsanwaltschaften wird nach dem tatsächlichen Einsatz bemessen (= 67,80).

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des a) staats-(amts-)anwaltschaftlichen Dienstes b) gehobenen Dienstes c) staats-(amts-)anwaltschaftlichen Dienstes und gehobenen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
1	Ermittlungs- und Bußgeldverfahren, Gnadensachen	a) Staatsanwälte Summe A 1 - 3 634,02 Amtsanwälte Summe A 1 - 2 + <u>252,09</u> 886,11	1,50	1.329,17
2	Wirtschaftsstrafsachen nach § 74 c GVG, NSG-Sachen, Strafsachen nach § 74 a GVG und Großverfahren	a) Staatsanwälte A 5 157,41 d) Zahl der tatsächlich eingesetzten Wirtschaftsfachkräfte (Wirtschaftsreferenten und Buchhalter) + <u>47</u> 204,41	1,00	204,41
3	Strafvollstreckungssachen	b) A 399,14	1,80	718,45

lfd. Nr.	Bezeichnung des Geschäfts	Fundstelle für die Zahl der aufgrund der Personalbedarfsberechnung benötigten Kräfte des a) staats-(amts-)anwaltschaftlichen Dienstes b) gehobenen Dienstes c) staats-(amts-)anwaltschaftlichen Dienstes und gehobenen Dienstes	Multiplikator	Personalbedarf
4	Verwaltung	c) Staatsanwälte Summe B 1 + 2 61,19 Rechtspfleger B + <u>71,99</u> 133,18		0,80 106,54
5	Ausbildung am Arbeitsplatz	Anzahl Monate: 552,25	0,15 je 12 Monate	6,90 Anwärterzeit
6	Ausbildung in Lehrgängen		tats. Freistellung	--
7	Schwerbehinderte	Anzahl: 142,7	x 0,10	14,27
			insgesamt:	<u>2.379,74</u>

VI.

Die weiteren Zuschläge werden jeweils den nach Teil I - V errechneten Ergebnissen des Landes hinzugerechnet. Sie sollen dazu dienen, den Bedarf an Ersatzkräften bei Personalausfällen zu ermitteln. Der Einsatz dieser Kräfte bedarf einer zentralen Steuerung; deshalb ist nur eine globale Veranschlagung möglich. Es handelt sich im einzelnen um folgende Zuschläge:

1.

Ausfallzeiten (Erkrankungen, Wehrübungen, Kur, Mutterschutz); 0,06 je Bediensteten des nach I - V errechneten Bedarfs.

2.

Fortbildung:

Bemessung nach tatsächlicher Freistellung.

3.

Ausgleich für Tätigkeiten in Personalvertretungen: tatsächlicher Bedarf.

VII.

Hiernach ergibt sich folgender Personalbedarf:

a)

bei den Gerichten

Oberlandesgerichten	625,44
Landgerichten	1.793,31
Amtsgerichten	<u>8.629,88</u>
	11.047,52

Zuschläge

Ausfallzeiten (6 %)	662,85
---------------------	--------

Fortbildung (1.132)	5,15
---------------------	------

Freistellung für Personalvertretungen	<u>11,10</u>
---------------------------------------	--------------

	<u>11.726,62</u>
--	------------------

b)
bei den Staatsanwaltschaften 67,80
Generalstaatsanwaltschaften 2.379,74
Staatsanwaltschaften 2.447,54

Zuschläge 146,85
Ausfallzeiten (6 %) 0,95
Fortbildung (210 AT) 5,31
2.600,65

Personalbedarf insgesamt 14.327,27
=====

Stellenist im Haushalt 1986
11.058 (dav. 34 kw-Einsp.-1986)

Stellensoll im Haushaltsentwurf 1987 10.949

(Die Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sowie die Stellen ohne Besoldungsaufwand sind nicht mitgezählt);

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1986 3.269,27

Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1987 3.378,27

7.

Personalbedarfsberechnung für die Vollziehungsbeamten
der Justiz

I.

Auf der Grundlage des bundeseinheitlichen Berechnungssystems ergibt sich für die Vollziehungsbeamten der Justiz der nachstehend errechnete Personalbedarf

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewertungszahl	Personalbedarf
1	Vollstreckungsaufträge der Justizbehörden	209.170	3.000	69,72
2	Sonstige Vollstreckungsaufträge	70	2.000	0,04
3	Ermittlungen und Feststellungen im Auftrage der Gerichtskasse	tats. Einsatz rd.		
	Personalbedarf insgesamt			<u>31,00</u> 100,76
	II. Stellenist (Planstellen) im Haushalt 1986 (nach Erwirtschaftung der kw-Vermerke)			72
	Stellensoll (Planstellen) im Haushaltsentwurf 1987			75
	III. Stellenfehlbestand nach dem Haushalt 1986			28,76
	Stellenfehlbestand nach dem Haushaltsentwurf 1987			25,76

8.

Stellen für den einfachen Justizdienst

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat ein neues, bundeseinheitliches System für die Ermittlung des Personalbedarfs im einfachen Justizdienst nicht entwickeln können. Das früher benutzte System kann nicht mehr angewendet werden, da die benötigten statistischen Angaben nicht vorliegen und nur unter großem Personalaufwand ermittelt werden könnten.

Übergangsweise werden daher nach folgendem pauschalen System Bedarfswahlen ermittelt:

Oberlandesgerichte:	tatsächlicher Einsatz
Generalstaatsanwaltschaften:	Personalbedarf an Staatsanwälten (Summe der Abschnitte A und B) geteilt durch 4
Landgerichte:	Personalbedarf für den richterlichen Dienst (Summe der Abschnitte A bis C) geteilt durch 3,5
Staatsanwaltschaften:	Personalbedarf für den staatsanwaltlichen Dienst und den amtsanwaltlichen Dienst (jeweils Summe der Abschnitte A und B) geteilt durch 4
Amtsgerichte:	Personalbedarf für den richterlichen und den gehobenen Justizdienst (ohne Abschnitte: "Ausbildung") geteilt durch 3,9.

Hinzu treten folgende Zuschläge:

Ausfallzeiten

(Erkrankungen, Wehrübungen, Kur, Mutterschutz): + 4 % des vorstehend ermittelten Bedarfs für die Beschäftigung von Schwerbehinderten: je Schwerbehinderten 0,10

Auf der Grundlage dieses Systems ergibt sich folgender Personalbedarf im einfachen Justizdienst bei den

Oberlandesgerichten	96,10
Landgerichten	487,59
Amtsgerichten	1.285,13
Generalstaatsanwaltschaften	26,73
Staatsanwaltschaften	<u>339,18</u>
	2.234,73

Zuschläge

Ausfallzeiten	89,39
Schwerbehinderte (166)	<u>16,60</u>
Personalbedarf insgesamt	2.340,72

Stellenist im Haushalt 1986

1733* (dav. 9 kw-Einsp.
1986)

Stellensoll im Haushaltsentwurf 1987
(ohne kw-Stellen gemäß § 42 LPVG)

1725*

Stellenfehlbestand nach dem Haushalt
1986

607,72

Stellenfehlbestand nach dem Haushalts-
entwurf 1987

615,72

(*: nur Justizwachtmeisterdienst, Aushelfer und Boten)

III.

Justizvollzugsanstalten (Kapitel 04 050)

Die Bemühungen, auch für den Geschäftsbereich des Strafvollzuges die Arbeitsaufgaben in den verschiedenen Vollzugsbereichen festzulegen und zu bewerten, werden fortgesetzt.

A..

Die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung hat bislang ein bundeseinheitliches System für die Ermittlung des Personalbedarfs im Strafvollzug nicht entwickelt. Entsprechend der Forderung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", auch für den Geschäftsbereich des Strafvollzuges die Arbeitsaufgaben in den verschiedenen Vollzugsbereichen festzulegen und zu bewerten, sind - mangels anderer Berechnungsmethoden in enger Zusammenarbeit mit den Justizvollzugsämtern auf Landesebene und unter Berücksichtigung der Zielvorgaben des Strafvollzugsgesetzes die nachfolgenden Schlüsselzahlen für die einzelnen Sparten - ohne allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst - erarbeitet worden:

Justizvollzugsanstalten

a)

höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst:

aa)

Anstalten des Erwachsenenvollzuges

Belegungsfähigkeit bis	200 Plätze	1 Beamter
Belegungsfähigkeit über	200 Plätze	2 Beamte
Belegungsfähigkeit über	400 Plätze	3 Beamte
Belegungsfähigkeit über	600 Plätze	4 Beamte
Belegungsfähigkeit über	800 Plätze	5 Beamte
Belegungsfähigkeit über	1000 Plätze	6 Beamte

bb)

Jugendstrafanstalten

Belegungsfähigkeit bis	150 Plätze	1 Beamter
Belegungsfähigkeit über	150 Plätze	2 Beamte
Belegungsfähigkeit über	300 Plätze	3 Beamte
Belegungsfähigkeit über	450 Plätze	4 Beamte
Belegungsfähigkeit über	600 Plätze	5 Beamte
Belegungsfähigkeit über	750 Plätze	6 Beamte

b)

Geistliche:

je 250 Gefangene

1 Geistlicher beider großen
Konfessionen (ohne Außen-
stellen der Justizvollzugs-
anstalt Gütersloh)

c)

Ärzte:

je 300 Gefangene

1 Arzt

d)

Psychologen:

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 200 Gefangene

1 Bediensteter

Jugendlichen je 50 Gefangene

1 Bediensteter

bb)

Verbüßungsanstalten

je 75 Gefangene

1 Bediensteter

cc)

Jugendstrafanstalten

je 75 Gefangene

1 Bediensteter

e)

Pädagogen:

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 200 Gefangene 1 Pädagoge

Jugendlichen je 30 Gefangene 1 Pädagoge

bb)

Verbüßungsanstalten

je 125 Gefangene 1 Pädagoge

cc)

Jugendstrafanstalten

je 30 Gefangene 1 Pädagoge

f)

Sozialarbeiter:

aa)

Untersuchungshaft an

Erwachsenen je 75 Gefangene 1 Sozialarbeiter

Jugendlichen je 40 Gefangene 1 Sozialarbeiter

bb)

Verbüßungsanstalten

je 60 Gefangene 1 Pädagoge

cc)

Jugendstrafanstalten

je 40 Gefangene 1 Sozialarbeiter

g)

gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst:

je 60 Gefangene 1 Beamter

h)

mittlerer Verwaltungsdienst (ohne Schreib- und Fernsprechdienst):

je 30 Gefangene 1 Bediensteter

Jugendarrestanstalten

gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

je 50 Gefangene 1 Beamter

gehobener Sozialdienst

je 50 Gefangene 1 Sozialarbeiter

mittlerer Verwaltungsdienst

je 50 Gefangene 1 Beamter

Diesen Schlüsselzahlen kann nur die Bedeutung von groben Richtwerten zukommen. Dies gilt insbesondere für die besonderen Fachrichtungen, da der Zeitaufwand bei der Behandlung von Inhaftierten nicht meßbar ist.

Justizvollzugsämter

Nach dem Ergebnis der vom Landesrechnungshof veranlaßten Organisationsprüfung durch eine Kommission des Justizministeriums besteht folgender Stellenbedarf:

höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst

25 Beamte

Psychologen

2 Bedienstete

Pädagogen

2 Beamte

gehobener Sozialdienst

2 Sozialarbeiter

gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

25 Beamte

mittlerer Verwaltungsdienst

(einschließlich Schreib- und Fernsprechdienst)

43 Bedienstete

einfacher Dienst

18 Bedienstete.

B.

Personalbedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst

1.

Im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst hängen die Kriterien für den Personalbedarf nicht nur von der Art des Vollzuges und der Aufgabenstellung der einzelnen Anstalt ab (Untersuchungshaft - Strafhafte, geschlossener Vollzug - offener Vollzug, Jugendvollzug - Erwachsenenvollzug, Männervollzug - Frauenvollzug, Sozialtherapie, Justizvollzugskrankenhaus); vielmehr sind als weitere Variable die Organisation des Anstaltsbetriebes und die baulichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Diese maßgebenden Kriterien sind von Einrichtung zu Einrichtung derart unterschiedlich, daß nach übereinstimmender Auffassung aller Landesjustizverwaltungen ein einheitliches Berechnungsschema für diese Sparten ohne verbindliche Aussagekraft bleiben muß.

2.

Um genauer den Bedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst zu ermitteln, haben deshalb die für die Bewirtschaftung dieser Stellen zuständigen Präsidenten der Justizvollzugsämter bei Anlegung eines strengen Maßstabes für ihren Geschäftsbereich geprüft, welche Dienstposten in der jeweiligen Justizvollzugsanstalt zum Zeitpunkt der Überprüfung notwendig sowie mit wieviel Bediensteten und zu welchen Zeiten diese Dienstposten jeweils zu besetzen sind. Der Personalbedarf wurde sodann ermittelt, indem die Gesamtzahl der Dienststunden aus der Summe aller Dienstposten durch die Netto-Normal-Arbeitszeit dividiert wurde. Dabei wurden die "Feststellungen zur jährlichen Arbeitszeit in der Landesverwaltung" des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen vom 5. Mai 1983 (vgl. Vorlagen 9/1293 und 9/1294) zugrundegelegt, wonach die durchschnittliche Zahl der Jahresarbeitstage 206 (= 1.648 Dienststunden) beträgt. Auf der Grundlage dieses Systems ergibt sich folgender Personalbedarf im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst bei den

	allgemeiner Vollzugsdienst	Werkdienst
Justizvollzugs- anstalten	5.557	418
Jugendarrestan- stalten	108	2
Summe	5.665	420

Die zuvor angegebene Jahresdienststundenleistung des einzelnen Bediensteten in Höhe von 1.648 wird auch nach den Erkenntnissen des Landesrechnungshofes im Strafvollzugsdienst nicht erbracht. Die Bediensteten haben ihren Dienst regelmäßig zu ungünstigen Zeiten (an Wochenenden ebenso wie an Feiertagen und im Schichtdienst) zu versehen und sind während des Dienstes besonderen Belastungssituationen ausgesetzt. Nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs (a.a.O. Seite 17) weisen sie eine über dem Gesamtdurchschnitt von 11,1 Tagen liegende Krankheitsbelastung mit jeweils 13,2 Krankheitstagen aus. Hinzu kommt, daß nach 1981, dem Erhebungszeitraum, der Erholungsurlaubsanspruch ausgeweitet, Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende und - ab 1987 - zwei Tage Arbeitszeitverkürzung für alle Kräfte gewährt wird.

Nach alledem ergibt sich folgende Berechnung der durchschnittlichen Zahl der Jahresarbeitstage für den allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst:

- 221 -

- 62 -

Jahrestage 365

abzüglich:

Samstage/Sonntage 104

Feier-/Festtage 11

Ausfalltage 51,5

Jahres-Arbeitstage 198,5 = 1.588 Jahres-Arbeitsstunden

Hiernach errechnet sich für die Justizvollzugsanstalten und Jugenddarrestanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen folgender

	allgemeiner Vollzugsdienst	Werkdienst
Personalbedarf (=Stellenbedarf)	5.872	436
<u>Stellen-Ist</u> im Haushalt 1986 (ohne kw-Stellen gem. § 42 LPVG)	5.769	357
<u>Stellen-Soll</u> im Haushaltsentwurf 1987 (ohne kw-Stellen gem. § 42 LPVG)	5.745*	364*
<u>Stellenfehlbestand</u> nach dem Haushalt 1986	103	79

Stellenfehlbestand

nach dem Haushaltsentwurf

1987

127*

72*

* Differenz des Stellen-Solls zum Stellen-Ist 1986 beruht auf Umsetzungen innerhalb des Einzelplans

IV.

Fachhochschule für Rechtspflege Bad Münstereifel

1.

Lehrpersonal

Seit dem 1.8.1978 wickelt sich der Lehrbetrieb nach dem nachstehend aufgeführten Studienverlaufsplan ab.

(Der Wissenschaftsminister hat den ihm vorliegenden neuen Studienplan, der die Umstellung der bisherigen "Bruttostunden" auf Nettostunden vorsieht - d.h. ohne Berücksichtigung von Ausfallzeiten durch Feiertage pp. - aber im Ergebnis von dem bisherigen Studienverlaufsplan nicht abweicht, (vgl. Vorlage 10/177, Seite 186) bis heute noch nicht genehmigt).

Die Planung für das Studienjahr 1986/1987 geht von der Erteilung von 8.981 Netto-Unterrichtsstunden durch Richter und Beamte des höheren Dienstes und 4811 Stunden durch Beamte des gehobenen Dienstes in den Fachbereichen Rechtspflege, Konsulatssekretärdienst und Strafvollzug aus.

Diese teilen sich im höheren Dienst wie folgt auf die einzelnen Studienabschnitte auf:

Fachbereich Rechtspflege

Studium I

6 Gruppen x 806 Stunden = 4.836 Stunden

Studium II

6 Gruppen x 345 Stunden = 2.070 Stunden

Studium III

6 Gruppen x 130 Stunden = 780 Stunden

Übungen

= 200 Stunden

Konsulatssekretärdienst

Konsulatssekretär-Anwärter

22 Wochen x 30 Stunden x 3 Gruppen = 1.980 Stunden

Fachbereich Strafvollzug

(13 Wochen x 9 Stunden) =	117 Stunden	
+ (13 Wochen x 8 Stunden) =	104 Stunden	
+ (13 Wochen x 2 Stunden) =	<u>26 Stunden</u>	
	247 Stunden	<u>247 Stunden</u>
Insgesamt		9.453 Stunden
abzüglich 5 %		472 Stunden

Verbleiben:		8.981 Stunden
Dividiert 701 ¹⁾ Unterrichtsstunden:		12,79 Kräfte
zuzüglich Krankheitsausfälle		0,10 Kräfte
Tagungsteilnahme		0,10 Kräfte
Sonderbedarf FHGÖD		0,33 Kräfte
Fachkoordination		0,33 Kräfte
Verwaltung		1,50 Kräfte
Arbeitszeitverkürzung		0,14 Kräfte
Insgesamt		15,29 Kräfte
	rund	15,00 Kräfte

1)

Bei der Ermittlung des Kräftebedarfs werden 39 Unterrichtswochen im Jahr mit 18 Unterrichtsstunden wöchentlich je Lehrkraft zugrunde gelegt.

Im gehobenen Dienst ist von folgender Aufteilung auszugehen:

Studium I		
6 Gruppen x 364 Stunden	=	2.184 Stunden
Studium II		
6 Gruppen x 250 Stunden	=	1.500 Stunden

Studium III		
6 Gruppen x 180 Stunden	=	1.080 Stunden
Übungen ca.	=	200 Stunden
Strafvollzug ca.	=	<u>100 Stunden</u>
abzüglich 5 %		5.064 Stunden
		<u>253 Stunden</u>
		4.811 Stunden

dividiert 702 ¹⁾ Unterrichtsstunden	6,85 Kräfte
zuzüglich Zuschläge für Krankheitsfälle, Tagungen, Umsetzung der FHGÖD, Arbeitszeitverkürzung	<u>0,38 Kräfte</u>
Kräftebedarf	7,23 Kräfte

1)

Bei der Ermittlung des Kräftebedarfs werden 39 Unterrichtswochen im Jahr mit 18 Unterrichtsstunden wöchentlich je Lehrkraft zugrunde gelegt (702 Unterrichtsstunden pro Jahr). Die Berechnungen laut Studienverlaufsplan für den höheren und den gehobenen Dienst gestalten sich wie folgt:

a)

Faktoren für die Berechnung des Kräftebedarfs an der Fachhochschule für Rechtspflege (höherer Dienst) - Fachbereich Rechtspflege -

Unterrichtswochen pro Jahr:	39
Wochenstunden	18
Unterrichtsstunden pro Jahr:	702

Unterrichtsstunden je Gruppe* :	
im Studium I	806
im Studium II	345
im Studium III	130
Stunden für Übungen:	200
Konsultssekretär-Anwärter (je Gruppe)	
Unterrichtswochen pro Lehrgang:	22
Wochenstunden:	30
Unterrichtsstunden im Fachbereich	
Strafvollzug im Studium I je Gruppe	
1. Trimester wöchentlich:	9
2. Trimester wöchentlich:	8
3. Trimester wöchentlich:	2
Abzug für Unterrichtsausfälle:	5 %
Kräftebedarf = Gesamtstunden dividiert	702

*) laut Studienverlaufsplan

b)

Faktoren für die Berechnung des Kräftebedarfs an der Fachhochschule für Rechtspflege (gehobener Dienst) - Fachbereich Rechtspflege -

Unterrichtswochen pro Jahr:	39
Wochenstunden:	18
Unterrichtsstunden pro Jahr:	702
Unterrichtsstunden je Gruppe *) :	
im Studium I	364
im Studium II	250
im Studium III	180

Stunden für Übungen
im Studium I ca.: 200

Unterrichtsstunden Strafvollstreckungs-
recht ca.: 100

c)

Faktoren für die Berechnung des Kräftebedarfs an der Fachhoch-
schule für Rechtspflege (gehobener Dienst) - Fachbereich Straf-
vollzug -:

Unterrichtswochen pro Jahr: 39

Wochenstunden: 18

Unterrichtsstunden pro Jahr: 702

Unterrichtsstunden je Gruppe
im Studium I 366
im Studium II 252
im Studium III 130

Unterrichtsstunden im Fachbereich
Rechtspflege und Justizverwaltungsrecht 160

Abzug für Unterrichtsausfälle: 5 %

Kräftebedarf = Gesamtstunden dividiert durch 702

*) laut Studienverlaufsplan

Die Aufteilung der für das Studienjahr 1986/1987 vorgesehenen Aus-
bildungsabschnitte unter Berücksichtigung der Klassenstärken stellt
sich wie folgt dar:

Fachbereich Rechtspflege:

- Studium I (1.9.1986 - 30. 6.1987) mit 6 Klassen (im Durchschnitt mit je 20 Studenten),
- Studium III (1.8.1987 - 31. 7.1987) mit 6 Klassen (je 20 Studenten),
- Studium II (1.8.1987 - 31.12.1987) mit 6 Klassen (je 20 Studenten),

geplant:

- Studium I (1.9.1987 - 30. 6.1988) mit 6 Klassen (je 22 Studenten)

Fachbereich Konsulatssekretärdienst:

6 Monate (1 Lehrgang) mit 3 Gruppen und 22 Anwärtern.
- vom 1.10.1986 - 31.3.1987 -

Die Unterrichtsverteilung erfolgt durch 18 Dozenten (davon 12 zur Dienstleistung an die Fachhochschule abgeordnet) des höheren und 10 Dozenten des gehobenen Dienstes, von denen ein Dozent im Abordnungsverhältnis an der FHR tätig ist.

Fachbereich Strafvollzug:

- Studium I (1.9.1986 - 30. 6.1987) mit 2 Klassen (insgesamt 26-33 Studierende*)
- Studium II (1.8.1987 - 31.12.1987) mit 1 Klasse (insgesamt 21 Studierende)

- Studium III (1.5.1987 bis 31. 7.1987) mit 1 Klasse (insgesamt
24 Studierende)

* Fußnote:

Zusammenstellung der für das Studium I 1986/87 - FB Strafvollzug
- gemeldeten Teilnehmer

Bundesland:	Zahl der vorgesehenen Einstellungen
-------------	--

Saarland	1
Rheinland-Pfalz	2
Hessen	15
Niedersachsen	evtl. 2 - 4
Hamburg	7 - 10
Schleswig-Holstein	1

= 26 - 33

=====
Die für den Verwaltungsbereich eingesetzten 2 Planbeamten des gehobenen Dienstes (s. nachstehend zu Ziff. 2.)) erteilen keinen Unterricht.

2.

Verwaltungspersonal

Das Verwaltungspersonal setzt sich wie folgt zusammen:

erforderliche Planstellen und Stellen

(in Klammern die Zahlen aus dem Haushalt 1986)

I.

Leiter des Verwaltungsbereichs
(Leitung des Verwaltungsbe-
reichs; unmittelbar dem Direk-
tor der Fachhochschule unter-
stellt)

1 BesGr. A 13 (geh. D.) (1)

II.

Mitarbeiter:

1.

Aufgaben:

1 BesGr. A 9 (m. D.) (1) mit
Amtszulage

a)

rechnerische und sachliche
Feststellung der Rechnungsbelege

aa) Reisekosten in Verwaltungssachen,

bb) Trennungentschädigung,

cc) Post- und Fernsprechgebühren,

dd) Verpflegungszuschüsse,

ee) Lehrvergütung.

- b)
Verwaltung der Kasse für Privatgespräche
- c)
Verwaltung der Fundsachenstelle
- d)
Vorbereitung der Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer
- e)
Vorbereitung der Klasseneinteilung
- f)
Geschäftsprüfungen nach Weisung des Geschäftsleiters
- g)
Mitarbeit bei der Verwaltung der Dienst- und Mietwohnungen
- h)
Vorbereitungen von Kassenanweisungen, Anfertigung von Verfügungs-
entwürfen und Statistiken nach Weisung des Geschäftsleiters zusam-
men mit dem Beamten zu 1.

2.

Aufgaben:

1 BesGr. A 9 (m. D.) (1) mit
Amtszulage

- a)
Verwaltung der Auszahlungsstelle
- b)
Führung der Personalakten des Stammpersonals einschließlich der
Überwachung der Urlaubsregelung
- c)
Mitteilungen an das Landesamt für Besoldung und Versorgung

- d)
Abrechnung der Einnahmen für private Ablichtungen
- e)
Mitarbeit bei der Überlastung der Unterkünfte in Block E und der Vermietung der Garagen
- f)
Vergütung für die Benutzung der Waschanlage der Dienstwohnungsinhaber
- g)
Verwaltung der Schlüssel
- h)
Untersuchungen nach dem Bundesseuchengesetz
- i)
Vorbereitung von Kassenanweisungen, Anfertigung von Verfügungsentwürfen und Statistiken nach Weisungen des Geschäftsleiters zusammen mit dem Beamten zu 1.

3. 1 BesGr. A 9 (-)

Aufgaben: 1 BesGr. A 8 (2)

a)
Registratur

b)
Führung der Personalakten der Lehrgangsteilnehmer einschließlich der Erfassung der Unterrichtsversäumnisse sowie der Überprüfung der Klassenbücher

c)
Kanzleiabnahme

d)
Aussonderung der Akten

e)
Mitarbeiter bei der Hausverwaltung (insbesondere angemieteter Räume)

4.

Aufgaben:

1 BesGr. A 8 (1)

a)
Führung der Sachrechnungen und Bestandsverzeichnisse

b)
Mitarbeit bei der

aa)
Hausverwaltung, insbesondere Überwachung der Verkehrssicherheit und der Sauberkeit der Gebäude sowie Feststellung von Schäden

bb)
Verwaltung der Geräte und Maschinen; Überwachung des Bestandes und der Geräteverteilung, Feststellung von Schäden

cc)
Verwaltung der Bücherei

dd)
Verwaltung der Wäsche

ee)
Verwaltung der Materialien

c)
Verwaltung der Skripten, Übungsakten und Lernprogramme

d)
Postverteilung

e)
Abrechnung der Amtsverpflegung mit dem Pächter einschließlich
Führung der Anmelde- und Abrechnungslisten

III.

Schreibdienst:

(einschließlich Fernsprech-
dienst)

1 VI b BAT (1)

2 VII/VIII BAT (2)

IV.

Maschinenmeister:

1 VI b/VII BAT (1)

V.

Arbeiter:

Hausmeister

3 IV/V MTL II (3)

Gärtner

1 IV/V MTL II (1)

Reinigungsdienst

9 II MTL II (9)

V.

Verwaltungsgerichte (Kapitel 04 070)

A.

Die Justizministerkonferenz hat auf ihrer Sitzung vom 15./16.6.1976 die Kommission der Landesjustizverwaltungen für Fragen der Personalbedarfsberechnung und den Ausschuß für Justizstatistik beauftragt, u. a. auch ein einheitliches Bewertungssystem für eine Personalbedarfsberechnung im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu erarbeiten. Die Vorarbeiten hierfür sind noch nicht abgeschlossen.

Anläßlich ihrer Sitzung vom 28. - 30.11.1979 hat die Kommission folgenden Beschluß gefaßt:

"Die Kommission sah sich noch nicht in der Lage, bestimmte Bewertungszahlen vorzuschlagen, da offensichtlich die statistische Erfassung und Zuordnung der einzelnen Verfahren in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird. Dies gilt insbesondere für die Erfassung der sonstigen Verfahren, die in einzelnen Ländern zu Doppelzählungen führt (z.B. zusätzliche Zählung der Beschwerde, der nicht abgeholfen wird, in erster Instanz). Das nachstehend aufgeführte Bewertungssystem wurde mit der Maßgabe beschlossen, daß der Ausschuß für Justizstatistik gebeten wurde, eindeutige Erfassungskriterien hierzu zu entwickeln; nach Vorliegen der sich daraus ergebenden Geschäftszahlen soll das System erprobt werden."

Anläßlich ihrer Sitzung vom 23. - 25.9.1981 hatte die Kommission beschlossen:

"Die Kommission hält den in der letzten Sitzung beschlossenen Entwurf von Grundsätzen für die Personalbedarfsberechnung im richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit grundsätzlich für geeignet. Die Erprobung und endgültige Bewertung des Systems muß allerdings bis zur Einführung der Zählkartenerhebung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit zurückgestellt werden."

Die Voraussetzungen für eine einheitliche statistische Erfassung sind inzwischen erarbeitet worden und wurden seit 1982 in zwei Bundesländern erprobt. Seit dem 1.1.1983 wird das neu entwickelte System der statistischen Erfassung nach und nach auf die meisten Bundesländer ausgedehnt.

Anläßlich der Kommissionssitzung in der Zeit vom 6. - 8.9.1983 kamen die Vertreter der Landesjustizverwaltungen darin überein, von einer Festlegung von Bewertungszahlen so lange abzusehen, bis aufgrund der seit 1.1.1983 für die Verwaltungsgerichtsbarkeit neu eingeführten Zählkartenerhebung repräsentative Ergebnisse erzielt sind.

Zur Ermittlung des - für die Aufstellung sachgerechter und inhaltlich treffender Bewertungszahlen - unumgänglichen Vergleichs des Geschäftsanfalls mit dem tatsächlichen Kräfteinsatz hat der Ausschuß für Justizstatistik im Herbst 1984 die Einführung von Personalübersichten für den Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach bundeseinheitlichen Kriterien - wie sie in der ordentlichen Gerichtsbarkeit seit 1976 üblich sind - beraten. Für Nordrhein-Westfalen ist daraufhin angeordnet worden, mit Beginn des Jahres 1985 den tatsächlichen Kräfteinsatz in der Verwaltungsgerichtsbarkeit - getrennt für die einzelnen Quartale - zu ermitteln.

Nach Erhalt verwertbaren Zahlenmaterials wird Nordrhein-Westfalen in seinem Geschäftsbereich die nachstehend im Entwurf erstellten Bewertungskriterien für die Personalbedarfsberechnung im richterlichen Dienst hinsichtlich der im einzelnen bereits in Bandbreiten angegebenen Bewertungszahlen konkretisieren und erproben.

Der bisherige Entwurf einer Personalbedarfsberechnung stellt sich wie nachstehend aufgelistet dar.

Entwurf

von Grundsätzen für die Personalbedarfsberechnung im richterlichen Dienst der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Bewertungszahlen für den Personalbedarf sind Durchschnittswerte, die durch eine Auswertung der Geschäftszahlen aller Bundesländer in enger Zusammenarbeit mit der Praxis entwickelt worden sind. Sie dienen in erster Linie der Ermittlung des Personalbedarfs im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung und daneben der koordinierten Auswertung der Geschäftszahlen des einzelnen Gerichts als Anhalt für die gleichmäßige Personal- und Stellenverteilung. Sie sind nicht geeignet, die zumutbare Arbeitsbelastung des einzelnen Richters zu bestimmen. Örtlichen Besonderheiten (Struktur des Gerichtsbezirks, Verfahrensstruktur, personelle Verhältnisse) können die Bewertungszahlen nicht Rechnung tragen.

Feste Bewertungszahlen können noch nicht vorgeschlagen werden, da die Erfassung und Zuordnung des Geschäftsanfalls in den Bundesländern noch nicht einheitlich erfolgt.

I.

Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Bewertungszahl	Funstelle
	<u>richterliche Geschäfte</u>		
	Normalkontrollverfahren, Berufungen, Flurbereinigungsverfahren, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen, Beschwerden in Disziplinarverfahren (ohne Verfahren nach Nr. 4 - 6)	50-60	
	Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 VwGO sowie Beschwerden nach diesen Vorschriften (ohne Verfahren nach Nr. 4-6)	60-80	
	Sonstige Anträge und Beschwerden	110-30	
	Großverfahren		tats. Einsatz
	Numerus-clausus-Sachen		
	a) Berufungen	500-600	
	b) Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 GwVO sowie Beschwerden nach diesen Vorschriften	600-800	
	c) Sonstige Anträge und Beschwerden	1100-1300	
	Asylsachen		tats. Einsatz
	<u>Verwaltung</u>		
	Verwaltungstätigkeit		tats. Einsatz
	<u>Ausbildung</u>		
	Referendararbeitsgemeinschaften		tats. Freistellung
	Einführungslehrgänge		tats. Freistellung
	Stationsausbildung		0,1 je 12 Monate Referendarzeit

Erläuterungen:

Großverfahren nach A 4 sind nur Verfahren, die den Richter mit dem überwiegenden Teil seiner Arbeitskraft über einen längeren Zeitraum (mindestens 6 Monate) belasten.

Die Zuschläge für Ausbildung nach C 1 und 2 können nur angesetzt werden, wenn eine Vergütung für nebenamtliche Tätigkeit nicht gezahlt wird.

II.

Verwaltungsgerichte

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Bewertungszahl	Funstelle
A.	<u>richterliche Geschäfte</u>		
1	Klagen, Personalvertretungs- sachen, Disziplinarverfahren und berufsgerichtliche Verfah- ren (ohne Verfahren nach Nr. 4 - 6)	100-140	
2	Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 GwVO (ohne Verfahren nach Nr. 4 - 6)	120-160	
3	Sonstige Verfahren	200-250	
4	Großverfahren	tats. Einsatz	
5	Numerus-clausus-Sachen a) Klagen b) Anträge nach §§ 80 Abs. 5 und 123 GwVO	1000-1400 2000-2500	
6	Asylsachen	tats. Einsatz	
B.	<u>Verwaltung</u>		
1	Für alle Angehörigen der Behörde	0,005	
2	Für alle Richter der Behörde	0,01	
3	Pressestelle	tats. Einsatz	
C.	<u>Ausbildung</u>		
1	Referendararbeitsgemeinschaften	tats. Freistellung	
2	Einführungslehrgänge	tats. Freistellung	
3	Stationsausbildung	0,1 je 12 Monate Referendarzeit	

Erläuterungen:

Großverfahren nach A 7 sind solche, die den Richter mit dem überwiegenden Teil seiner Arbeitskraft über einen längeren Zeitraum (mindestens 6 Monate) belasten.

Die Zuschläge für Ausbildung nach C 1 und 2 können nur angesetzt werden, wenn eine Vergütung für nebenamtliche Tätigkeit nicht gezahlt wird.

III.

Die weiteren Zuschläge werden den nach den Teilen I. und II. errechneten Ergebnissen des Landes hinzugerechnet. Sie sollen dazu dienen, den Bedarf an Ersatzkräften bei Personalausfällen zu ermitteln. Der Einsatz dieser Kräfte bedarf einer zentralen Steuerung; deshalb ist nur eine globale Veranschlagung möglich.

Es handelt sich im einzelnen um folgende Zuschläge:

1.

Ausfallzeiten

(Erkrankungen, Wehrübungen, Kur, Mutterschutz): 0,04 je Richter des nach I. und II. errechneten Bedarfs.

2.

Fortbildung:

Bemessung nach tatsächlicher Freistellung.

3.

Einarbeitung neuer Kräfte:

0,25 für jeden neu eingestellten Richter auf Probe im Jahr seiner Einstellung.

4.

Ausgleich für Tätigkeiten in Richtervertretungen:
tatsächliche Freistellung. —

B.

Zur Zeit gibt es für die Verwaltungsgerichtsbarkeit eine Personalbedarfsberechnung mit festgelegten Bewertungszahlen für die einzelnen Arbeitsaufgaben nicht. Der Personalbedarf für die Verwaltungsgerichte wurde in der Vergangenheit - und wird zur Zeit noch - aufgrund der bundesweit durchgeführten statistischen Erhebungen über die Zahl der Eingänge, der Erledigungen und der noch anhängigen Sachen errechnet. Dabei werden jährlich die jeweils auf

einen Richter entfallenden Eingänge und Erledigungen für jedes einzelne Bundesland ermittelt und der Personalbedarf aufgrund der so gewonnenen vergleichenden Übersicht festgestellt. Die durchschnittliche Erledigungsziffer für das gesamte Bundesgebiet je Richter wird als Bewertungszahl für ein Jahrespensum zugrunde gelegt.

Die bundesdurchschnittliche Erledigungszahl nach den Verfahrenseingängen betrug im Jahre 1983 bei dem Obergerverwaltungsgericht rund 91 und bei den Verwaltungsgerichten rund 118 je Richter. Von diesen Zahlen kann weiterhin ausgegangen werden; neuere bundesweite bundeseinheitliche Erledigungszahlen liegen nicht vor. Dann ermittelt sich der Personalbedarf wie folgt:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985, <u>davon</u> (Asylsachen)* 1)	Bewertungszahl	Personalbedarf
1	Eingänge bei dem Obergerverwaltungsgericht	8.962 (1.027)	91	98,48 (11,28)
2	Eingänge bei den Verwaltungsgerichten	42.990 (5.344)	118	364,32 (45,28) 462,80 (56,56)

Zusätzlicher Bedarf für Richter, die während der Probezeit an Kreisverwaltungen, an das Obergerverwaltungsgericht zur Erprobung sowie an andere Stellen (z. B. Bundesverwaltungsgericht, Bundesjustizministerium) abgeordnet werden.

18
480,80

- * 1) Fußnote: numerus-clausus-Sachen mit 1/10 in Ansatz gebracht

Die Zahl der unerledigten Verfahren bei den Oberverwaltungs- und den Verwaltungsgerichten nimmt im Vergleich zu den Vorjahren infolge steigender Erledigungszahlen ab; die unerledigten Verfahren sind daher bei der Bedarfsbemessung nicht besonders zu berücksichtigen.

Im Vergleich zu dem vorstehend errechneten Bedarf von 480,80 Richterkräften stellt sich

das Stellen-Ist des Haushalts 1986
(nach Erwirtschaftung der kw-Vermerke
des Haushalts 1986 und der restlichen
ku-Vermerke des Haushalts 1985) mit 416

das Stellen-Soll des Haushalts 1987
mit 419

Richterkräften dar.

(Stellen ohne Besoldungsaufwand sowie Stellen für freigestellte Personalratsmitglieder sind nicht mitgezählt).

Der Stellenbedarf im gehobenen Dienst, mittleren und Kanzleidienst sowie einfachen Dienst richtet sich zur Zeit nach der tatsächlichen Geschäftsbelastung. Eine Bedarfsberechnung nach festen Schlüsselzahlen ist demnächst ebenfalls vorgesehen, ist aber abhängig von der Einführung und Anwendung der Bewertungszahlen für den richterlichen Dienst.

VI.

Finanzgerichte (Kapitel 04 080)

Die Personalbedarfsberechnung vollzieht sich hier in gleicher Weise wie bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Auf die diesbezüglichen Ausführungen wird Bezug genommen. Auch hinsichtlich der Finanzgerichtsbarkeit sind die Vorarbeiten für die Erstellung eines bundeseinheitlichen Berechnungssystems aufgenommen und vom 28. bis 30.11.1979 beraten worden.

Nach Auffassung der Kommission ist es zur Zeit noch nicht möglich, auch nur einen Rahmen für Merkmale zur Berechnung des Personalbedarfs in der Finanzgerichtsbarkeit zu bestimmen. Die außerordentlich unterschiedliche Zahl von Eingängen und Erledigungen je Richter von Land zu Land und von Jahr zu Jahr läßt es geraten erscheinen, zunächst die Ergebnisse einer bundeseinheitlichen Statistik über einen längeren Zeitraum abzuwarten. Die großen Unterschiede beruhen unter anderem darauf, daß die Arbeitsweise der Finanzämter sehr unterschiedlich ist (z.B. durch Einrichtung besonderer Rechtsbehelfsstellen), und daß die Finanzgerichte sehr unterschiedlich mit Beamten des gehobenen Dienstes ausgestattet sind. In den letzten Jahren hat außerdem die Zahl der Erledigungen ohne richterliche Sachentscheidung ständig zugenommen, dies aber wiederum ebenfalls nicht gleichmäßig in allen Bundesländern. Die tatsächlich von Richtern in solchen Verfahren geleistete Arbeit ist ebenfalls von der unterschiedlichen Arbeitsweise der Finanzämter mitbestimmt. Dies erklärt, daß in den meisten Bundesländern die

Zahl der Erledigungen je Richter in den letzten 6 bis 8 Jahren sich fast verdoppelt hat, die Zahl der Urteile je Richter im gleichen Zeitraum dagegen nur geringfügig gestiegen ist. Die Kommission sieht zur Zeit keine Möglichkeit, die Verfahren mit geringerem richterlichen Arbeitseinsatz nach statistischen Merkmalen zu erfassen.

Die beobachteten Unterschiede gleichen sich auch nicht aus, weil angesichts der verhältnismäßig niedrigen Zahl der Verfahren sich das statistische Gesetz der großen Zahl nicht auswirken kann; deswegen bietet sich zur Zeit kein Ansatzpunkt für die Ermittlung von Durchschnittswerten.

Die Kommission hat den Ausschuss für Justizstatistik gebeten, die Klagen, die Verfahren nach § 69 Abs. 2 FGO, die Verfahren nach § 114 FGO und die sonstigen Verfahren künftig einheitlich und jeweils voneinander getrennt schon bei den Eingängen zu erfassen. Wichtig erscheint der Kommission zusätzlich die besondere Erfassung der Zollsachen bei den Erledigungen. Die neue Finanzgerichts-Statistik kommt seit dem 1.1.1983 in der Mehrzahl der Bundesländer zur Anwendung. Vom 1.1.1985 an wird in der Mehrzahl der Bundesländer auch der tatsächliche Einsatz von Richterkräften nach bundeseinheitlich geltenden Personalübersichten erfaßt. Nach Sammlung und Auswertung der nach einheitlichen Richtlinien gesammelten Zahlen über einen längeren Zeitraum soll erneut geprüft werden, ob - entsprechend der Personalbedarfsberechnung für die ordentliche Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften - auch für die Finanzgerichtsbarkeit bundeseinheitliche Grundsätze einer Personalbedarfsberechnung gefunden werden können.

Die bundesdurchschnittliche Erledigungszahl nach den Eingängen der Klagen und Rechtsschutzverfahren des Jahres 1984 beträgt 112 je Richter. Von diesen Zahlen kann weiterhin ausgegangen werden; neuere bundesweite bundeseinheitliche Erledigungszahlen liegen nicht vor.

Wenn diese Erledigungszahlen der Personalbedarfsberechnung zugrundegelegt wird, ergibt sich folgende Berechnung:

lfd. Nr.	Bezeichnung der Geschäfte	Zahl der Geschäfte im Geschäftsjahr 1985	Bewer- tungs- zahl	Perso- nalbe- darf
	Klagen, sonstige Rechtsbehelfe Anträge	20.529	112* 1)	183,29

* 1) Fußnote: Bundesdurchschnitt 1984

Ein zusätzlicher Bedarf zum Abbau der Überhänge bei den Beständen ist entsprechend der allgemeinen Regelung bei den Systemen der Personalbedarfsberechnung nicht ausgewiesen.

Dem stehen gegenüber

I. Stellen-Ist des Haushalts 1986 155

II. Stellen-Soll des Haushalts 1987 158

Der Stellenbedarf im gehobenen, mittleren und Kanzleidienst sowie einfachen Dienst richtet sich zur Zeit nach dem tatsächlichen Einsatz. Eine Bedarfsberechnung nach festen Schlüsselzahlen ist demnächst ebenfalls vorgesehen.

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST JUSTIZMINISTERIUM

STAND 1.7.1986	SANITÄRBEREICH (TAGL. REIN.)	GESCHÄFTSRÄUME 1. TAGL. REIN. A. HARTBELAG	FLURE, TREPPEN PP. 36DEN, KELLER PP. 1. TAGL. REIN. A. HARTBELAG	FENSTER (ALLE 2 MONATE) A. HARTBELAG
SUMME	342,00	424,00	244,00	688,00
		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG
SUMME		2. 2-TAG. REIN. A. HARTBELAG	2. 2-TAG. REIN. A. HARTBELAG	
SUMME		4.240,00	2.441,00	
		B. TEXTILBELAG	B. TEXTILBELAG	
SUMME	342,00	4.664,00	2.685,00	688,00
(PERSBEDARF)	0,33	2,65	1,14	0,01
B. ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1986				
SUMME		1. A.		A. (HARTBEL.)
SUMME		1. B.		B. (TEXTILBEL.)
SUMME		2. A.		
SUMME		2. B.		
SUMME 1986 (PERSBEDARF)	342,00 0,33	4.664,00 2,65	1,14	0,01
C. ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1987				
SUMME		1. A.		A. (HARTBEL.)
SUMME		1. B.		B. (TEXTILBEL.)
SUMME		2. A.		
SUMME		2. B.		
SUMME 1987 (PERSBEDARF)	342,00 0,33	4.664,00 2,65	1,14	0,01
SUMME BEDARF REINIGUNGSKRÄFTE:		4,33		
DAZ. 15 % ZUSCHLAG FÜR URLAUBS- UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN pp:		0,65		
ERGIBT GESAMTBEDARF :		4,98		
VORHANDENE STELLEN		6,00		
+/-		(1,02)		

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST ORG. GERICHTE/STA

SANITÄRBEREICH (TAGL.-REIN.) GESCHAFTSRÄUME (TAGL.-REIN.) FLURE, TREFFEN PP. BÜDEN-KELLER PP. FENSTER (ALLE-2-MONATE) (ALLE-2-MONATE)

A. HARTBELAG A. HARTBELAG A. HARTBELAG

Stand 1.1.1986

OLG BUSSELDORF	6.553,30	3.334,90	20.421,50	58.760,65	2.073,55
OLG HAHN	12.480,78	16.453,80	24.769,07	97.246,48	15.889,83
GSTA HAHN	147,52			802,88	339,72
OLG KÖLN	2.434,95	1.447,19	299,71	14.616,51	2.716,08
SUMME	22.016,55	21.235,89	45.490,28	171.426,52	21.019,18

B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG

OLG BUSSELDORF	612,19		4.038,03		
OLG HAHN	1.387,99		2.582,47		
GSTA HAHN					
OLG KÖLN	4.308,63		981,32		
SUMME	6.308,81		7.601,82		

2. 2-TAG.REIN. 2. 2-TAG.REIN.

A. HARTBELAG A. HARTBELAG

OLG BUSSELDORF	91.291,50	47.827,82			
OLG HAHN	172.191,25	102.548,86			
GSTA HAHN	1.169,96	657,45			
OLG KÖLN	24.921,42	14.026,95			
SUMME	289.574,13	165.061,08			

B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG

OLG BUSSELDORF	13.608,93	6.100,71			
OLG HAHN	24.180,91	2.702,01			
GSTA HAHN	1.278,48	342,20			
OLG KÖLN	4.812,37	599,79			
SUMME	22.016,55	9.744,71	171.426,52		21.019,18

(PERSONALBEDARF)

	34,40	196,48	108,68	2,68	2,05
--	-------	--------	--------	------	------

PersB Reinigungsdienst 04 040

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST ORD. GERICHTE/STA

SANITÄRBEREICH GESCHÄFTSRÄUME FLURE, TREFFEN FF. BODEN, KELLER FF. FENSTER

21 - U-ZUWACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1986 632,08 5.923,60 993,90 484,87 (734,00)

22 0LG DF. 95,08 1. A. (tgl. Hart) 1. A (tgl. Hart) A. (HARTBEL.) (734,00)

23 0LG H. 537,00 30,50 484,87

24 0LG K. 518,00 72,76 (734,00)

25 0LG H. 548,50 557,63

26 0LG K. 1. B. (tgl. Textil) 1. B (tgl. Textil.) B. (TEXTILBEL.)

27 0LG DF. 2. A. (2-t. Hart) 2. A (2-tg. Hart) 250,00

28 0LG H. 201,92 539,98

29 0LG K. 5.000,00

30 0LG DF. 5.201,92 789,98

31 0LG H. 2. B. (2-tg. Textil.) 2. B (2-tg. Textil.)

32 0LG K. 173,18 203,92

33 0LG DF. 173,18 203,92

34 0LG H. 49.804,29 10.738,61

35 0LG K. 199,83 109,06

36 SUMME 1986 22.648,63 557,63 20.285,18

37 (FEKSBEDARF) 35,39 2,69 1,98

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST ORP. GERICHTE/STA

SANITÄRBEREICH GESCHAFTSRÄUME FLURE, TREFFEN PP. BÜDEN, KELLER PP. FENSTER

C-ZUWACHS-AN-
 REIN.-FLACHE
 IN 1987
 26,82 (104,69) (445,00)
 1.A.-(tg.Hart) 1.A (tg.Hart) A. (HARTBEL.)
 18,82 (134,69) (445,00)

OLB DF.
 OLG H.
 10,00
 1.B.-(tg.Text.) 1.B (tg.Text.) B. (TEXTILBEL.)

OLB DF.
 OLG H.
 2.A.-(2-tg.Hart) 2.A (2-tg.Hart)
 (306,65)

OLB KÖLN
 120,00 30,00
 (185,65) 30,00
 2.B.-(2-tg.Text.) 2.B (2-tg.Text.)
 85,00

SUMME 1987
 (PERSBEDARF) 22.677,45 49.702,64 10.633,92 20.285,18
 35,43 199,77 108,96 1,98

SUMME BEDARF REINIGUNGSKRÄFTE : 346,82
 DAZU 5 % ZUSCHLAG FÜR URLAUBS- 17,44
 UND KRANKHEITSVERTRETUNGEN : 366,26
 ERGIBT GESAMTBEDARF : 457,00

JAHRESNE-STELLEN 457,00
 1/- (110,74)

Persb Reinigungsdienst bewilligt

BERECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST-BEWÄHRUNGSDIENST

SANITÄRBEREICH (TAGL. REIN.)		GESCHAFTSRÄUME		FLURE, TREFFEN PF. BÜDEN, KELLER PF. FENSTER	
1. TAGL. REIN.		1. TAGL. REIN.		(ALLE 2 MONATE)	
A. HARTBELAG		A. HARTBELAG		A. HARTBELAG	
10	STAND 1.1.1986				
12	OLG-BUSSELDORF	205,99	4,12	299,61	377,99
	OLG HAMM	575,14		766,31	781,99
14	GSTA HAMM	93,70		80,95	84,50
	OLG KÖLN	874,83	4,12	1.146,77	1.244,48
16	SUMME				
			β. TEXTILBELAG	β. TEXTILBELAG	β. TEXTILBELAG
18	OLG-BUSSELDORF				
20	OLG HAMM				
22	GSTA HAMM				
	OLG KÖLN				
24	SUMME				
26	OLG-BUSSELDORF		2. 2-TAG-REIN.	2. 2-TAG-REIN.	
	OLG HAMM		A. HARTBELAG	A. HARTBELAG	
28	GSTA HAMM	1.524,16	510,19	510,19	
	OLG KÖLN	5.809,04	1.778,05	1.778,05	
30	SUMME	7.924,27	254,07	2.542,31	
32	OLG-BUSSELDORF				
34	OLG HAMM				
	GSTA HAMM	1.303,32	195,68	195,68	
	OLG KÖLN	1.771,31	335,52	335,52	
36	SUMME	1.575,68	26,67	26,67	
38	OLG-BUSSELDORF	4.650,31	557,87	557,87	
	OLG HAMM	12.578,70	3.100,18	3.100,18	
40	SUMME	874,83	1,19	1.146,77	1.244,48
	(PERSONENBEDARF)	1,37	6,07	0,02	0,12

Reinigungsdienst Bewillf

RECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST - BEWAHRUNGSHILFE

SANITÄRBEREICH GESCHAFTSRÄUME FLURE/TREFFEN PP. ROHEN/KELLER PP. FENSTER

10	B. ZUMACHS AN REIN.-FLÄCHE IN 1986	3,48	117,89	60,31	
11	OLG UF.	3,48			
16	OLG H.				
17	OSTA H.				
18	OLG K.				
19	1. A. tgl.Hart		tägl. Hartbelag	A.(HARTBEL.)	
20	1. B. tgl.Textil		tgl. Textilbelag	B.(TEXTILBEL.)	
21	2.A 2-tg.Hart		383,30	2-tg. Hartbelag	
22	2.B 2-tg.Textil		383,30	2-tg. Textilbel.	
23	OLG UF.				
24	OLG H.				
25	OSTA H.				
26	OLG K.				
27	SUNNE 1986 (PERBEDARF)	878,31	12.696,59	3.160,49	1.244,48
28		1,37	6,16	1,21	0,12
29			(265,41)	(2,00)	
30					
31					
32					
33					
34					
35					
36					
37					
38					
39					
40					
41					
42					
43					
44					
45					
46					
47					
48					
49					
50					

RECHNUNG DES PERSONALBEDARFS IM REINIGUNGSDIENST-REINIGUNGSHILFE

REINIGUNGSBEREICH	GESCHAFTSRÄUME	FLURE, TREPPEN PP.	BÖDEN, KELLER PP.	FENSTER
C. ZUNACHS AN REINIGUNGSFLÄCHE IN 1987				
10	200,00	200,00	200,00	600,00
12	200,00	200,00	200,00	600,00
14	200,00	200,00	200,00	600,00
16	200,00	200,00	200,00	600,00
18	200,00	200,00	200,00	600,00
20	200,00	200,00	200,00	600,00
22	200,00	200,00	200,00	600,00
24	200,00	200,00	200,00	600,00
26	200,00	200,00	200,00	600,00
28	200,00	200,00	200,00	600,00
30	200,00	200,00	200,00	600,00
32	200,00	200,00	200,00	600,00
34	200,00	200,00	200,00	600,00
36	200,00	200,00	200,00	600,00
38	200,00	200,00	200,00	600,00
40	200,00	200,00	200,00	600,00
42	200,00	200,00	200,00	600,00
44	200,00	200,00	200,00	600,00
46	200,00	200,00	200,00	600,00
48	200,00	200,00	200,00	600,00
50	200,00	200,00	200,00	600,00
52	200,00	200,00	200,00	600,00
54	200,00	200,00	200,00	600,00
56	200,00	200,00	200,00	600,00
58	200,00	200,00	200,00	600,00
60	200,00	200,00	200,00	600,00
62	200,00	200,00	200,00	600,00
64	200,00	200,00	200,00	600,00
66	200,00	200,00	200,00	600,00
68	200,00	200,00	200,00	600,00
70	200,00	200,00	200,00	600,00
72	200,00	200,00	200,00	600,00
74	200,00	200,00	200,00	600,00
76	200,00	200,00	200,00	600,00
78	200,00	200,00	200,00	600,00
80	200,00	200,00	200,00	600,00
82	200,00	200,00	200,00	600,00
84	200,00	200,00	200,00	600,00
86	200,00	200,00	200,00	600,00
88	200,00	200,00	200,00	600,00
90	200,00	200,00	200,00	600,00
92	200,00	200,00	200,00	600,00
94	200,00	200,00	200,00	600,00
96	200,00	200,00	200,00	600,00
98	200,00	200,00	200,00	600,00
100	200,00	200,00	200,00	600,00
102	200,00	200,00	200,00	600,00
104	200,00	200,00	200,00	600,00
106	200,00	200,00	200,00	600,00
108	200,00	200,00	200,00	600,00
110	200,00	200,00	200,00	600,00
112	200,00	200,00	200,00	600,00
114	200,00	200,00	200,00	600,00
116	200,00	200,00	200,00	600,00
118	200,00	200,00	200,00	600,00
120	200,00	200,00	200,00	600,00
122	200,00	200,00	200,00	600,00
124	200,00	200,00	200,00	600,00
126	200,00	200,00	200,00	600,00
128	200,00	200,00	200,00	600,00
130	200,00	200,00	200,00	600,00
132	200,00	200,00	200,00	600,00
134	200,00	200,00	200,00	600,00
136	200,00	200,00	200,00	600,00
138	200,00	200,00	200,00	600,00
140	200,00	200,00	200,00	600,00
142	200,00	200,00	200,00	600,00
144	200,00	200,00	200,00	600,00
146	200,00	200,00	200,00	600,00
148	200,00	200,00	200,00	600,00
150	200,00	200,00	200,00	600,00
152	200,00	200,00	200,00	600,00
154	200,00	200,00	200,00	600,00
156	200,00	200,00	200,00	600,00
158	200,00	200,00	200,00	600,00
160	200,00	200,00	200,00	600,00
162	200,00	200,00	200,00	600,00
164	200,00	200,00	200,00	600,00
166	200,00	200,00	200,00	600,00
168	200,00	200,00	200,00	600,00
170	200,00	200,00	200,00	600,00
172	200,00	200,00	200,00	600,00
174	200,00	200,00	200,00	600,00
176	200,00	200,00	200,00	600,00
178	200,00	200,00	200,00	600,00
180	200,00	200,00	200,00	600,00
182	200,00	200,00	200,00	600,00
184	200,00	200,00	200,00	600,00
186	200,00	200,00	200,00	600,00
188	200,00	200,00	200,00	600,00
190	200,00	200,00	200,00	600,00
192	200,00	200,00	200,00	600,00
194	200,00	200,00	200,00	600,00
196	200,00	200,00	200,00	600,00
198	200,00	200,00	200,00	600,00
200	200,00	200,00	200,00	600,00

Berechnung der Arbeitsaufgaben des Reinemachendienstes

Anlage D
(Anlage 5 IRL-IM)

A) Stand: 1-7-1986	Sanitärbereich (tägl. Reing.)	Geschäftsräume 1. tägl. Reing.	Flure, Treppen pp. tägl. Reing.	Büden, Keller Feinster (Rein.-fläche 2 x Scheibenhfläche)	
	a. Hartbelag	a. Hartbelag	a. Hartbelag	a. Hartbelag	pp. Hartbelag
	b. Textilbelag	b. Textilbelag	b. Textilbelag	b. Textilbelag	b. Textilbelag
	2. zweitäg. Reing.	2. zweitäg. Reing.	2. zweitäg. Reing.	- alle 2 Monate -	32 qm/h pro Arbeitskräft (alle 2 Monate = 1/40)
	a. Hartbelag	a. Hartbelag	a. und b. wie neben-		
	b. Textilbelag	b. Textilbelag	stehend		
252,15 qm	1a) 1.097,52 qm	1a) 607,62 qm	1a) 607,62 qm	a) 870,10 qm	(Reinigung) qm durch Fremd- Unternehmen
	1b) 450,00 qm	1b) --	1b) --	b) --	
	2a) 842,97 qm	2a) 501,10 qm	2a) 501,10 qm		
	2b) 272,91 qm	2b) 66,00 qm	2b) 66,00 qm		
	R.-Kräfte	R.-Kräfte	R.-Kräfte		
0,39	2,08	0,69	0,69	0,01	R.-Kräfte
				3,17	R.-Kräfte
					Sa.: 3,17 R.-Kräfte

B) Zuwachs an Reinigungsfläche während 1986

qm	qm	qm	qm	qm	qm
0,39 R.-Kräfte	2,08 R.-Kräfte	0,69 R.-Kräfte	0,01 R.-Kräfte	3,17 R.-Kräfte	
					Sa.: 3,17 R.-Kräfte

Summe A) und B):

C) Zuwachs an Reinigungsfläche
während 1987

	qm	qm	qm	qm	qm	qm	qm	qm	qm
Summe A), B) und C)	252,15	1.097,52	607,62	870,10	0,01 R.-Kräfte	3,17			
1a)		1.097,52		a)					
1b)	--	450,00	--	b)					
2a)	--	842,97	501,10						
2b)	--	272,91	66,00						
	0,39 R.-Kräfte	2,00 R.-Kräfte	0,69 R.-Kräfte						

+ 5 % Urlaubs- und Krankheitsvertreter
Zusammen:

Gesamter notwendiger Stellenbedarf = 3,33 aufger. 4
vorhandene Stellen = 11,0
+/- = +7

PersB Aus-u.Fortbild.-stätten

Berechnung des Personalbedarfs im Reinigungsdienst der Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz

SANITÄRBEREICH-----GESCHÄFTSRÄUME-----FLURE-TREFFEN-PF.-ROSEN-KELLER-PF.-----FENSTER-----
 (TAGL. REIN.) (TAGL. REIN.) (ALLE 2 MONATE) (ALLE 2 MONATE) (ALLE 2 MONATE)

Stand 1.1.1986 A. HARTBELAG A. HARTBELAG A. HARTBELAG

SUMME 2.906,19 10.861,69 10.923,37 7.158,48 8.967,34

B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG

SUMME 4.015,18 411,45

2. 2-TAG-REIN. 2. 2-TAG-REIN.

A. HARTBELAG A. HARTBELAG

SUMME 291,26 22,00

B. TEXTILBELAG B. TEXTILBELAG

SUMME 1.077,85

(PERSBEDARF) 2.906,19 16.245,98 11.356,82 7.158,48 8.967,34

4,54 15,26 8,83 0,11 0,88

B.-ZUNACHS-AN-

REIN.-FLÄCHE

IN 1986

1. A. A. (HARTBEL.)

SUMME

1. B. B. (TEXTILBEL.)

SUMME

2. A.

SUMME

2. B.

SUMME

(PERSBEDARF) 2.906,19 16.245,98 11.356,82 7.158,48 8.967,34

4,54 15,26 8,83 0,11 0,88

PersB Aus-u.Fortbild.-stätten

Berechnung des Personalbedarfs im Reinigungsdienst der Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz
~~SANFTWIRTSCHAFT~~ ~~GESCHAFTSRAUME~~ ~~FLURE~~ ~~TREPPEN~~ ~~PP-BÜDEN~~ ~~KELLER~~ ~~PP~~ ~~FENSTER~~

C. ZUNACHS AN
 REIN.-FLÄCHE
 IN 1987

1. A. A. (HARTBEL.)

B. (TEXTILBEL.)

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

SUMME

Berechnung der Arbeitsaufgaben des Reinigungsdienstes

Anlage II

(Anlage 5 IRL-III)

A) Stand: 1.7.1986

Sanitärbereich (tägl. Reing.)	Geschäftsräume 1. tägl. Reing.	Flure, Treppen pp. tägl. Reing.	Böden, Keller pp. Hartbelag	Fenster (Rein.-fläche = 2 x Scheibenfläche)
a. Hartbelag	a. Hartbelag	a. Hartbelag	a. Hartbelag	32 qm/h pro Arbeitskraft (alle 2 Monate = 1/40)
b. Textilbelag	b. Textilbelag	b. Textilbelag	b. Textilbelag	
2. zweitäg. Reing.	2. zweitäg. Reing.	2. zweitäg. Reing.	- alle 2 Monate -	
a. Hartbelag	a. Hartbelag	a. und b. wie neben- stehend		
b. Textilbelag	b. Textilbelag	1 a) 1.023,00 qm = 0,80 b) 42,67 qm = 0,03	5.441,87 qm	6.300 qm
1 a) 1.447,01 qm = 1,51 b) 437,20 qm = 0,36	1 a) 1.447,01 qm = 1,51 b) 437,20 qm = 0,36	2 a) 3.820,63 qm = 1,49 b) 1.783,00 qm = 0,62		
2 a) 3.148,22 qm = 1,64 b) 6.048,84 qm = 2,52	2 a) 3.148,22 qm = 1,64 b) 6.048,84 qm = 2,52	2,94 R.-Kräfte		0,09 R.-Kräfte
1,4 R.-Kräfte	6,03 R.-Kräfte			0,09 R.-Kräfte
				Sa.: 11,08 R.-Kräfte

B) Zuwachs an Reinigungsfläche
während 1986

259

- qm	1 b) 241,38 qm	1 b) 1.659,55 qm	qm	qm
882,93 qm	1 a) 1.447,01 2 a) 3.148,22 qm b) 678,58 b) 6.048,84 qm	1 a) 1.023,00 qm 2a) 3.820,63 qm b) 1.702,22 qm b) 1.783,00 qm	5.441,87 qm	6.300 qm
1,4 R.-Kräfte	6,23 R.-Kräfte	4,09 R.-Kräfte	0,09 R.-Kräfte	1,24 R.-Kräfte
			Sa.: 13,05 R.-Kräfte	

Summe A) und B):

D.

Darstellung der Planstellenschlüsselungen im Einzelplan 04 des Haushalts-
entwurfs 1986

(zu I. bis III. soweit die Schlüsselungen aufgrund von § 26 BBesG oder ent-
sprechenden Landesschlüsseln erfolgen)

Vorbemerkung:

Die Stellenpläne im Entwurf des Haushalts 1987 sind von der Landesregierung
so aufgestellt worden, daß die Nachschlüsselung von Stellenzugängen grund-
sätzlich mit dreijähriger Phasenverschiebung erfolgt. Die nachfolgende
Schlüsselung berücksichtigt also die bis einschließlich 1984 geschaffenen
Planstellen. Stelleneinsparungen sind berücksichtigt, sofern sie bis zum
31.12.1987 wirksam werden.

I.

Höherer Dienst

1.

Von den im Haushalt 1987 enthaltenen Planstellen des höheren Dienstes sind
die Planstellen für Richter und Staatsanwälte aufgrund von § 26 BBesG nicht
zu schlüsseln. Es verbleiben danach als schlüsselungsfähig (ohne Planstel-
len ohne Besoldungsaufwand, Planstellen mit kw-Vermerk gemäß § 42 LPVG, Plan-
stellen B 10 - B 3 BBes0, neue Planstellen seit 1985):

aus dem Kapitel 04 010:	56 Planstellen (bis einschließlich B 2)
aus dem Kapitel 04 040:	60 Planstellen
aus dem Kapitel 04 050:	269 Planstellen (ohne die Präsidenten der Justizvollzugsämter)
aus dem Kapitel 04 060:	12 Planstellen (ohne B- und C-Besoldung)
aus dem Kapitel 04 070:	<u>5</u> Planstellen (ohne B-Besoldung)
insgesamt:	402 Planstellen.

2.

Es ergibt sich folgende Berechnung:

Kapitel 04 040 - 04 070

Bes. Gr.	Kapitel 04 010		Kapitel 04 040 - 04 070				Stellen	mögliche Summe Epl.
	Schlüssel	Stellen	Schlüssel	Stellen	Stellen	Stellen		
B 2	30 %	17	10 %	0	2	0	2	19
A 16	35 %	18	10 %	6	25	1	32	51
A 15	20 %	13	30 %	18	81	2	105	116
A 14	9,75 %	5	39 %	23	105	2	134	140
A 13	5,25 %	3	21 %	13	56	3	73	76
	100 %	56	100 %	60	269	12	346	402

es sind ausgebracht (einschließlich Stellen o. Bes., Stellen, die nach 1984 neu geschaffen wurden):

Bes. Gr.	04 010	04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	Insgesamt
B 2	17	--	2	--	--	--	19
A 16	18	--	30 (davon 1 ohne Bes.)	3	--	--	51 (davon 1 o. Bes.)
A 15	13	11	82	2	2	--	110
A 14	5	37	98	3	2	2	147
A 13	3	16	69	4	1	1	94
	56	64	281	12	5	3	421

*(+ 2 8 3 (04 050), 1 8 3 und 6 C 2/C 3 (04 060), 1 8 10 (04 070))

II.

Gehobener Dienst

1.

Der Haushalt 1987 enthält im Einzelplan 04 4.676 Planstellen des gehobenen Dienstes. Hiervon sind nur 4.347 Planstellen schlüsselungsfähig, da die Planstellenzugänge der Jahre 1985 bis 1987 nach den vorstehenden Ausführungen noch nicht eingeschlüsselt werden durften. Außerdem sind die in den Kapiteln 04 050/04 060 enthaltenen Stellen für Lehrer/Dozenten (117/10), die Planstellen ohne Besoldungsaufwand (13) und die für Freistellungen aufgrund von § 42 LPVG geschaffenen kw-Planstellen (21) aufgrund des § 26 BBesG nicht zu schlüsseln.

2.

Vor Beginn der Schlüsselung ist ferner noch eine Trennung nach Planstellen, die unter den allgemeinen Schlüssel fallen, und Planstellen, auf die Sonderschlüssel anzuwenden sind, vorzunehmen.

a) Justizministerium	34
b) Sonderlaufbahn Amtsanwälte	339
c) Sonderschlüssel Rechtspfleger	1.482
d) Sonderschlüssel Vorprüfungsstellen	148
e) Allgemeiner Schlüssel	<u>2.344</u>
insgesamt	4.347

3.

Schließlich muß bei der Durchführung der Schlüsselung noch beachtet werden, daß Sozialarbeiten eine Zeit lang die BesGr. A 10 als Eigangsamst zugewiesen war. Die aus diesem Anlaß noch vorhandenen 23 Planstellen der BesGr. A 10 (04 040: 17; 04 050: 6) können daher nicht in die BesGr. A 9 geschlüsselt werden.

Kapitel 04 070	Aufsicht		Vorprüfung		Rechtspfleger		allgemeiner Dienst				Summe allg. Schlüssel					
	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Kapitel 04 050	Kapitel 04 060	Kapitel 04 070	Kapitel 04 080						
A 13	50 %	17	60 %	204	10 %	15	25 %	84	9	6	21	21	0	2	1	93
A 12	30 %	10	40 %	135	30 %	44	20 %	297	28	19	65	65	2	4	3	281
A 11	20 %	7	--	--	30 %	45	45 %	666	71	47	161	161	3	12	8	704
A 10	--	--	--	--	19,5 %	28	19,5 %	289	82	6	177	177	4	14	9	827
A 9	--	--	--	--	10,5 %	16	10,5 %	156	44	29	98	98	2	8	5	439
		34		339		148		1482	235	157	537	537	11	40	26	2344

- 264 -

* Dav. 2 Stellen Kap. 04 070
 bei Kapitelübergreifender Schlüsselung des allgem. Schlüssels wären möglich
 BesGr. A 13 : 194 = +1
 A 12 : 281
 A 11 : 703 = -1
 A 10 : 827 (einschl. Berücksicht. Eingangsamt A 10 im geh. Sozialdienst)
 A 9 : 439
 2344

es sind ausgebracht (ohne Stellen, die nicht zu schlüsseln sind):

BesGr.	04 010	04 060	04 070	04 080	Kapitel 04 050		Kapitel 04 040					
					g.D	g.SD	AA	VP	R	g.SD	g.JD	
A 13	17	6	2	--	6	5	204	15	74	21	52	404
A 12	10	--	5	3	28	21	135	43	297	65	160	767
A 11	7	2	12	9	70	51	--	45	666	161	398	1421
A 10	--	1	15	9	82	6)	--	27	289	17)	469	1144
						54)				175)		
A 9	--	2	8	5	46	20	--	16	156	98	260	611
	34	11	42*	26	234	157	339	146	1482	537	1339	4347

265

* dav. 2 Vorprüfung

III.

Mittlerer Dienst

1.

Der Haushalt 1987 enthält im Einzelplan 04 11.194 Planstellen des mittleren Dienstes. Von diesen Planstellen sind die Planstellenzugänge der Jahre 1985 bis 1987 sowie die Planstellen ohne Besoldungsaufwand und die für Freistellungen aufgrund von § 42 LPVG geschaffenen kw-Planstellen aufgrund des § 26 BBesG nicht zu schlüsseln. Grundsätzlich schlüsselungsfähig sind 10.779 Planstellen.

2.

Vor Beginn der Schlüsselung ist ferner noch eine Trennung nach Planstellen, die unter den allgemeinen Schlüssel fallen, und Planstellen, auf die Sonderschlüssel anzuwenden sind, vorzunehmen:

a) Sonderlaufbahn Gerichtsvollzieher	891
b) Sonderschlüssel Sachbearbeiter (04 040: 985; 04 050: 37; 04 070: 9; 04 080: 6)	1.044
c) Sonderschlüssel Werkdienst	346
d) Allgemeiner Schlüssel	8.491
e) Schlüssel Justizvollstreckungsdienst	70
f) Justizministerium	20
	<hr/>
	10.862

Beschr.	GV		Volltreck.0 *		Werkdienst *		Sachbearbeiter-Stellen					allgemeine Stellen *									
	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel Stellen	Schlüssel 04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	alle	Schlüssel 04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	alle			
A 9	70 %	624	--	--	15 %	52	80 %	788	30	6	7	5	836	8 %	266	20	388	0	3	2	679
A 8	30 %	267	--	--	40 %	138	20 %	197	7	1	2	1	208	30 %	998	75	1454	5	10	6	2548
A 7	--	--	78 %	55	30 %	104	--	--	--	--	--	--	--	40 %	1330	100	1939	4	14	8	3395
A 6	--	--	14,3 %	14	9,75 %	50	--	--	--	--	--	--	--	14,3 %	476	48	920	2	8	4	1458
A 5	--	--	7,70 %	1	5,25 %	2	--	--	--	--	--	--	--	7,7 %	256	7	147	1	0	0	411
		891		70		346		985	37	7	9	6	1044		3326	250	4848	12	35	20	8491

* bei der Schlüsselung ist die Phasenverschiebung insoweit nicht berücksichtigt worden, als neue Stellen im 1. Beförderungssamt ausgebracht wurden (vgl. § 7 a Abs. 5 HG 1986).

Schlüsselung Sachbearbeiterstellen Epl.

A 9 Z	250	=	-
A 9	585	=	- 1 Einsparung bei 04 040 gegen
A 8	209	=	+ 1 Zuweisung der Stelle A 8
	1044		

Schlüsselung "allgemeiner Schlüssel" Epl.

A 9	679	=	-
A 8	2548	=	-
A 7	3396	=	+ 1
A 6	1470	=	+ 12
A 5	398	=	- 13
	8491		

Zulagestellen A 9

	04 010		04 040		04 050		04 060		04 070		04 080		Summe	
			GV	Sachb. übrige	WD	aVD	mVD	Sachb.	Sachb. übrige	Sachb. übrige	Sachb. übrige	Sachb. übrige		
möglich (kapitelweise)	6		187	236	79	15	116	6	9	2	0	1	0	659
kapitelübergreifend jedoch (ohne KW LPWG) i 663; danach sind ausgebracht	6		187	236	79	15	116	6	9	2	1	1	2	663

ES SIND AUSGEBRACHT (ohne Stellen o.Bes., kv LPVG, neue Stellen) :

BesGr.	04 040		m D		04 050		04 060		04 070		04 080		Schlüsselung in 04 010		
	GV	JVD	SaSch. aS	SaSch. mVD	aVD	VD	aS	SaSch.	SaSch. aS	SaSch. aS	SaSch. aS				
A 9	624	--	787	264	20	382	52	6	6	7	4	5	3	20	2210
A 8	267	--	198	995	76	1456	138	5	1	2	10	1	6	--	3162
A 7	--	55	--	1330	100	1944	104	--	--	--	14	--	8	--	3777
A 6	--	14	--	479	49	923	50	1	--	--	7	--	3	--	1526
A 5	--	1	--	258	5	143	2	--	--	--	--	--	--	--	409
	891	70	985	3326	37	250	4818	346	12	7	9	35	6	20	10862

IV.

Einfacher Dienst

1.

Der Haushaltsplan 1987 enthält im Einzelplan 04 1.352 Planstellen des einfachen Dienstes (einschließlich 1 kw-Stelle gemäß § 42 LPVG).

2.

Von diesen Stellen sind 1.337 schlüsselungsfähig (ohne 1 Stelle kw LPVG):

BesGr.	A 5 Z	=	10 %
BesGr.	A 5	=	50 %
BesGr.	A 4	=	35 %
BesGr.	A 3 A 3	=	5 %

Der Sonderschlüssel des Justizministeriums (14 Stellen) ist nicht zu berücksichtigen.

3.

BesGr.	schlüssel-fähig (ohne Jm)	es sind als schlüsselungsfähig ausgebracht:					insges.
		04 040	04 050	04 060	04 070	04 080	
A 5 Z	133	132	—	—	1	—	133
A 5	669	653	5	2	6	3	669
A 4	468	460	2	3	3	—	468
A 3	67	67	—	—	—	—	67
	1337	1312	7	5	10	3	1337